

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. (incl. Post- und
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 8.00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-
 Anstalt für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile über deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verzei-
 chnisse und Veranlagungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 30 Pf. Insetate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. März 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

Parlamentarischer Schwindel.

Wo Herr Lieber seine Hand im Spiel hat, da kann man sicher sein, daß irgend ein Kuhhandel abgeschlossen wird, der mit den Begriffen einer höheren politischen Moral schlechterdings unvereinbar ist. Aber einen plumperen Schwindel hat man kaum jemals im Reichstag erlebt als den, mit dem Herr Lieber den grausen Militärkonflikt zu beendigen vor hat.

Der reichstagsfreie Mittwoch ist benutzt worden, um den blöden Schacher zu vollenden. Als Herr Lieber am Dienstag das Wort von „einem späteren Anlaß“ möglicher Bekehrung sprach, wußte man, daß der große Mann in seinem Hirn bereits den neuerlichen Umsall bebrütete. Zwar wußte die „Germania“ noch in der Mittwoch-Morgennummer nicht, was sie mitteilen sollte und brach deshalb ihre Reichstagsglossen vor der Lieber'schen Rede infolge eines plötzlich eingetretenen „Raummangels“ jäh ab. Aber in der Abendausgabe kannte sie bereits die neu erfundene Lieberweise; das verrät der folgende Satz:

„Ob die Regierung den heutigen Tag benutzt, sich die Sache nochmals zu überlegen, wie ihr selbst ihre Freunde raten, steht dahin. Ausgeschlossen ist es nicht. Auch die gestrige Rede des Kriegsministers schneit ihr den Rückzug nicht vollständig ab. Sie kann immer noch erklären: wir wollen es mit der gebotenen Zahl versuchen, behalten uns aber vor, wenn es nicht geht, später auf unsere Forderung zurückzukommen.“

Eine echte Falstaff-Tapferkeit spricht sich in diesem Programm aus, mit dem der abermalige Zentrumsumsfall durchgeführt werden soll.

Am Mittwoch haben unter Posadowsky's Leitung Verhandlungen mit einzelnen Parteiführern stattgefunden und das Ergebnis kann man wie folgt zusammenfassen:

Die Regierung giebt formell nach!

Das Zentrum unterwirft sich in der Sache!

Die „Post“ schildert diesen schmählichen Schacher so:

„Dem Vernehmen nach ist zwar keine Aussicht vorhanden, von dem Reichstag in der dritten Lesung mehr als die Kommissionsvorschlüsse zu erreichen, aber in der Absicht, daneben drei Resolutionen zu beschließen, durch welche außer den beiden in der Budgetkommission bereits angenommenen Resolutionen Graf Stolberg und Gröber, betreffend Kapitulanten für das fünfte Diensthalbjahr und Einstellung von Zivilhandwerkern in die Militärverpflichtung auch noch, der Anregung des Abgeordneten Dr. Lieber entsprechend, die Bereitwilligkeit erklärt werden soll, wenn bis Ablauf des Quinquennats mit der jetzt bewilligten Friedenspräsenzstärke nicht ausgereicht wird, eine weitere Vermehrung der Friedenspräsenzstärke in Erwägung nehmen zu wollen. Man hofft, daß durch diese Resolutionen die Brücke zu einer Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag geschlagen sein wird.“

Diese „Brücke“ der „Post“ ist eben, unbillig gesprochen, ein Kompromiß des nackten Schwindels, denn die Regierung braucht natürlich die 7006 Köpfe nicht für diesen Etat, da die Präsenzvermehrung nur allmählich durchgeführt werden soll. Bei einem „späteren Anlaß“, etwa im nächsten Jahr, fordert dann die Regierung die 7006 Mann, und das Zentrum unterwirft sich üblich. Wahrscheinlich fordert die Regierung bei diesem späteren Anlaß, weil es gleich ein Aufwaschen ist, noch ein paar tausend Mann mehr aus „militärisch-technischen“ Gründen.

Das Geschäft erinnert an gewisse Versicherungsgesellschaften, die mit „Nachschußprämien“ arbeiten. Zuerst wird der Kunde durch niedrigere Prämien angelockt, und wenn's dann nicht langt, wird einfach nachgefordert.

Aber einen Fehler hat die schlaue Rechnung doch. Man vergißt, daß unter solchen Umständen die ganze Militärvorlage mit ihrer für mehrere Jahre berechneten planmäßig durchzuführenden Präsenzerhöhung sinnlos ist. Wenn die Regierung heute verzichtet und morgen nachfordert, so heißt das den von Anfang feststehenden Plan Lügen strafen. Die Konsequenz des zwischen dem Zentrum und der Regierung abgekarteten Spiels wäre: die völlige Preisgabe eines für mehrere Jahre berechneten Organisationsplanes, mithin der Grundidee der Militärvorlage und ihrer selbst. Wenn man sich dazu versteht, die 7006 Mann später zu bewilligen, dann ist es logisch, überhaupt zu einer jährlichen Präsenzfeststellung zu kommen. Das Kompromiß durchbricht das Prinzip, auf dem die Militärvorlage beruht. Wenn also Herr Lieber die Bewilligung der 7006 Mann „bei einem späteren Anlaß“ innerhalb des Quinquennats auch nur für möglich hält, so müßte er erst recht die ganze Militärvorlage verworfen, und sich nur auf Bewilligungen von Jahr zu Jahr einlassen.

Aber das durch Herrn Lieber's verhängnisvolle Führung demoralisierte Zentrum will anscheinend nur noch parlamentarische Macht und kümmert sich darum ebenso wenig um die Befolgung politischer Logik wie politischer Sittlichkeit.

Die jetzige Zentrumshegemonie — das zeigt der neueste Handel mit erschreckender Deutlichkeit — hat uns eine politische Korruption beschert, die jede geradlinige Entwicklung, jede fruchtbare Thätigkeit vereitelt. Statt einer politischen Bewegung haben wir die Schwingungen einer trägen Gallertmasse.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 15. März.

Die preussische Volksschule im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus berich heute das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ vom Kultus-Min. Im Gegensatz zu den Debatten der letzten Sitzungen, die sich meist in Einzelheiten verloren, entspann sich heute eine interessante Diskussion über das preussische Volksschulwesen, die die bekannte, bei der Besprechung der Interpellation über die Leutenoth gehaltene Rede des Landwirtschafts-Ministers zum Ausgangspunkt hatte. An diese Rede knüpfte namentlich Abg. Kopsch (fr. Sp.) an, der als Rektor einer Berliner Gemeindefschule aus eigener Erfahrung über die Zustände der preussischen Volksschule unterrichtet ist und ein anschauliches Bild besonders über die Verhältnisse in Ostpreußen entrollte. Aus den von ihm erzählten Beispielen sei hervorgehoben, daß in Westpreußen eine Schule wegen Kaufmangel geschlossen werden mußte, nachdem schon seit 40 Jahren vergebens über den Neubau einer Schule verhandelt war; in Ostpreußen fehlen in einer Schule sogar die Bedürfnisanstalten. Ueberall mache sich ein Mangel an Lehrern bemerkbar, so daß man tatsächlich heute schon mit Recht von einer Bildungsnotz spreche. Bei der Art und Weise, wie unsere ostpreussischen Jünger sich ihrer Schulunterhaltungspflicht zu entziehen wissen, ist die Mitteilung, daß Ost- und Westpreußen die meisten Analphabeten der ganzen Monarchie aufweise, nicht besonders überraschend.

Auch die Abgg. Hackenberg (natl.) und Ridert (fr. Sp.) wandten sich gegen die Behauptungen des Ministers Freiherrn von Hammerstein. Von Interesse ist die Mitteilung des Abg. Ridert, daß in einem Orte die Schule auf Anordnung des Schulinspektors geschlossen wurde, weil der Raum zur Abhaltung einer politischen Versammlung gebraucht wurde. Der Minister Wosse sprach zwar über diesen Fall seine höchste Mißbilligung aus, unterließ es aber, sich über die von seinem Kollegen Freiherrn v. Hammerstein vorgebrachten Anschauungen zu äußern. Sollte man aus seinem Stillschweigen den Schluß ziehen, daß er mit dem Landwirtschaftsminister übereinstimmt?

Im Sinne des Landwirtschaftsministers sprachen sich die Abgg. von Tschopp (sl.) und Schmitz (Z.) aus, die beide bestritten, daß auf dem Lande eine Bildungsnotz vorhanden sei. Der Abg. Schmitz ist sogar der Meinung, daß die Kinder heute schon zu viel lernen und viel zu lange den Schulunterricht genießen; er bemühte sich förmlich, die reaktionären Anschauungen des Landwirtschaftsministers noch zu übertrumpfen. Der beste Beweis dafür, daß Dr. v. Hammerstein im Recht ist, liegt nach Meinung des Abg. Schmitz in der Thatfache, daß die sozialdemokratische Presse sich auf die Seite des Ministerialdirektors Künster gestellt habe, der bekanntlich gegen den Minister aufgetreten ist. Ueberhaupt scheint das Zentrum wieder einmal die Falschheit zu bezeugen, daß es, statt seine Forderung sachlich zu begründen, das rote Geperst an die Wand malt. Auch das Verlangen nach einem christlichen Volksschulgesetz begründeten die Herren heute mit dem Hinweis darauf, daß, falls die Religion in der Volksschule nicht gepflegt werde, die Jugend der Sozialdemokratie verfallen.

Zur Beschleunigung der Etatsberatung findet heute wieder eine Abend Sitzung statt.

Zentrum-Chamäleon.

Gestern noch konnte man fragen: Wird das Zentrum umfallen? Heute schon ist der Umsall gewiß. Daß aber die Frage überhaupt gestellt werden kann, ist eine unaussprechliche Dlamage für die „genialen“ Staatsmänner, die den Kulturkampf herausbeschrieben und das katholische Zentrum zur ausschlaggebenden Partei in Deutschland, „der Wiege des Protestantismus“ gemacht haben. Doch die Thatfache, beschämend wie sie ist, steht fest. Fest steht auch, daß das Zentrum Regierungspartei und Oppositionspartei geworden ist. Die Nationalliberalen waren Regierungspartei — und sie mußten den Willen der Regierung thun, weil sie unfähig waren, einen Wahlkampf gegen die Regierung zu führen. Das Zentrum ist Regierungspartei in anderem Sinne — es ist von der Regierung nicht abhängig, im Gegenteil: die Regierung ist im gewissen Sinne von dem Zentrum abhängig. Und einen Wahlkampf gegen die Regierung hat das Zentrum nicht zu fürchten, während ein Wahlkampf für die Regierung ihm nur Verlegenheiten bereiten kann. Das Zentrum ist durch seinen Ursprung und seine Geschichte darauf angewiesen, Oppositionspartei zu sein. Oppositionspartei und Regierungspartei — also eine Partei, welche da, wo es ihr in den Aron paßt, die Regierung unterstützt, und da wo nicht, sie bekämpft. Das giebt dem Zentrum die Chamäleon-Natur, welche vielfach als Charakteristik aufgefaßt wird. Das Zentrum kann keine andere Natur haben. Wäre es immer Oppositionspartei, so wäre es nicht Zentrum. Aber es wäre; auch nicht Zentrum, wenn es immer Regierungspartei wäre. Es muß seiner Natur nach beides sein — bald das eine, bald das andere, bald beides zugleich. Das Zentrum ist — eben seinem Ursprung und seiner Geschichte nach — mehr als irgend eine andere Partei, ausgenommen die sozialdemokratische, abhängig von seinen Wählern. So lange es Erfolge über die Regierung aufweisen und den Wählern vorreden kann, daß es Regierungspartei nur in dem Sinne ist, daß es der Regierung seinen Willen aufzwingt, sind ihm einstweilen noch seine Wähler sicher. In dem Moment aber, wo die Wähler zu der Erkenntnis gelangen, daß das Zentrum der Regierung Handlangerdienste leistet, ist das Zentrum verloren.

Eine Partei, die Oppositionspartei und Regierungspartei ist, muß selbstverständlich politische Seiltänzerei treiben. Und die Bewegungen eines Seiltänzers lassen sich nicht vorausberechnen. Eine unberechenbare Bewegung kann ihm einen Triumph bringen oder den Sturz.

Die Abrüstungskonferenz. Bei der Konferenz in Haag werden die europäischen Staaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, ferner China, Japan, Persien und Siam vertreten sein. Die Liste der Einzelabenden wird der Niederländischen Regierung durch Rußland übermittelt und von dieser alsbald weiter expediert werden. Ueber die Regelung der Arbeiten ist noch nichts entschieden. — Die Arbeiten werden in einer Etiquette-Komodie um den Vortritt bestehen.

Deutsches Reich.

Die Zentrumsprelle ist mit der Haltung der in der Bankkommission thätigen Abgeordneten der eigenen Fraktion recht unzufrieden. Es wird in der „Kölnischen Volkszeitung“ ganz offen ausgeführt, daß die unter Führung des Zentrums erfolgten Beschlüsse der Kommission starke Zugeständnisse an das Großkapital bedeuten. Bedwegen war besonders auf diesen Gegensatz zwischen Presse und Funktion hinzuweisen, geschieht wegen der Lebenswürdigkeit, mit der die „Kölnische Volkszeitung“ den Zentrums-Abgeordneten in der Bankkommission nicht nur Mangel an Kenntnis der in Frage stehenden Verhältnisse, sondern auch eine Art bewußter Begünstigung der „Großen“ vorwirft. Es heißt in einem sehr resigniert gehaltenen Artikel der genannten Zeitung zum Schluß: „Wir wollen uns mit diesen Ausführungen bescheiden, da auf eine praktische Wirkung derselben ja obnehin nicht mehr zu rechnen ist, glauben aber zur Genüge dargelegt zu haben, daß man in den Kreisen der Bankkommission (gemeint sind natürlich die Zentrumsmitglieder) über die wirkliche Lage der Frage nicht so unterrichtet gewesen ist, wie das im Interesse derer zu wünschen gewesen wäre, welche es in den nächsten 10 oder gar 20 Jahren mit der Reichsbank zu thun haben werden, soweit sie nicht zu den „Großen“ gehören.“ Da der Abg. Müller-Gulda in erster Linie die Führung der Zentrumsmitglieder in der Bankkommission übernommen hat, so zielen die Angriffe der „Kölnischen Volkszeitung“ in der Hauptsache gegen ihn. Wichtig ist, daß die Zentrumsprelle schon lange gegen die Reichsbank mobil gemacht hatte, und es war verwunderlich, daß in der Bankkommission alle die Ausführungen, die seiner Zeit von der Zentrumsprelle gegen die Diskontpolitik der Reichsbank gemacht wurden, vom Abg. Müller-Gulda als unzutreffend und irrig bezeichnet worden sind.

Bismarck's Beisehung im Mausoleum zu Friedrichsruh findet am Donnerstag statt. Der Kaiser wird anwesend sein. Die Feier wird einen militärischen Charakter haben und in einem kleinen Kreise erfolgen.

Das preussische Abgeordnetenhaus, für das der Tod des Grafen Caprivi nicht bekannt war, entsendet seinen Präsidenten zur Feier. Der Präsident hielt am Mittwoch eine Ansprache über die Beisehung.

Dem heiligen Paasche widmet die „Kreuz-Zeitung“ einen Leitartikel, der von dem Auktoren selbst verfaßt sein könnte. Interessant ist eine Stelle:

„Was den Liberalismus von uns Konservativen trennt, ist im letzten Grunde mit nur einem Worte zu bezeichnen: die Religion, und eben das wird zwischen ihm und der Sozialdemokratie zur verbindenden Brücke, über die die Häden geheimer, oft vielleicht ganz unbewußt gewordener Sympathie sich hin- und herziehen und verknüpfen.“

Das muß sich der Liberalismus von seinem einstigen Todfeind sagen lassen! Wenn also die Liberalen dem Paasche folgen, dann giebt es keinen Unterschied mehr zwischen dem Liberalismus und Konservatismus, die man einst für — die schroffsten Gegenpole der Weltanschauung hielt.

Ein beschämendes Zeugnis für die Liberalen — diese Duzbrüderschaft.

Für Reineide aus politischen Gründen begeistert sich die „Post“. In einem Artikel über den Prozeß Jęglin bedauert sie zunächst menschenfreundlich, daß die Unschuldigen freigesprochen worden sind, fährt aber dann fort:

„Vielleicht wäre das Ergebnis der Jęglinbernehmung ein anderes gewesen, falls man den Druck der Oeffentlichkeit beiseitigt hätte, der schon darin liegen mußte, daß Rauzer gegen Rauzer auszusagen sollten, und sicher war, daß jede Aussage im „Vorwärts“ protokolliert respektive demunziert werden würde.“

Die „Post“ kann mit diesem Satz nichts anderes meinen, als daß die Jęglin leider unter dem Druck der Oeffentlichkeit verhindert worden sind, Reineide zu leisten, wie es zur höheren Ehre der ihr genehmen Politik notwendig gewesen wäre. Da die Oeffentlichkeit leider die Wahrheit der Aussagen kontrollieren kann, so meint die „Post“, wäre es die Aufgabe des Gerichtes gewesen, die Oeffentlichkeit auszuschließen, um dann im Dunkeln „glünstigere“ Aussagen zu erzielen.

Die „Post“ hat eine sehr schlimme Meinung von den Aufgaben der Gerichte und eine wider alles Erwarten glünstige Meinung von dem Wege der Oeffentlichkeit.

Gegen das Kommunalwahl-Gesetz und den Finanzminister Miquel war bekanntlich besonders von der „Köln. Ztg.“ eine heftige Agitation entfaltet worden. Es war namentlich geltend gemacht worden, daß die Vorlage in verschiedenen rheinischen Kommunen dem Ultramontanismus zur Herrschaft verhelfen würde. Nunmehr wird verschiedentlich die Mitteilung verbreitet, die Vorlage werde in der geplanten Gestalt dem Landtage nicht zugehen, weil man sich auch in Berlin von der Richtigkeit dieser Bedenken überzeugt hat.

Womit sich der Landwirtschaftsminister beschäftigt. Die „Berl. Post“ meldet: Die umfangreichen Arbeiten, mit denen sich das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten seit längerer Zeit behufs Anbahnung einer gesetzlichen Reform des Fideikommisswesens in Preußen befaßt, sind so weit gediehen, daß die Aufstellung der Grundzüge eines Gesetzes über Familien-Fideikommissen erfolgen konnte. Der Gesetzentwurf nebst Begründung ist zunächst den beteiligten Provinzialbehörden zur Begutachtung überandt worden.

Es sind also ganz feudale Angelegenheiten, die das Landwirtschaftsministerium beschäftigt. Eine Aufhebung der Fideikommissen, wie sie in einem modernen Kulturstaate erfolgen sollte, wird das neue Gesetz jedenfalls nicht ausdrücken.

Zeugnisgebung gegen Druckerlehrlinge. In dem Zeugnis-
buchverfahren gegen Angehörige der „Gazeta Grubaska“ in
Graz meldet das Blatt, daß die Druckerlehrlinge Klopich und
Kowalski noch immer verhaftet seien, trotzdem das Gericht
seit zehn Tagen den Verfasser des inkriminierten Artikels kennt.
Diese Gerichtspraxis bedarf dringend der Aufklärung.

Die bedingte Begnadigung soll auch in Lippe eingeführt
werden.

Zur Landarbeiter-Frage in Bayern. Der bayerische
Landwirtschaftsrath, der sich, wie gemeldet, dem Antrage
des deutschen Landwirtschaftsrathes auf Aufhebung der Freizügig-
keit nicht angeschlossen hat, hat bezüglich der ländlichen
Wohlfahrtspflege folgende Resolution angenommen:

1. Der Bayerische Landwirtschaftsrath empfiehlt die thun-
lichste Förderung der Bestrebungen zur Hebung der ländlichen
Wohlfahrtspflege, insbesondere auch in der Richtung der Beschaffung
von Wohn- und Schlafstätten, welche den Anforderungen der
Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen; dann die Erhaltung
von Genossenschaften aller Art, welche die Hebung der
materiellen Lage der kleinen Landwirthe bezwecken (insbesondere der
Raiffeisenvereine und der damit verbundenen Sparvereine). 2. Der
Landwirtschaftsrath drückt ferner den Wunsch aus, es möge durch
sein Bureau eine Enquete über den jetzigen Stand der ländlichen
Wohlfahrtspflege durch die höheren Organe des Landwirtschaftlichen
Vereins mit Unterstützung der königlichen Staatsregierung veranlaßt
werden. 3. Der Landwirtschaftsrath erwartet endlich die thun-
lichste Förderung dieser Wohlfahrtsmaßnahmen auch in finanzieller
Richtung durch die staatlichen und gemeindlichen Behörden und
beantragt speziell wegen der Haushaltungsschulen — als einer bei-
tragsfähigen Anstalt auf die ländlichen Verhältnisse sehr empfeh-
lenswerthen Einrichtung — thunlichste Berücksichtigung durch staatliche
Unterstützung auch schon im bevorstehenden Budget.

Stuttgart, 15. März. In der Kammer der Abgeordneten wurde
heute ein Antrag aller Parteien eingebracht zum Schutze der Privat-
notenanfänger gegen den Artikel 5 des im Reichstag eingebrachten
Bankgesetzentwurfs. Der Minister des Innern, v. Bismarck, versprach,
daß die württembergische Regierung den Antrag im Bundesrath
unterstützen werde.

Ein Kulturwerk.

Dem Landtage ist soden die Gesetzesvorlage zugegangen,
welche die seit Jahrzehnten vielbesprochene und erstreckte Kanal-
verbindung vom Rhein nach der Weser und Elbe ver-
wirklichen soll.

Der für Schiffe von 600 bis 700 Tonnen berechnete Kanal soll
in der Nähe von Ruhrort den Rhein verlassen und im Emischthal
bis Herne aufsteigen, um von da bis Bevergern den Dortmund-
Ems-Kanal zu benutzen. Bei Minden wird er die Weser über-
schreiten und etwas unterhalb Magdeburg die Elbe erreichen.
Die Baukosten sind — einschließlich derjenigen für acht Seiten-
kanäle — auf rund 261 Mill. Mark veranschlagt. Der Kanalbau
wird an die Verbindung geknüpft, daß die beteiligten Provinzen und
andere öffentlichen Verbände dem Staate eine Entschädigung aus
Schiffabgaben und sonstigen Abgaben des Kanals gewähr-
leisten, welche zur Deckung der vollen Betriebs- und Unterhaltungs-
kosten, sowie zur Spargewinnung und 1/2prozentigen Tilgung
eines Antheils der Baukosten ausreichen.

Wenn die Staatsregierung so heist es in den Motiven, nach-
langen und sehr gründlichen Erwägungen zu der Ueberzeugung ge-
kommen ist, daß ein solcher Kanalbau für die Sicherung der wirt-
schaftlichen Zukunft des Staatsgebietes notwendig sei, so ist hierfür
die Voraussetzung, daß die Eisenbahnen auf die Dauer den mächtig
wachsenden Verkehr nicht bewältigen können, ihre Ergänzung
aber unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen und große Schwierig-
keiten bereiten würde. Das gilt namentlich für die in Betracht
kommenden rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Dieses Gebiet,
welches 1/3 der Fläche des Deutschen Reiches darstellt, wird von
1/3 der deutschen Bevölkerung bewohnt und bringt den Eisenbahnen
beinahe den vierten Theil ihres Gesamtverkehrs, auf 1 Kilometer der
dortigen Bahnen entfielen 1897: 73 000, im übrigen Deutschland nur
6800 Tonnen empfangener und abgeleiteter Güter. Es ist dort der
Hauptort des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie in Deutsch-
land; die Kohlenförderung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks
ist in gewaltigem Aufschwunge begriffen und seit 1892 bis 1897 von
37 auf 48 Millionen gestiegen, während die Hochenergieerzeugung schon
1894 2 070 000 Tonnen oder 44 pCt. der deutschen Gesamtproduktion
betragen hat.

Dieser ganz ungewöhnlichen aller Voraussicht nach fort-
schreitenden industriellen Entwicklung, die auf dem europäischen Festlande ihres Gleichen nicht
hat und aller Voraussicht nach andauern wird, wird die
Eisenbahn mit ihren Betriebsanlagen über einen
gewissen Punkt hinaus nicht zu folgen vermögen,
weil es für die Vermehrung der Gleisanlagen bei dem
unter der Erde fortschreitenden Bergbau und der auf der Oberfläche
zunehmenden Bebauung in absehbarer Zukunft an dem nöthigen
Raume fehlen wird.

Die Terrainverhältnisse werden als nicht sehr
schwierig bezeichnet. Die zwischen den Stromgebieten liegende
norddeutsche Tiefebene bietet nur sehr geringe Höhenunterschiede und
ist auch vielfach mit mildenformen Vertiefungen durchzogen, die zum
Aufbau schiffbarer Kanäle „geradezu einladen“.

Der wirtschaftliche Nutzen des Kanals ist un-
erwöhnlich hoch zu veranschlagen. Er liegt nicht bloß darin, daß der
Güterverkehr auf den Eisenbahnen entlastet wird, sondern insbeson-
dere auch in der durch die Wasserstraße ermöglichte bedeutende Er-
mäßigung der Transportkosten. Für die Frequenz und
Rentabilität des Kanals besorgen die günstigsten Aussichten. Man
hat berechnet, daß schon bei der Eröffnung des Kanals, etwa im
Jahre 1908 im Folgejahr 3/4 Millionen Tonnen mit einer Transport-
leistung von 548 Millionen Tonnen-Kilometer zu sparen werden.
Für die Eisenbahnen wird ein Einnahme-Ausfall von 53 Millionen
Mark berechnet. Das ist jedoch nur ein rechnungsmäßiger
Ausfall, der durch die Einnahme von der Kanalschiffahrt ausgeglichen
wird. Außerdem wird der Kanalbetrieb auch seinerseits den Güter-
verkehr der Eisenbahnen befördern.

Die Bestimmungen der Agrarier, daß der Kanal ein
„Einkaufsloch“ für ausländisches Getreide bilde, werde durch folgende
Ausführungen bewiesen:

Die Beförderung landwirtschaftlicher Kreise, daß die neue
Kanalverbindung das Eindringen des ausländischen Getreides
in Deutschland wesentlich erleichtern könnte, erscheint kaum ge-
rechtfertig. Denn die Einkaufshöhe hierfür sind außer den Eisen-
bahntarifen nach den Seefahrten die großen, mit Schiffabgaben
nicht belasteten, in südwestlicher Richtung zum Meere fließenden
Ströme und die Donau, während die durch den Kanal geschaffene
westliche Querverbindung als solche recht eigentlich dem inner-
deutschen Verkehr dienen und den lohnenden Absatz der inländischen
Erzeugnisse unterstützen wird. Es kommt hinzu, daß auf dieser
Querverbindung hohe Abgaben erhoben werden sollen, und zwar
gerade auf dem westlichen Kanalkanal, der den Anschluß
an den Rhein, die Hauptverkehrsstraße des fremden
Getreides, vermittelt, in doppelter Höhe auf
der Ostseite.

Auch die Befürchtungen hinsichtlich der Steigerung des
Arbeitermangels durch den Kanalbau dürften unbegründet
oder doch sehr übertrieben sein. Die praktischen Erfahrungen bei den
großen Kanalbauten der letzten Jahre — bei dem Nordostsee-
und dem Dortmund-Ems-Kanal — haben gelehrt, daß derartige Uebel-
stände nicht zu befürchten sind, weil die großen Unternehmer, mit
welchen die Verwaltung bei derartigen Bauten zu arbeiten pflegt,
ihren eingedienten Arbeiterstamm größtentheils mitbringen. Diesem
handelt es sich hierbei um mehr handwerksmäßige Maurer, Zimmer-
u. dergl. Arbeiter, für die der gewöhnliche Landarbeiter überhaupt nicht
in Frage kommen kann; aber auch für die bei Kanalbauten vor-
kommenden Erdarbeiten ist er im Allgemeinen nicht verwendbar,
weil sie für ihn zu schwer sind und besonders, nicht überall vor-

handene Eigenschaften voraussetzen. Endlich ist ein großer Theil der
Kanalarbeiter aus dem Auslande herangezogen worden, und es
wird ohne Zweifel bei dem Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals be-
sonders darauf Bedacht genommen werden, die Heranziehung
und Verwendung der Ausländer behufs mög-
lichster Schonung des einheimischen Arbeits-
marktes zu organisieren.

Sodann wird darauf hingewiesen, daß der Kanal ja auch den
Transport der Erzeugnisse des Ostens wesentlich verbilligen werde,
während er andererseits der Landwirtschaft östlich der Elbe die
Möglichkeit giebt, Thomaschlacke, Kali zu künstlichem Dünger, sowie
ferner Kraftfuttermittel überseeischen und einheimischen Ursprungs zu
wesentlich billigeren Preisen zu beziehen.

Jahrzehnte sind, wie die Begründung selbst sagt, verstrichen,
lange, eingehende Erwägungen und Beratungen sind gepflogen
worden, ehe man sich entschließt, dies Kulturwerk von so immenser
Bedeutung in Angriff zu nehmen, ein weiteres Jahrzehnt wird ins
Land gehen, ehe es fertig sein wird.

Für Heer und Flotte wird jährlich ein dreifach so hoher Betrag
ausgegeben, als hier für ein Werk der Kultur und des Friedens ge-
fordert wird. Dabei wird die weitaus größte Summe von den
Kommunen- und Provinzialverbänden garantiert. Die größten Gegner
des Kanalprojektes sind natürlich die ostelbischen Junker, die aus
selbstthätigen Gründen das Niveau der Verkehrsmittel am liebsten
zurückwärts zu ziehen möchten als die Postämter sel. Angeblich. Jeder
Fortschritt ist ihnen ein Crevel, aber sie werden in diesem Falle mit
ihrem reaktionären Streben wohl kaum Erfolg haben, da die Interessen
der Industrie die Ausführung des Projektes gebieterisch fordern.

Ausland.

Neue Ausgleichsschwierigkeiten.

Die politischen Verhältnisse sind zwar in Ungarn wieder ganz
normale geworden, und in Oesterreich waltet der alleinseligmachende
§ 14, der keine Opposition kennt; aber trotzdem löst die Er-
lebung auf neue Schwierigkeiten. Der Friedensschluß zwischen der
Regierung Szell und der Opposition enthält nämlich einen Punkt, der
sich als eine wesentliche Abänderung der Abmachungen dar-
stellt, die im Sommer vorigen Jahres zwischen Banffy
und Thun abgeschlossen wurden. In dem „Jahres-Vertrage“
ist nämlich zwischen beiden Regierungen ausgemacht worden,
daß Oesterreich den ganzen Ausgleich mit dem § 14 in Wirklichkeit
seht, wogegen Ungarn dieselben Verfügungen auf gesetzlichem Wege
selbständig trifft, welche „selbständige“ Regelung deshalb not-
wendig ist, weil Ungarn gemäß seiner Verfassung mit einem nicht
konstitutionell regierten Oesterreich keine Verträge schließen kann. Nun
besteht der Ausgleich zwar aus vielen verschiedenen Dingen, die
wichtigste Frage ist jedoch das Zoll- und Handelsbündniß,
wodurch beide Staaten zu einem einheitlichen Zollgebiete gestaltet
werden. Das gemeinsame Zollgebiet ist das, was Oesterreich am
Ausgleich wichtig ist; die übrigen Bestandtheile der vielen Gesetze
sind Vortheile nur für Ungarn, die Oesterreich als Preis
für das Zollbündniß zahlt. Namentlich die gemeinsame Notenbank ist
eine große Konzeption für Ungarn; durch sie erhalten Handel und
Industrie Ungarns die Kreditmittel von dem wirtschaftlich ent-
wickeltesten Oesterreich. Nach dem Inhalte der Jänner-Abmachungen
sollte die Gemeinsame Notenbank bis zum Jahre 1910 kon-
stituiert werden, das Zoll- und Handelsbündniß jedoch nur bis zum
Jahre 1903 erstreckt werden, in welchem Jahre beinahe alle inter-
nationalen Handelsverträge erlöschen. Das Bündniß sollte, so wurde
in Jüli ausgemacht, jedoch weiterhin so lange in
Kraft bleiben, als es nicht durch die Gesetzgebung aufgehoben
worden ist. Diese Vereinbarung hat nun Herr v. Szell umgestoßen.
Nach seiner „Formel“ soll der Zustand — dem von einem „Bündniß“ kann
eigentlich nicht gesprochen werden, nachdem jeder Staat seine Ver-
fügungen selbständig und einseitig trifft — wohl nach 1903 noch auf
ein Jahr verlängert werden, aber Ende 1904 stände Oesterreich vor
der wirtlichen Gefahr der wirtschaftlichen Loslösung Ungarns, die
Zollchroniken zwischen beiden Staaten könnten dann ganz ernstlich
angefragt werden.

Das ist der Punkt, der selbst der so gewissenlosen Regierung
Thun Bedenken macht. Es wäre auch das Ungeheuerliche: Gemein-
same Notenbank ohne Zollbündniß! Das hieße, eine Konkurrenz-
industrie mit eigenen Mitteln zu schaffen, den wirtschaftlichen Gegner
mit Subsidien aus eigener Tasche zu unterstützen! Die Oesterreichische
Regierung hat also Herr v. Szell erklärt, daß sie seine „Formel“ nicht
akzeptieren könne; entweder es wird das Zoll- und Handelsbündniß
über das Jahr 1904 verlängert, oder es muß die Gemeinsame Notenbank
über das Jahr 1904 beschränkt bleiben. Nun ist das Letztere
unter den obwaltenden Umständen einfach unmöglich; die Ungarn
werden sich dieses Thor zur gänzlichen Selbständigkeit nicht mehr
schließen lassen. Der Konflikt wird also voraussichtlich nicht anders
gelöst werden, als daß auch das Bankprivilegium — das ist die
Form für die gemeinsame Notenbank — nur bis Ende 1904 erstreckt
werden wird. Das Jahr 1904 kann also in jedem Betracht den
Kladderbusch für Oesterreich-Ungarn bringen.

Die Sache wäre natürlich sofort anders, wenn sich die Regierung
entschloße, mit dem Parlament zu regieren. Mit dem
Parlament machen nämlich die Ungarn den Ausgleich bis Ende 1907;
und wenn das Zollbündniß über das Kommetjahr 1903, dem Jahre
neuer Handelsverträge, hinübergerettet wird, steht es auch weiter
fest. Aber auch sonst droht der Regierung ohne Parlament ein
komplettes Fiasko. Mit dem Ausgleich ist nämlich noch immer die
selbige Quotenfrage nicht erledigt. Die Quote ist beinahe
das Verhältniß, in welchem Oesterreich und Ungarn zu ihren ge-
meinsamen Ausgaben — das sind die Ausgaben für Heer und
Flotte und die für die Beforgung der auswärtigen An-
gelegenheit — beitragen; derzeit ist das Verhältniß so, daß
Oesterreich 68,6 und Ungarn 31,4 pCt. zahlt. Die Quote kann aber
nur durch ein Uebereinkommen beider Parlamente festgesetzt
werden; der § 14 ist da macht- und wirkungslos. Wenn ein solches
Uebereinkommen nicht erzielt werden kann, stellt die Krone die Ent-
scheidung fest, aber, und das ist der springende Punkt, nur für
die Dauer eines Jahres. Thatsächlich hat der Kaiser für
das Jahr 1898 und für das Jahr 1899 die Entscheidung gefällt, und
zwar die unveränderte Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses
verfügt. Nun geht es aber doch nicht, daß die Krone jedes Jahr
als Schiedsrichterin auftritt; ohne Parlament ist jedoch eine Ent-
scheidung auf längere Zeit — bis zum Jahre 1897 wurde das Ueber-
einkommen stets auf zehn Jahre geschlossen — einfach unmöglich.
Die Situation Oesterreichs läßt also geradezu nach dem
Parlamente; ohne Volksvertretung hat der Staat keine eigentliche
Stärke verloren.

Die Wege der Oesterreichischen Staatskunst sind zwar un-
erforscht, aber es ist doch nicht ausgeschlossen, daß dem parlament-
losen Zustande schneller ein Ende bereitet wird, als Graf Thun
wohl selbst denkt. Fertig ist die Regierung Thun in jedem Falle, und
der Zeitpunkt seines Falles ließe sich schon heute mit mathematischer
Gewisheit voraussagen. Wenn vielleicht Graf Thun auch nicht
sofort weggeschickt werden wird, trotzdem seine Regierung heute
das stärkste Hinderniß für ein konstitutionelles Regieren ist,
so ist das Leben dieser Regierung doch mit dem Augenblicke
zu Ende, wo sie den großen Verfassungsbruch, die geschwindige
Erledigung des Ausgleichs, vollzogen haben wird. Die Minister,
die diese Verordnungen unterschreiben, hängen sich selbst den Hals
um den Hals, der sie dann rettungslos in die Tiefe ziehen wird.
Freilich ist die Lage in Oesterreich so, daß mit dem Falle Thun's
noch lange nichts gethan wäre. Es fehlt diesem unseligen Staate
an Männern und Ideen; in dem Drei oder Redensarten, die
hier die öffentliche Diskussion ausmachen, ist kein Gebanke zu
finden, der über den nothwendigen Gang der Dinge Klarheit ver-
breiten würde.

Südafrikanische Republik. Aus der Nähe von Pretoria
erhalten wir von einem dort wohnenden Landmann und Partei-
genossen eine sehr interessante Zuschrift, datirt den 11. Februar.
Nach einigen vertraulichen Mittheilungen über gewisse Persönlichkeiten,

die dort eine Rolle spielen, und über das Zeitungswesen, in dem
Revolutionen sich herumtummeln — auch Deutsche, die neben-
bei die „Königliche Zeitung“, den „Berliner Lokal-Anzeiger“ und an-
dere ihrer würdigen Blätter unsicher machen, — schreibt unser
Freund uns:

Das Gold ist hier König — wie überall in der Kapita-
listischen Welt. Und es wird immer mehr Gold ge-
wonnen, wie man triumphirend verkündet. Weil der ver-
mehrten Goldausbeute handelt es sich weniger um neue
Minen als vielmehr um verbesserte Methoden und um Redu-
zierung der Arbeitslöhne mit Ausnahme der oberen Ver-
waltungsbeamten, wie Direktoren, Managers (Geschäftsführer) etc.
Ein Kaffer hatte früher 3—5 Pfd. Sterl. (80—100 M.) pro Monat,
heute vielleicht 2—3 Pfd. Sterl. (40—60 M.). Es giebt viele Minen,
die 2—3000 Kaffern beschäftigen. In diesem Lohn ist die Kost
inbegriffen, die aus Maismehl besteht, mitunter auch etwas Fleisch.
Ein weicher Mann, guter Miner, hat vielleicht 20 Pfd. Sterl. (400 M.)
oder auch etwas mehr, doch giebt es viele mit nur 12—15 Pfd. Sterl.
(240—300 M.) pro Monat. Der Arbeitsmarkt ist eben überfluthet.
Von den Minern sind die meisten englisch Sprechende. Ein
Deutscher hat absolut keine Chance, wenn er nicht
englisch sprechen kann. Im September 1897 kam ich von
einem Besuch in Deutschland wieder zurück. Auf dem gleichen
Steamer der Union-Linie „Ghaut“ waren 19 Verleute aus
der Gegend von Essen. Sie waren von einer der größten
und reichsten deutschen Firmen hier, Goetz u. Cie., engagirt.
Der Lohn war 9 und 11 Schilling (Schilling = Mark) pro Schicht
von 8 Stunden, das macht ungefähr 12 bis 15 Pfd. (240—300 M.)
im Monat. Das ist viel Geld in Deutschland, aber hier kommt
man nicht weit damit. Das schwerste war die Sprache, so-
wohl sich mit den Kaffern zu verständigen, als auch mit den
englischen Mitarbeitern. Die Hälfte dieser Leute ist denn
auch in der ersten Zeit weggegangen ohne anders-
wo Beschäftigung zu finden. Und von den anderen habe
ich einen Brief bekommen, in dem sie sich bitter beklagten.
Der Lebensunterhalt ist ziemlich theuer hier; unter 6 Pence
(60 Pfd.) kann man nichts kaufen außer Postkaffee (Eisbrennen).
Das geringste Essen kostet 1 Schilling in den meisten Fällen
(1 1/2 M.) und höher. Eine Tasse Kaffee, Thee oder Skatol 6 Pence,
ein Glaschen Pilsener 6 Pence, Whisky oder Frisch Brandy 1 Schilling,
2 oder 3 Dezilliter Bier 6 Pence, eine Flasche deutsches Bier 4 Schilling —
in der Bar getrunken. Außer den Gold- und Kohlenminen ist keine
Industrie, oder nur unbedeutend. Fast Alles wird importirt. Es
giebt kein Holz, geeignet für Bauzwecke oder sonst zum Verarbeiten,
und die meisten Steinbohlen sind minder gut als die englischen,
belgischen oder deutschen; wenigstens der aus ihnen gewonnene
Kohle ist nicht stark genug, um Silbererze zu schmelzen. Kaum
die Hälfte der eingewanderten Bevölkerung hat
regelmäßigen Verdienst. Die ganz Reichen wohnen nur
periodisch hier. Viele Spekulanten wissen nicht, ob sie reich sind,
doch giebt es auch viele Handelsleute mit schönen Geschäften und
gutem Verdienst; auch viele Kleinhandwerker. Ein Wohnhaus
(Kottage) mit 2—3 Zimmern kostet 4—5 Pfd. Sterl. (80—100 M.)
Riethen im Monat. Für eine Geschäftslokallität, geeignet zu
einem Kaufhaus oder kleinem Laden, ist 15—20 Pfd. Sterl. (300 bis
400 M.) und höher der allgemeine Preis pro Monat.
Deutsche sind sehr viel hier, von allen Berufs- und Ständen.
Nimmt man die deutschsprechenden Russen, Oesterreicher, Schweizer etc.
mit, so werden sie an Zahl den englisch Sprechenden wenig nach-
geben. Für alle Handlangerarbeit werden Kaffern
verwendet; jede Familie hat einen oder mehrere Kaffern für Küchen-
und Hausarbeit. Viele chinesische Kulis sind als Köche, Keller, Gar-
bierer etc. thätig und machen auch den kleinen Händlern und Hausfrauen
empfindliche Konkurrenz. Das weibliche Geschlecht findet
immer Verdienst, ist aber in moralischer Hinsicht vielen Ge-
fahren ausgesetzt. Ich war noch nicht in Johannesburg. Wir
haben jetzt Sommer und Regenzeit, und da habe ich viel zu
arbeiten. Nächsten Samstag hoffe ich für ein paar Stunden nach
Pretoria zu gehen; es ist, wie ich höre, ein deutscher Arbeiter-
verein dort; vielleicht bekomme ich Gelegenheit, mit Genossen
zusammenzukommen. Ich weiß, es giebt viele Parteigenossen hier
im Lande, besonders in Pretoria und Johannesburg, aber sie auf-
zufinden!

Schweiz.

Die Ausweisungen aus der Schweiz sind vorläufig rück-
gängig gemacht. Es wird uns hierüber aus Zürich vom 14. März
geschrieben:

Die Bemühungen unserer Genossen und die Kritik der Presse
haben bei den Behörden in Bern zur Freude aller aufrechtstehenden
Republikaner und Freunde des Völkrechts doch den erwünschten Er-
folg gehabt: die Ausgewiesenen wurden zuerst aus
der Haft entlassen und sodann auch die Ausführung
des Ausweisungsbefehles sistirt. Das ist ein Er-
folg der öffentlichen Meinung, aber auch eine Ehre für den
Bundesrath selbst, der nicht hartnäckig an einem nicht
genügend begründeten Beschlusse festhielt und nicht mit den längst
veralteten und abgenutzten Redensarten von der „Autorität der
Regierung“ etc. einen unhaltbaren Standpunkt kramphast fest-
hielt. Ein sehr werthvoller und geschickter Zug war die
Veröffentlichung des fürchterlichen Manifestes durch das sozial-
demokratische „Völkrecht“, aus dem es ein großer Theil der
übrigen Presse nachdruckte und so aller Welt zeigte, wie lächerlich
die von den italienischen Machthabern behauptete Gefahr ist. Das
Fiasko der verunglückten Aktion fällt einzig zu Lasten der italieni-
schen Regierung, die ihren reichen Kranz an Niederlagen und Blam-
agen aller Art um eine neue Perle bereichert hat. Eine Lehre
bietet der Vorgang für die Arbeiter noch: er hat den großen,
unerschöpflichen Werth, die Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit eines
sozialdemokratischen Tagesblattes jedermann überzeugend vor Augen
geführt. Möge man davon im ganzen Lande die praktische An-
wendung machen.

Frankreich.

Paris, 14. März. Das Schwurgericht sprach den Verfasser des
Buches „Die Krone gegen die Nation“, Urbain Gobier, sowie
den Herausgeber desselben, Ratanon, frei; die Sitzung wurde kurz
nach 11 Uhr Abends aufgehoben und der Urtheilspruch mit
lärmendem Beifall ausgenommen. — Der Abbe Mornard, welcher
seiner Zeit Dreyfus verteidigte, wird, wie verschiedene Blätter
melden, auch vor den vereinigten Kammern des Kassationshofes
der Prüfung des geheimen Aktenstückes, betreffend
Dreyfus, beizuwohnen.

England.

Im Unterhause brachte Chamberlain eine Vorlage ein,
betreffend die Erwerbung kleiner Häuser seitens ihrer Bewohner,
die sich auch auf Schottland und Irland erstreckt und die nicht
obligatorisch, sondern fakultativ ist. Der Werth des Hauses darf
300 Pfd. nicht übersteigen. Die von den Lokalbehörden zu leistenden
Vorarbeiten sind auf vier Fünftel des Kaufschillinges beschränkt. Die
Vorlage enthält keine Beschränkung hinsichtlich der Gesellschaftskasse
oder der Beschäftigung des Käufers. Die Kosten für die Durchführung
des Projektes dürfen 1 Penny per Pfund der Lokalabgaben nicht
übersteigen. Die Vorlage schlägt ein billiges und leichtes System
des Verkaufes und der Uebertragung des Besitzes vor. Die Bill
wurde in erster Lesung angenommen.

Belgien.

Brüssel, 14. März. (Eig. Ber.) Am 5. April und die folgenden
Tage wird hier ein „Internationaler Kolonial-
kongress“ stattfinden, einberufen von dem Institut colonial
international“. Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:
1. Die Handarbeit in den Kolonien. 2. Die Eisenbahnen in den
Kolonien und den neu urbar gemachten Ländern. 3. Die Verwaltung
der Protektorate. 4. Die finanziellen Beziehungen zwischen Mutter-
land und Kolonie. 5. Unter welchen Bedingungen darf die Aus-
wanderung als wünschenswerth erscheinen in Beziehung auf die
Kolonisation des besetzten Gebietes.

Die Milizfrage.

Folgende Nebenfragen endlich dürfen mit Zustimmung auch besprochen werden: Welche Mittel sind die geeignetsten, das Einführen neuer Waparten in den Kolonien zu begünstigen und ihre Entwicklung zu befördern? Welches sind die besten Mittel, um in den afrikanischen Kolonien die Eingeborenen zu bewegen, fortzufahren, sich mit Ackerbau zu beschäftigen, — ihre Anpflanzungen auszubreiten und zu verbessern — und eventuell Vieh zu züchten.

Italien.

Bei der Aufstellung des Reiches der Mitte wird nun auch Italien beiteiligt sein. Das Tsung-li-Hamen hat sich gefügt und erklärt sich bereit, mit der italienischen Regierung weitere Unterhandlung zu pflegen. Die kurze Aufwallung von Horn über die Quinigung der Fremden ist, nachdem die Engländer etwas nachgedrückt haben, bei den Chinesen bald verblaßt. Der Tsung-li-Hamen hat nicht allein die Rückführung der ursprünglichen Depeche des italienischen Gesandten de Martino verlangt, deren Annahme er vorher verweigert hatte, sondern erklärt sich auch bereit, sofort auf dieselbe zu antworten. Der Einfluß Englands, das naturgemäß darauf bedacht ist, dem russischen Einfluß in China möglichst viel Gegengewicht zu schaffen, hat das seine dazu beigetragen, die Chinesen nachgiebig zu machen. Und so werden die Italiener voraussichtlich ohne einen Schwertstreich zu einer „Pachtung“ im fernem Osten kommen. Das italienische Volk wird aber darum nicht glücklicher werden, sondern nur mehr Steuern aufzubringen haben für neue Schiffe und Soldaten, um das „Erwordene“ zu schützen.

Spanien.

Spaniens Neuaufrüstung. Die Melbung, daß Spanien sämtliche Schiffe zu verkaufen beabsichtigt, ist nach der „Intern. Korresp.“ dahin zu verstehen, daß die Ueberreste der Kriegsflootte nach Ansicht des neuen Kriegsministers Gomez Izag für Spanien augenblicklich wertlos seien. Letzterer will eine neue einheitliche Schiffsflotte schaffen und von jeder Ergänzung des alten Geschwaders absehen, weshalb die noch seefähigen alten Schiffe verkauft werden sollen. Hierbei kommen noch viele kleine Holzschiffe in Betracht, welche sich voraussichtlich nur zu Privatzielen eignen.

Rußland.

Ans der litthauischen Arbeiterbewegung. Unter diesem Titel bringt das Züricher „Volkrecht“ einen längeren Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Man darf es als eine der wichtigsten Phasen in der Geschichte der litthauischen Arbeiterbewegung bezeichnen, daß das in Wilna seit 1897 erscheinende lokale Arbeiterblatt: „Echo aus dem Arbeiterleben“ (es wurden bis jetzt 9 heftographierte Nummern herausgegeben), jetzt in eine allgemeine litthauische Arbeiterzeitung umgewandelt worden ist und in der litthauischen Sprache erscheint; die Zeitung wird jetzt nicht mehr heftographiert, sondern erscheint im Druck; außerdem wird eine heftographierte polnische Uebersetzung als Beilage erscheinen. Von diesem neuen Organ der litthauischen sozialdemokratischen Partei: „Aidas Lietuvos Darbininkas Gavenieno“ ist bereits im Januar 1899 die erste Nummer erschienen und in Litthauen verbreitet worden. Das Blatt hat sich als Ziel gestellt: die obere Leitung der litthauischen Arbeiterbewegung zu übernehmen, und zwar der gewerkschaftlichen und politischen, sowohl in Litthauen selbst, wie auch in den Nachbarländern, wo litthauische Arbeitermassen beschäftigt sind. Bis jetzt wurden sehr viele nützliche Kräfte von der rein nationalen Bewegung abgelenkt, andere fielen in das entgegengesetzte Extrem und organisierten Vereine von sozialdemokratischen Doktrinen, welche sich jeder Teilnahme an dem Kampfe gegen die russifizierende Politik der zarischen Regierung enthielten. Jetzt aber hat die litthauische sozialdemokratische Partei alle Chancen, die einzige maßgebende politische Partei in Litthauen zu werden; sie tritt für bestimmte Klasseninteressen ein, besitzt ein bestimmtes Parteiprogramm (welches auf dem Parteikongresse Anfang 1897 angenommen wurde) und stützt sich in ihrer Tätigkeit auf das Massenbewußte und organisierte Proletariat Litthauens. Um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können, muß die litthauische sozialdemokratische Partei auch ihre Parteiorganisation zu verbessern suchen. Im Laufe ihrer Entwicklung mußte sie sich verschiedene Formen der Arbeiterbewegung anpassen, und infolge dessen bekamen sich in ihrer gegenwärtigen Parteiorganisation verschiedene Ueberbleibsel, welche dem jetzigen Stande der Dinge nicht mehr entsprechen.

Außer der im Auslande erscheinenden Jahres-Rundschau „Litthauischer Arbeiter“, welcher in zwei Sprachen verfaßt ist, litthauisch und polnisch, und als offizielles Organ der litthauischen sozialdemokratischen Partei erscheint (in nächster Zeit wird die dritte Nummer erscheinen), werden jetzt in den Vereinigten Staaten Nordamerikas noch eine ganze Anzahl sozialistischer und Arbeiterzeitungen in litthauischer Sprache herausgegeben. Insgesamt erscheinen jetzt 17 litthauische Zeitungen in lateinischer Schrift, meistens Wochenblätter verschiedener litthauischer Gruppen und Parteien; 15 davon in Amerika, 2 in Europa. Die russische Regierung gestattet nicht die Veröffentlichung irgend welcher litthauischen Werke in litthauischer Schrift, folglich sind diese 17 Zeitungen die einzigen, welche die Litthauer auch in ihrer Heimath lesen können, und sie werden auch massenhaft nach Litthauen eingeschmuggelt.

Die litthauische Presse und die litthauische Literatur überhaupt bilden sozusagen ein Unikum in der gesamten Kulturwelt: wir kennen kein anderes Volk auf der Erde, welches des Rechts beraubt wäre, sogar seine Gebetbücher in seiner eigenen Sprache drucken zu dürfen! Dieser Umstand bewog die im Auslande lebenden Litthauer, eine retrospektive Ausstellung der litthauischen Literatur und Presse auf der Pariser Weltausstellung zu veranstalten. Zu diesem Zwecke haben sich zwei Komitees gebildet, in Amerika und in Zürich; für eventuelle Anfragen gilt die Adresse: Otto Lang, Hegibachstraße 22, Zürich.

Türkei.

Die Mächte auf Areta. Dem Prinzen Georg scheint die starke militärische Vertretung der Mächte auf Areta etwas unangenehm zu werden. Er wird bei den vier Mächten beantragen, daß eine jede ihre Streitkräfte auf der Insel auf ein Bataillon herabsetze. Dies Bataillon würde auf die bisherigen Kommandobezirke in der Weise verteilt werden, daß eine gemischte Besatzung gebildet werde.

Sien.

Eisenbahnbau in China. In China „Pachtungen“ zu erwerben und Eisenbahnen zu bauen, das ist augenblicklich die Hauptbeschäftigung der europäischen Diplomatie. Interessant ist ein aus Peking, 28. November 1898, datirter Brief Sir Claude MacDonald's an Lord Charles Dufferin. Darin ist folgende Zusammenstellung der Anzahl und der Gesamtlänge der bis dahin von den verschiedenen Nationen erlangten chinesischen Eisenbahn-Konzessionen enthalten. England steht mit 9 Konzessionen von insgesamt 2800 Meilen an der Spitze; es folgt Rußland mit 3 zu 1500 Meilen; an dritter Stelle kommt Deutschland mit 2 Konzessionen von zusammen 720 Meilen, dann eine belgische von 650 Meilen, eine amerikanische von 300 Meilen und endlich 3 französische von 420 Meilen.

Amerika.

Daß der Aufstandsgeneral Maximo Gomez mit der kubanischen Landesvertretung in Streitigkeiten gerathen sei, hatten wir gemeldet. Nimmere wird aus Havana berichtet, daß dort am Montag Kundgebungen zu Gunsten Maximo Gomez stattgefunden haben. Nach einem vergeblichen Versuche der Polizei, dieselben zu verhindern, zerstreuten Truppen die Demonstranten. — Aus allen Theilen des Landes sind Telegramme eingegangen, in denen Gomez Unterstützung zugesagt und das Vorgehen der kubanischen Militärverwaltung getadelt wird.

Aus New York wird zu der Angelegenheit gemeldet, die Regierung habe beschlossen, die kubanische Nationalversammlung zur Auflösung zu zwingen.

Im neuesten Heft der „Neuen Zeit“ nimmt Schippel nochmals das Wort zur Milizfrage, um auf Kautsky's Widerlegung seiner Vertheidigung des stehenden Heeres zu erwidern. „Siehe da: das stehende Heer!“ so überschreibt er seine Erörterung und kennzeichnet schon damit, was er dann länger auseinandersetzt: Es sei nur ein Streit um Worte; was er wolle und stehendes Heer genannt habe, das sei nichts anderes, als was Kautsky ihm unter dem Namen Miliz entgegen gehalten habe.

Also das war der Kern dieses neuesten Milizpudels, der sich erst lang und breit redete, als ob er sich schier auf einen Hopy verhängen wollte, stehende Cadres, besetzt mit Berufs-Offizieren und Unteroffizieren, und einjährige Präsenzzeit, das Ganze unter dem Namen Miliz!

Sodann erklärt Schippel, daß das, was er bisher gegen die Milizforderung vorgebracht, noch lange keine erschöpfende Kritik derselben sei, daß sich seine eigentlichen Einwendungen dagegen auf ganz andere Erwägungen stützten, die er kurz skizzirt wie folgt:

Einmal wird das Schlagwort: Jeder Mann dauernd bester seiner Waffe! technisch immer mehr zur Unmöglichkeit. Man kann nicht jedem ehemaligen Artilleristen eine Kanone ins Bett legen und jedem alten Seebären ein kleines Panzerschiff auf den Brunnentrog oder in die Badewanne setzen. Die Artillerie hat sich jedoch zu einer immer entscheidenderen Waffe entwickelt. Und wenn man wirklich hier und da in der Partei der perverten Anschauung huldigen sollte, spätere gesellschaftliche Umwälzungen würden in lauter tödtlichen Bürgerkriegen zum Ausdruck kommen, so müßte neben den konservativen, die Rührungsstufen zurückhaltenden Landbesitzern und neben den stehenden Festungen, welche die Eisenbahn- und Flußtransporte beherrschen, eine Marine, die auch die See speert, ein suchbarer Gegner für die revolutionären Massen der Handels- und Industriestädte sein.

Ferner wird die wirklich bewaffnete Volksmasse nicht der Machtfaktor sein, den man in ihm meist erwartet. Man stelle sich nur die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie auf absehbare Zeit bleiben werden, selbst unter Verwirklichung der Kautsky'schen Cadremiliz vor. Die Regierung hat, bei einjähriger Dienstzeit, ein großes stehendes Heer — hier kann man schon gar nicht anders sprechen! — von ein paar Hunderttausend Soldaten und mehreren Zehntausenden von wirklichen Berufsoldaten zur Hand. Sie kann den ganzen Behördenapparat bis in die letzten Winkel des Reiches hinein jede Minute für sich in Bewegung setzen. Auch die konservative Miliz draußen im Lande kann sie somit immer gewissermaßen organisiert für sich bereit halten, während die oppositionellen Milizen immer hilflos, zerstückelt und desorganisiert dastehen werden. Im Notfall kann ein entschlossenes Regime die Opposition jeden Augenblick ihrer Führer und vor allem auch ihrer Finanzen berauben. Wenn es jedoch eine Regierung mit dem ganzen Apparat von Justiz-, Polizei- und sonstigen Verwaltungsbehörden, mit stehendem Milizheer und zuverlässigen und zu jeder Zeit vorbereiteten konservativen Reservemilizen nicht mehr kann, dann ist sie heute, auch bei Fortbestand der alten Wehrverfassung, äußerlich ebenfalls verloren. Mit der revolutionären Kriegswissenschaft ist es eben in der Praxis immer anders wie in der Theorie. Andernfalls wäre das Dynamit eigentlich noch demokratischer und jedenfalls viel billiger: Jeder kann es machen, jeder kann es handhaben, die Gegner sind hier, nicht einmal gleich ausgerüstet. Was wenn zwei oder drei „Revolutionäre“ die Köpfe zusammenstecken, hat man ihnen auch schon das Dynamit und vielleicht gar die Köpfe abgenommen. Und wenn wir den Glauben an das völkerbefreiende Dynamit aufgegeben oder nie befaßt haben, so werden wir uns wohl auch ohne den Glauben an die besondere Wirkung der Milizfrage behelfen können.

Judem bedarf sie der Munition, und schon Engels hat darauf hingewiesen, daß man heute nicht mehr nach Belieben für die Repetirgewehre auf den Straßen und in den Häusern Blei gießen und Pulver reiben und mischen und lören kann, sondern daß die nützige Patrone ein Kunstprodukt der großen Industrie ist, die keine Armeeverwaltung aus den Händen geben oder doch unkontrollirt lassen wird. Man kann also die Flinten haben und sieht doch nach wie vor mit leeren Händen, so gut wie vollständig entwaffnet, einem Feinde gegenüber, der genau wie heute die organisierte bewaffnete Macht mit voller Verfügung über alle weiteren Hilfsmittel bildet.

Anna Schluß sagt Schippel: „Die Miliz ist nicht sozialistisch. Die Miliz ist, wie man mehr und mehr zugeht, kaum billiger wie das heutige Heer, so daß die Kulturaufgaben bei der Miliz kaum besser fahren werden, wie heute. Die Miliz hat auch gar nicht die einschüchternden Wirkungen nach oben, die man ihr zutraut. Warum sollen wir also alle die angeschnittenen Fragen nicht in aller Ruhe und ohne jede Aufregung über Prinzipienverstoß“ erörtern — wie Engels 1865 die preussische Militärfrage: „historisch, als ob sie schon vergangen, anatomisch, als ob sie schon Kadaver wäre?“

Kautsky erwidert darauf unter der Ueberschrift: „Siegfried der Harmlose.“ Er sagt: „... Schippel läßt mich ein Cadresheer fordern, aber es dürfte ihm schwer fallen, auch nur ein Wort in meinem Artikel zu finden, das in diesem Sinne gedeutet werden könnte.“

„Ich habe von Cadres in meinem ganzen Artikel nicht gesprochen, aus dem einfachen Grunde, weil ich die Frage vom politischen, nicht vom militärtechnischen Standpunkt aus erörterte. Ich finde aber nicht, daß die Cadres mich zu veranlassen hätten, irgend etwas von dem selber Gesagten zurückzunehmen.“

Kann man bei einjähriger Dienstzeit noch von einem stehenden Heere, einem stehenden Cadresheer sprechen? Woraus bestehen die Cadres? Bloß aus Offizieren und Unteroffizieren? Offiziere allein bilden keine Armee, auch keine stehende Cadresarmee. Von Cadres kann man erst dort sprechen, wo neben Berufs-Offizieren und Unteroffizieren auch gedienter Mannschaften vorhanden sind. Das stehende Heer will nicht bloß eine Rekrutenschule sein, sondern auch eine stets schlagfertige Armee — in einem stehenden Heere dürfen die Mannschaften nicht aus lauter Rekruten bestehen, diese dürfen im Heere nicht einmal die große Mehrheit bilden, wenn man noch von einem stehenden Heere und von Cadres (Mannschaften) für die Reserven sprechen soll.

Wie gestaltet sich aber die Sache bei einjähriger Dienstzeit? An einem bestimmten Tage werden die ausgebildeten Mannschaften entlassen und am nächsten Tage besteht die Mannschaft des „stehenden Heeres“ aus lauter Rekruten. Sobald diese ausgebildet sind, anfangen könnten, als Cadres zu dienen, werden sie wieder entlassen. Die Schlagfertigkeit der Armee beruht da nicht in den dienenden, sondern den ausgebildeten Elementen. Außerlich erscheint bei einjähriger Dienstzeit das Heer noch als stehendes — es sind immer Soldaten da — aber seinem Wesen nach hat es bereits aufgehört, ein stehendes zu sein, hat es angefangen, ein Milizheer zu sein.

Bei der weiteren Verkürzung der Dienstpflicht tritt aber der Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heere auch äußerlich zu Tage: wo bleibt dieses etwa bei sechsmonatlicher Präsenzzeit? Die „eigene innere Bewegung“ zur Verkürzung der Dienstzeit in der Kademe ist nur beim Milizsystem „an sich ohne Grenzen“. Unter dem System des stehenden Heeres findet sie ihre sehr bestimmten Grenzen im einjährigen Kadernendienst. Sie stößt um so mehr, je mehr sie sich diesem nähert. Bereits eine achtmonatliche Dienstpflicht ist nur schwer mit dem Wesen des stehenden Heeres vereinbar, das einen starken Stamm schlagfertiger, gedienter Mannschaften verlangt. Zwei Jahre sind die Grenze, über die das „preussische Heeresystem“ freiwillig nicht hinausgehen wird. Wo die Reichsfinanzbedrängnis und andere Umstände eine größere Verkürzung der Dienstzeit herbeiführt haben, galt sie stets nur für einen Theil des Heeres, da man die gedienten Mannschaften nicht entbehren wollte und konnte.

Ich selbst habe in Bezug auf die Länge der Ausbildungszeit überhaupt keine bestimmten Forderungen aufgestellt, sondern nur nach dem Vorgang Engels' wiederholt: bei einem Jahre — da fängt das unverfälschte Milizsystem an. Ich schob die Entscheidung über die jeweilig notwendige Dauer der Rekruten-ausbildung den Fachleuten zu.

Dagegen ist Schippel gezwungen, sich an die einjährige Präsenzzeit zu klammern, denn nur auf dieser Linie kann er hoffen, wenigstens nothdürftig seine Liebe zum stehenden Heere mit den Forderungen des Parteiprogramms zu versöhnen. Unter die einjährige Dienstzeit kann er nicht herabgehen, ohne dem verhaßten Milizsystem zu verfallen. Aber seit der Vorstoß Hegrims zu Gunsten des heutigen Systems und der zweijährigen Dienstzeit — unter Verwungung auf Engels — so gar keine Gegenliebe gefunden hat, geht es nicht gut an, über die einjährige Präsenzpflicht hinauszugehen, und so muß Schippel, der sich sonst so lebhaft dagegen sträubt, sich festzulegen und den Fachleuten vorzugreifen — er muß sich in einer militärtechnischen Frage festnageln auf einen ganz bestimmten Termin der Dienstpflicht: zwölf Monate, keinen mehr, keinen weniger. Das Heeresystem, auf das sich Schippel in seinem Schlußwort rückwärts konzentriert, es steht und fällt mit der einjährigen Dienstpflicht. Wie er das Heer der einjährigen Dienstzeit dann nennt, ob stehendes Cadresheer ohne Cadres oder stehendes Milizheer, ist mir sehr gleichgültig. Es ist nicht mein Kind, um dessen Laufe es sich da handelt, sondern das seinige. Ich bin nicht auf die einjährige Dienstzeit eingeschworen und habe noch weniger ein Cadresheer verlangt.

Aber die Kürze des Dienstes in der Kademe ist nicht das einzige Merkmal der Miliz. Als zweites habe ich das „Vollverpflichtungs-Schlagwort“ genannt: Jedem Manne seine Waffe. Schippel behauptet jetzt nicht mehr, diese Forderung sei undurchführbar, wohl aber sei sie nutzlos. Schon deswegen, weil man Gewehre ohne Patronen nicht abfeuern könne, diese aber sind „ein Kunstprodukt der großen Industrie, die keine Armeeverwaltung aus den Händen geben oder doch unkontrollirt lassen wird“. Gätte Schippel sich nicht blos an die Milizliteratur der sechziger Jahre gehalten, aber die er uns ja recht lehrreiche Vorträge zu halten weiß, sondern auch an die heute üblichen „Milizvorfstellungen“ und Milizeinrichtungen, dann müßte er wissen, daß in der Schweiz der Wehrmann zu seinem Gewehr auch dreißig scharfe Patronen nach Hause bekommt.

Neben der Vollbewaffnung und der kurzen Dienstzeit nannte ich als drittes Charakteristikum der Miliz die Aufhebung des ständischen, privilegierten Charakters des Offiziers. In Schippel's Augen ist dieser Charakter un wesentlich für das stehende Heer. Vom militärtechnischen Standpunkt sicher. Aber wir diskutieren doch nicht als militärische Fachleute, sondern als Politiker, und vom politischen Standpunkt ist die lastenmäßige Privilegierung des Offiziers mit dem heutigen Armeesystem aufs Innigste verknüpft, weil sie denselben politischen Interessen entspringt, denen dieses System zu dienen hat. Sie ist das Gegengewicht gegen die Demokratisierung des Heeres durch Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht und Zunahme der Zahl der Sozialdemokraten in seinen Reihen.

Nach alledem sehe ich nicht den mindesten Grund, der unsere Partei veranlassen sollte, ihren Programmpunkt: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, aufzugeben und den grundsätzlichen Kampf gegen das stehende Heer einzustellen. Wir fordern nach wie vor an dessen Stelle das Milizheer, das heißt Volkswehr, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die Aufhebung der Standesrechte der Offiziere und eine kurze Dienstzeit in der Kademe, die ein Jahr nicht überschreiten darf und so weit unter dies Maximum herabgedrückt werden soll, als mit der Ausbildung des Wehrmanns zur Kriegstüchtigkeit verträglich.

Diese Milizvorfstellung ist ganz und gar verschieden nicht nur von dem heutigen System, sondern auch von dem Idealheer des Schippel'schen Schlagwortes, jenem zwar denkbaren, aber praktisch nicht in Betracht kommenden idealen Vastard zwischen Miliz und preussischer Armee; grundsätzlich verschieden schon deshalb, weil die einjährige Präsenz für die Miliz das denkbare Maximum, für das Schippel'sche System das denkbare Minimum der Dienstzeit vorstellt.

Wenn Schippel meint, unsere Stellung zum stehenden Heere sei keine Prinzipienfrage, denn die Miliz sei keine sozialistische Einrichtung, so muß ich bemerken, daß wir nicht bloß Sozialisten sind, sondern auch Demokraten, und daß wir Prinzipien nicht bloß für den Zukunftsstaat haben, sondern auch für den Gegenwartstaat. Und das stehende Heer ist für mich nicht ein Kadaver, den man mit aller Gemüthsruhe seziren kann, sondern eine sehr lebendige Institution, mit der die Herrschenden dem vordringenden Proletariat immer lebhafter drohen, das bereits in Italien das Blut unserer Weiber vergossen hat — trotz der allgemeinen Wehrpflicht. Ich kenne keine Institution, die für das kämpfende Proletariat des europäischen Festlandes gefährlicher wäre, gegen die wir energischer unsere Propaganda zu richten hätten, der wir mehr den Boden im Wollen und Fühlen des Volkes zu untergraben hätten, als den Militarismus. Und wenn in unseren Reihen jemand für diesen kraftvollsten Todfeind der Sozialdemokratie auftritt, für ihn Stimmung macht, seinen Nutzen preist, seine Gefahren verächtlich, dann sollen wir diese Frage „historisch“ erörtern, als wäre sie schon vergangen! ...

Partei-Nachrichten.

Politikales, Gerichtsliches u. s. w.

— Eine ganze Reihe unsauberer Manipulationen bei dem sog. Gläubigerverhandlung der Münchener Oktoberfest wurden angeklagt in einer Gerichtsverhandlung, die ein Herr Hofstetter, langjähriger Leiter dieses Lotteriespiels, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münch. Post“, Gen. Schmid, veranlaßt hatte. Dieser „Gläubiger“ wird von der Stadt zum Besten der Armenkasse veranlaßt und von dem Armenpflegeausschusse verwaltet. Die „Münch. Post“ hatte in vier Artikeln gegen Hofstetter eine Reihe Beschuldigungen erhoben, in denen dieser unredliche Handlungen verächtlich bezeichnet wurde. Festgestellt wurde in der Verhandlung, daß viel mehr Rieten verkauft wurden, als wie der veröffentlichte Gewinnplan gestattet — wurde viel gekauft, so wurden immer noch Rieten hinzugekauft —; daß ferner für die Gewinne weniger aufgewendet wurde als wie vorgeschrieben; daß die Lieferanten des Gläubigers von der Kommission zur Leistung von Trinkgeldern „für die Bediensteten“ angehalten wurden, die Bediensteten aber nur einen geringen Theil des Geldes bekamen; daß auf diese Weise in einem Jahre mindestens 1500 M. Mehrerlöse entstanden, aber nirgends gebucht worden seien; daß die ganze Gläubigerkommission nichts von der Geschäftsführung wußte und nichts von der Buchführung verstand; daß amtliche Stempel an Lieferanten zur Verwahrung gegeben wurden. Das Gericht bezeichnete im Urtheil das Verfahren Hofstetters als objektiv rechtswidrig. Der Kläger Hofstetter hatte alle diese „Unregelmäßigkeiten“ vor Gericht anfangs positiv in Abrede gestellt, mußte aber schließlich Alles eingestehen. Frey alledem wurde Schmid zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Eine besondere Methode gegen sozialdemokratische Versammlungen brachte der Bürgermeister von Paris bei Erfurt zur Anwendung. Als dort am Sonntag die Veranfaller der Versammlung im Lokale erschienen, wurde ihnen mitgeteilt, daß der Bürgermeister den Saal verschlossen und die Schlüssel an sich genommen habe. Als die Genossen in ein anderes Zimmer derselben Wirtschafft gingen, wollte der Gendarm dies nicht gestatten. Die Leute ließen sich nicht beirren und gingen an. Da hieß es, der gegenwärtige Wirt habe keine Konzession. Man zeigte ihm die Konzession des alten Wirtes und die Versammlung begann. Aber bald kam der Gendarm wieder und erklärte, die Konzession sei am Tage zuvor gerade abgelaufen und löste die Versammlung auf.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Gewerkschafts-Kommission hält ihre Delegirten-Versammlung am Freitag Abend in den Arminhallen, Kommandantensstraße 20. ab.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber. Die Vertreter der ausständigen Sammetweber wurden von dem Vorsitzenden der sozialen Kommission am Montag abends zu einer Verhandlung eingeladen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keiner Einigung. Die Arbeiter bemerkten, sie seien nur zu der Erklärung berechtigt, die Ausständigen würden nur dann die Arbeit wieder aufnehmen, wenn eine neue Lohnliste vereinbart würde, die zwischen der Fabrikanten-Lohnliste und der übrigen Löhne und mindestens die früheren Lohnsätze und dazu die Vergütung für Vor- und Ueberarbeiten vorsehe. Was die Fabrikanten beabsichtigen, geht aus den Äußerungen eines Direktors hervor, welcher erklärte: Es handelt sich gar nicht um die Durchführung der Lohnreduzierung. Die Fabrikanten könnten noch weit höhere Löhne zahlen, als die von den Arbeitern gefordert, aber wir wollen mal sehen, wer der Stärkere ist, die Verbände oder die vereinigten Fabrikanten. Man ersieht also sehr deutlich, daß der Kampf gegen die Organisation der Arbeiter gerichtet ist, welche den Unternehmern von jeher ein Dorn im Auge war. Also nicht mehr um Recht oder Unrecht in ihren Forderungen haben die Arbeiter zu kämpfen, sondern um das Recht der Koalition. Diese offene Kennzeichnung des Kampfes seitens der Unternehmer enthüllt ihre wahren Absichten und giebt dem Streik eine neue Wendung. In dieser Kraftprobe, von den Unternehmern provoziert, muß die gesamte Arbeiterschaft auf Seite der streikenden Weber stehen.

Sie wird aber nur dann die brutale Zumuthung, die an die Weber gestellt wird, zurückweisen können, wenn den Bedrängten materielle Hilfsmittel spendet werden. Wir richten deshalb an Alle die dringende Aufforderung, die Krefelder Weber in ihrem Kampf um das Koalitionsrecht thätig zu unterstützen.

Unter den Steinarbeitern hat sich in letzter Zeit eine lebhaftere Bewegung bemerkbar gemacht. So hatten in Schlesien in Dunschau, Radwig, Sirguth und Barthau ca. 800 Steinarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ursache hierzu waren fortgesetzte Lohnreduzierungen. Die beteiligten Firmen Feidler u. Wimmel und Schilling erklärten sich bereit, dem Verlangen nachzukommen und sahen sich veranlaßt, den Steinbrechern besondere Konzessionen zu machen. Der Ausstand dauerte 1 respektive 4 Tage. Ungefähr 140 Mann der Firma D. Plöge, Berlin, Süd-Ufer 84, haben in Alttenhagen I. Springe und Hannover aus gleichen Gründen wie die Steinarbeiter in Dunschau die Arbeit niedergelegt und forderten die Entlassung des Bruchmeisters Lohmann, weil dieser sich Verleumdungen und Falschheiten den Steinarbeitern gegenüber zu Schulden kommen ließ. Die Firma erklärt den Bruchmeister nicht zu entlassen, weil dieser zu ihren besten Beamten zähle. Die Firma Siebel in Osterwald-Hildesheim holte sich 40 Italiener als Ersatz für die bei ihr im Ausstand befindlichen Arbeiter herbei. In Alvensleben sind 88 Mann ausgesperrt, weil die Steinarbeiter wagten, eine minimale Lohnerhöhung zu fordern. Der Streik der Steinmetzen in Gotha bei der Firma Merkel ist zu Gunsten der Arbeiter nach vierzehntägigem Ausstand erlosch. 85 Steinarbeiter in Tröschau Oberfranken, haben nach kurzem Kampfe alle ihre Forderungen erungen. Der Tarif ist auf zwei Jahre gegenseitig anerkannt. Der Vertrauensmann der in Wurgpreppach neugegründeten Steinarbeiter-Organisation wurde entlassen, um die Organisation zu schwächen. Vermuthlich hat hier vor kurzem ein Verzeihungskampf stattgefunden, an dem 52 Mann der Firma H. Holzmann beteiligt waren. Da aber keiner dieser Leute einer Arbeiterorganisation angehört und jede gewerkschaftliche Schule feststeht, so mußte der Kampf nach 10 Tagen ergebnislos beendet werden. Die Folge war die Gründung einer Zählstelle, welche mit Hilfe des Gewerkschaftsleiters Schweinfurt zu Stande kam. Aus Rache wurde nun, wie bereits erwähnt, der Vertrauensmann drohtlos gemacht. Die 160 Steinarbeiter der Umgegend werden als Antwort auf diesen Gewaltakt sich gleichfalls der Organisation Wurgpreppach anschließen.

Die Werkplätze der Firmen Witte, Frohnhöfer und Lutzmann in Olsdorf bei Hamburg sind wegen Löhndifferenzen gesperrt. In Unterhandlungen, betreffs Tarifeinführung resp. Erhöhung desselben, befinden sich die Steinarbeiter in Breslau, Braunschweig, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halberstadt, Hamburg, Leipzig, Rebra und Wiesbaden. Am nun den im Kampfe befindlichen Steinarbeitern beizustehen, ist es notwendig, darauf zu achten, daß der Zuzug nach diesen Orten streng gemieden wird.

An die Agitationskommissionen geht die Aufforderung, mit Beginn der Saison die Agitation im vollen Umfange zu entfalten. Das hierzu nötige Material liefert die Geschäftsleitung der Steinarbeiter. Die Vorstände der Gewerkschaftskartelle, namentlich dort, wo Steinarbeiter in Betracht kommen, werden ersucht, die Agitation nach Möglichkeit zu unterstützen. J. A.: P. Mitschke.

Der Streik der Maler und Lackierer in Darmstadt dauert fort und befindet sich jetzt 420 Mann im Ausstand. Erfolg für die Ausständigen konnten die Unternehmer nicht heranziehen, und steht zu hoffen, daß es ihnen auch ferner nicht gelingen wird.

Die Schuhmacher Hamburgs beschlossen am Montag Abend, den Arbeitgebern einen neuen Lohnsatz zu Anerkennung zu unterbreiten. Es wird verlangt die Erhöhung des Stundenlohnes von 30 Pf. auf 35 Pf., resp. des Wochenlohnes von 18 auf 21 M. für Arbeit, die den Arbeitern mit nach Hause gegeben wird, wird eine Lohnerhöhung von 5 pCt. verlangt. Falls der Tarif nicht bis zum 24. März anerkannt ist, soll das Arbeitsverhältnis zum 1. April gesündigt und an diesem Tage die Arbeit eingestellt werden, wo bis dahin nicht bewilligt ist.

Die Sattler der Firma Jone u. Ko. in Dresden befinden sich in Differenzen mit dem Unternehmer. Der Zuzug ist fern zu halten.

Die Lohnbewegung der Schneider in Bremen ist zum Ausstand gekommen. Bis her haben 36 Geschäfte den Lohnsatz bewilligt und ist zu hoffen, daß die übrigen zu einer Verständigung geneigt sind. Die Schneider Hamburgs haben beschlossen, wenn ihre Forderungen — geringfügige Lohnerhöhung und sanitäre Verbesserung der Arbeitsräume — bis Sonnabend dieser Woche nicht bewilligt sind, an diesem Tage ebenfalls die Arbeit einzustellen. Die Verzufgenossen der Nachbarstädte schließen sich dem an. In München sind weitere günstige Fortschritte der Bewegung zu verzeichnen, sodas gegenwärtig nur noch 172 Arbeiter im Ausstande stehen.

Ausland.

Französische Streiks im Januar. Das Arbeitsamt bezeichnet im Januar 81 Streiks mit 3447 Theilnehmern gegenüber 40 Streiks mit rund 4000 Theilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der Januar-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 86. Von den 81 Konflikten haben sich nur 6 mehr als auf einen Betrieb erstreckt. Ursachen: 12 aggressive Lohnstreiks, 7 Abwehr-Lohnstreiks, in einem Falle verspätete Lohnzahlung, 7 Konflikte wegen Personalfragen und 4 wegen der Arbeitsstättenordnung. — Ausgang von 23 im Januar und 1 im Dezember begonnenen Streiks: 1 Erfolg, 9 Ausgleich und 14 Mißerfolge.

Achtung, Wästenmacher! Wir ersuchen unsere deutschen Kollegen, nicht nach Dänemark zu kommen, da die Wästenarbeiter ganz Dänemarks am 13. März die Arbeit niedergelegt haben, um bessere Lohnverhältnisse und die Anerkennung des Koalitionsrechts zu erkämpfen. Sollten Gehilfen nach Dänemark geschickt werden, so wendet Euch zunächst an die Zählstelle des betreffenden Ortes, worauf bereitwillig Auskunft erteilt wird.

Sachverrein der Wästenbinder in Randers (Dänemark).

Soziales.

Blutergüssen. Wie bedeutend die Zahl der durch gewerbliche Arbeiten Vergifteten ist, geht aus den Berichten der öffentlichen Krankenhäuser hervor. In Ost- und Westpreußen kamen zusammen

24 chronische (langsame) Vergiftungen zur Behandlung, von denen 12 Bleierkrankungen waren. In der Stadt Berlin dagegen kamen allein 323 chronische Vergiftungen zur Behandlung, von denen 284 Bleivergiftungen waren. Auch im Regierungsbezirk Potsdam, zu dem die Vororte Berlins gehören, kamen 63 chronische Vergiftungen zur Behandlung, von denen 83 Bleivergiftungen waren. Diese hohe Zahl chronischer und speziell von Bleivergiftungen wird durch die große Zahl der Industriezweige erklärt, in denen hier mit Blei und Bleiprodukten gearbeitet wird, wie die Akkumulatoren-Fabriken, Maler, Anstreicher, Feilenhauer, Bleilöcher, Schriftseher, Rohrleger, Schlosser, Klempner, Töpfer, Metallgießer, Steinbrüder, Schriftgießer, Glaser, Emaillierer, Monteur, Vergolder, Färber und Mechaniker; selbst bei diesen von denen, wo für gewöhnlich keine Gelegenheit zur Bleivergiftung in ihrer beruflichen Thätigkeit vorliegt, stellte es sich heraus, daß sie in früheren Beschäftigungen viel mit Blei in Verührung gekommen waren. In den Regierungsbezirken Frankfurt a. O., Köslin, Straßburg, Posen und Bromberg zusammen kamen nur 28 Fälle von chronischer Vergiftung zur Behandlung, von denen aber auch 21 Bleivergiftungen waren. Dagegen kamen im Regierungsbezirk Steitin allein 25 chronische Vergiftungen, darunter 22 Bleivergiftungen zur Behandlung. Diese waren hauptsächlich durch die Gemischen Fabriken in Pommeranzdorf veranlaßt. Charakteristisch sind auch die für Schlesien festgestellten Zahlen. Während im Regierungsbezirk Liegnitz nur 16 chronische, darunter 13 Bleivergiftungen zur Behandlung kamen, waren es im Regierungsbezirk Breslau 48 chronische, darunter 41 Bleivergiftungen, hauptsächlich veranlaßt durch die zwei Bleifarben-Fabriken in Ohlau, und im Regierungsbezirk Oppeln kamen gar 192 chronische Vergiftungen zur Behandlung, darunter 100 Bleivergiftungen. Hier sind es die großen Blei- und Zinkhütten, in denen die Arbeiter der giftigen Wirkung des Bleies ausgesetzt sind. In der Provinz Sachsen kommen von den behandelten 69 chronischen Vergiftungen mit 59 Bleivergiftungen 38 mit 33 Bleivergiftungen auf den Regierungsbezirk Magdeburg mit seinen Bleiweißfabriken. In der Provinz Hannover kamen die meisten chronischen resp. Bleivergiftungen im Regierungsbezirk Hildesheim zur Behandlung, nämlich 71 chronische, darunter 68 Bleivergiftungen, während in den übrigen fünf Regierungsbezirken der Provinz nur 21 chronische mit 17 Bleivergiftungen behandelt wurden. Aber im Regierungsbezirk Hildesheim liegen die Bleiwerkwerke und -Hütten des Oberharzes. In den Provinzen Schleswig-Holstein und Westfalen sind die behandelten chronischen und Bleivergiftungen nicht zahlreich, da hier nur unbedeutend mit Blei und Bleiprodukten gearbeitet wird. In der Provinz Hessen-Nassau ist es namentlich der Regierungsbezirk Wiesbaden, der eine ziemlich hohe Zahl von chronischen Vergiftungen zeigt, nämlich 59, wovon 48 Bleivergiftungen; aber hier befinden sich auch einige Bleifarbenwerke. In der Rheinprovinz sind dieselben noch stärker vertreten, daher hier die Zahl der behandelten Vergiftungen noch weit größer. Sie betrug für den Regierungsbezirk Düsseldorf 68 chronische, darunter 58 Bleivergiftungen, und für den Regierungsbezirk Köln 21 chronische, darunter 218 Bleivergiftungen! Aber hier befinden sich auch die großen Bleifarbenfabriken von Lindgen Söhne, W. A. Hospelt, W. H. Lehendener u. A., die jede mehrere hundert Arbeiter beschäftigen, von denen eine große Anzahl Jahr für Jahr an ihrer Gesundheit schwer geschädigt werden. — Fassen wir die vorstehenden Feststellungen zusammen, so sehen wir, daß im Ganzen in den preussischen Heilanstalten 1895 an chronischen Vergiftungen 1825 Personen behandelt wurden, von denen der bei weitem größten Theil, 1163, also 87,77 pCt., an Bleivergiftungen litten; die sich fast nur auf die Landestheile erstrecken, in denen Blei oder Bleiprodukte gewonnen oder hauptsächlich verarbeitet werden. Dort, wo diese Industrien betrieben werden, wird der Gesundheitszustand des ganzen Volkes dadurch auf das Bedenklichste beeinflusst, während die anderen Landestheile fast gar nicht darunter zu leiden haben. Am schlimmsten sind die Vergiftungen in den Bleiwerkwerken und -Hütten, deren Arbeiter nur in ganz ungenügender Weise gegen die Giftwirkung des Bleies geschützt werden. Aber auch in den übrigen mit Blei arbeitenden Betriebsarten, auch wenn Spezialbestimmungen deswegen erlassen sind, gewahren, wie obige Zahlen zeigen, diese Bestimmungen den Arbeitern nur einen ganz geringen Schutz gegen die Schädlichkeit des Bleies, und sie bedürfen dringend baldigster Verbesserung, wenn nicht weiter jedes Jahr tausende von Arbeitern vom schlimmsten Siechtum betroffen werden sollen.

Sehr wenig Respekt haben die Grubenleitungen vor den Verfügungen der staatlichen Berg- und Revierebeamten. Auf der „Rebengrube“ in Oberschlesien war schon im Jahre 1895 durch den zuständigen Bergath Kriebel angeordnet worden, daß bei einer Steigung der Streden von 6 Grad das Bremsen der Förderwagen nicht einfach durch gewöhnliche Bremsknüppel, die man zwischen die Räder der Wagen steckt, sondern durch eine sichere Bremsvorrichtung zu geschehen habe. Aber noch im Jahre 1898 herrschte auf der Rebengrube das alte mangelhafte Bremsensystem, das Bremsen mit Bremsknüppeln. (Wahrscheinlich war die Grube innerhalb dieser Jahre nicht oft genug revidirt worden; sonst wäre diese Nichtbeachtung einer bergamtlichen Verfügung unerklärlich.) Im Jahre 1898 führte diese Nachlässigkeit der Grubenleitung zu einem Todesfall, der Schlepper Kurta wurde auf der Bremsbohn zerquetscht. Leider fand sein Tod nicht die gehörige Sühne. Die für den Todesfall verantwortlichen Beamten, Bergverwalter Köhler und Steiger Verkenstod, wurden zwar wegen fahrlässiger Tödtung angeklagt, aber nur wegen „Zwischenhandlung“ gegen jene bergamtliche Verfügung zu 20 M. Geldstrafe (I) verurtheilt. Bei diesen leichten Strafen ist der Widerstand der Gruben gegen die bergpolizeilichen Anordnungen erklärlich.

Arbeiter-Risiko. Gruben-Unglück. Der Bergverwalter Pohl wurde auf dem Hüschlich von Bleihüttenbahn durch hereinbrechende Oberböhe zusammengedrückt, wobei er Verletzungen am Kreuz und am linken Bein erlitt und nach dem Waldenburger Anaptschafts-Lazareth geschafft werden mußte. Pohl verunglückte schon zum vierten Male.

Versammlungen.

Eine Versammlung für den ersten Wahlkreis tagte am Dienstag bei Cohn, Weuststraße. Reichstags-Abgeordneter Kaden referirte über: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Der Redner schilderte zunächst die Entwicklung der Industrie, er verwies auf die Klassen- und Interessengegensätze, die eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital ausschließen, und erläuterte sodann die Bestimmungen der Sozialdemokratie. Mit dem Hinweis auf das Sozialistengesetz, die Umsturzvorlage, die Beschränkung der Koalitionsfreiheit und die verschiedenen Vorkommnisse in der jüngsten Zeit, kennzeichnete der Referent sehr treffend das Verhalten der herrschenden Klasse, die beständig, allerdings vergebens bestrebt ist, die moderne Arbeiterbewegung mit brutaler Faust und Polizeigewalt niederzuhalten und die unter dem Deckmantel des Patriotismus und Christenthums ihre reaktionären Anschläge auf die arbeitende Bevölkerung verheilt. Durch lebhaften Weisfall erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Gutmann, Lätzerow, Preuß, und Pohl im Sinne des Referats beteiligten, wurde recht wirkungsvoll der gegenwärtige politische Kurs kritirt. Nachdem wiederholt zur regen Betätigung auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet aufgefordert worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Im Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis sprach Fris Jubeil am Dienstag über das Thema: Welche Pflichten haben die Mitglieder des Wahlvereins bei der bevorstehenden Wahl? Nachdem der Redner den Verlauf der Reichstags-Sitzung vom Dienstag geschildert hatte, legte er die Gründe dar, die seiner Meinung nach eine Auflösung des Reichstages als sehr wahrscheinlich erscheinen lassen. Er meinte, es handle sich für die Regierung nicht um die abgelehnte Forderung

von 7000 Mann, sondern vielmehr darum, daß ein neuer Reichstag zu Stande käme, der eine Mehrheit für die sonstigen reaktionären Pläne — Zuchthausgesetz, Wahlrechts-Verschlechterung, agrarische Wünsche — aufweist. Nun könne man bei dem gegenwärtigen Zustand nicht wissen, ob es wirklich zur Auflösung komme, deshalb dürften sich auch die Mitglieder des Wahlvereins von den Vorbereitungen für die Nachwahl im zweiten Kreise nicht abhalten lassen. Das sei um so mehr notwendig, als hier der Kampf unter erschwerten Umständen geführt werde und der Sieg von wenigen Stimmen abhängen könne. Wie es heute mit dem Wahlverein ist, so könne es nicht bleiben, die Organisation desselben sei veraltet. Was vor 10—15 Jahren gut war, sei heute nicht mehr zweckmäßig. Redner läßt des Weiteren eine scharfe Kritik an die Thätigkeit der Mitglieder des Wahlvereins während des Wahlkampfes und fordert die Anwesenden auf, jede Lässigkeit abzustreifen, da eine solche den Erfolg bei der bevorstehenden Wahl in Frage stellen könne. Mehrere Diskussionsredner bestätigten die Thatsache, daß der Eifer der Vereinsmitglieder bei den letzten Wahlen und auch bei der Flugblatt-Vertheilung am Sonntag manches zu wünschen übrig gelassen habe. Hier müsse eine Wandlung zum Besseren Platz greifen. Die Versammlung schloß mit einem Appell des Vorsitzenden an die Arbeitsfreudigkeit und die agitatorische Mitwirkung der Vereinsmitglieder bei der bevorstehenden Wahl.

Die Wafschneider in Moabit beschäftigten sich am Dienstag Abend in einer in den „Sprecherhallen“ abgehaltenen Versammlung mit der Frage, ob man in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten gedente, und welche Forderungen eventuell einzuschlagen sei. Ritter, der die Debatte einleitete, schilderte in sachlicher Weise die augenblickliche Lage der Kollegen, alsdann die Nothwendigkeit eines erhaltenden und planmäßigen Vorgehens hervorhebend, damit der 1898er Tarif wieder voll in seine Rechte trete. Die Diskussion, an der mehrere Redner sich beteiligten, ergab zur Evidenz, daß die Wafschneider alle Ursache haben, sofort Anstalten zu treffen, um ihren gerechten Forderungen — die übrigens von einem Theil der Meister anerkannt werden — Achtung zu verschaffen. Die Versammlung nahm hierauf die Resolution an, die am Montag bereits in zwei Versammlungen einstimmig Annahme fand.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag, den 13. d. M., die Herrin Frau Dr. W. H. G. d. z. i. n. s. k. i. über das Thema: Besserung der Gesundheitsverhältnisse. Die Rednerin schilderte in ausführlicher Weise die epidemisch auftretenden Krankheiten mit ihren verheerenden Folgen. Zum Schluß ging sie auf die Erkrankungen und großen Sterblichkeitsziffern der Kinder im ersten Lebensjahre ein, welche hauptsächlich auf unzureichende Ernährung zurückzuführen sei, wobei allerdings auch die materielle Lage der Eltern in Betracht komme. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich eine längere interessante Diskussion an. Um den Mitgliedern das Fragenstellen zu erleichtern, wurde ein Fragekasten aufgestellt. Erfreulicherweise erfüllte derselbe seinen Zweck. Es liefen mehrere Fragen ein, die von der Referentin beantwortet wurden.

In Groß-Lichterfelde fand am 13. d. M. eine öffentliche Versammlung der Maurer und Bauarbeiter statt, in welcher die Lohnkommission Bericht über den Stand der Lohnbewegung erstattete. Maurer Rutt ging auf die Unterhandlungen mit dem Baumeister Vorn des Röhrens ein und bemerkte, daß dieselben ergebnislos gewesen seien.

Eine Anzahl Redner billigten in der Diskussion das Vorgehen der Lohnkommission und wurde seitens der Versammlung die Aufrechterhaltung der Sperre auf den Vorn'schen Bauten beschlossen.

Baumeister Kamm hat die Bewilligung der gestellten Forderungen in allerhöchster Zeit zugesagt; es wird daher vorläufig von einer Diskussion über diesen Punkt Abstand genommen. Bei Vorharrt u. Wessel sind die Bauten bereits besetzt und die über dieselben verhängte Sperre aufgehoben. Im Namen des Vorstandes des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter erklärte Gutshaus aus Berlin, daß die bei den Arbeitseinstellungen in Betracht kommenden Bau- und Hilfsarbeiter auf Unterstützung nicht rechnen könnten, da den kompetenten Stellen hierzu keine Mittheilungen gemacht wurden. Beschlossen wird die Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 50 Pfennig für den Streifonds.

Öffentliche Versammlung am Freitag, den 17. März cr., Abends 8½ Uhr, in den Androsen, Androsstr. 21. Tagesordnung: Die Gesundheitsverhältnisse und unsozialen Zustände im Röhrenbetriebe. Referenten: Max Gantig und v. Gerlach. Darnach freie Aussprache. Jedermann ist eingeladen.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. Mitgliedsschaft Berlin. Heute Abend 8½ Uhr bei Schiller, Rosenthalerstraße 67: Vortrag. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein in Charlottenburg. Heute Abend 9 Uhr Mitgliederversammlung in „Bismarckhöhe“. Vortrag des Genossen Wagner über: Die ärztlichen Eherechtliche und die franten Arbeiter. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 15. März. (W. L. W.) Die Passagiere der „Gul-garia“, welche von dem Dampfer „Acania“ der Hamburg-America-Linie von Haure hierher befördert wurden, trafen heute Nachmittag im hiesigen Hafen ein und wurden alsbald nach einem Hotel überführt.

Wien, 15. März. (W. L. W.) Die „Wiener Abendpost“ meldet: Die im Eisenbahn-Ministerium geführten Verhandlungen wegen der Ertheilung einer Konzession für ein einheitliches Reich elektrischer Kleinbahnhütten in Wien sind heute abgeschlossen worden. Die Ertheilung der Konzession an die Kommune Wien dürfte in kurzer Zeit zu gewärtigen sein. Die Kommune Wien erscheint als Trägerin der zu ertheilenden Konzession. Der Betrieb des Unternehmens kann an eine zu gründende Baubetriebsgesellschaft überlassen werden. Bezüglich gewisser gesetzlicher finanzieller Begünstigungen sieht die Staatsverwaltung auf dem Standpunkte, daß die Steuer- und Stempel-Gebührenbefreiungen mit der Gemeinde Wien, als Konzessionärin, nicht aber der zu bildenden Baubetriebsgesellschaft zustehen. Auch für eine entsprechende Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Bediensteten und für die Weiterverwendung des zur Zeit bei der Wiener Tramway-Gesellschaft beschäftigten Personals ist vorgesehen.

London, 15. März. (W. L. W.) Das Unterhaus lehnte mit 244 gegen 169 Stimmen die zweite Lesung der von Rediit eingebrachten Bill ab, nach welcher nur solches Petroleum zum Handel zugelassen werden soll, welches erst bei 100 Grad Fahrenheit sich entzünden kann, statt wie bisher bei 75 Grad Fahrenheit. Untersekretär Jesse Collings belämpfte die Vorlage im Namen der Regierung, welche selbst eine Vorlage über den Gegenstand einzubringen beabsichtige, die jedoch den Entzündungspunkt nicht berühren würde.

Rom, 15. März. (W. L. W.) Depurirtenkammer. Am Schluß der Sitzung erklärt der Minister des Auswärtigen Canevaro, er könne augenblicklich nicht auf die über die Aktion Italien in China eingebrachten Interpellation antworten; und zwar um so weniger, als er doch nur das wiederholen könnte, was er gestern gesagt habe. Er schlägt daher vor, daß die Interpellationen am ersten Montag nach den Osterferien zur Erörterung gebracht werden. Die Deputirten Marzilai, Graf Vonia, Santini und Bissolati erklären sich damit einverstanden, erklären jedoch, sie überließen Canavaro die Verantwortung dafür.

Washington, 15. März. (W. L. W.) (Weldung des Reuterschen Bureau.) Die Verhandlungen behufs Abschlußes von Reziprozitäts-Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland sowie Frankreich andererseits sind wieder aufgenommen worden. Ferner ist noch Aussicht vorhanden, daß es zu Vertragsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien mit Einschluß Westindiens kommt. Rußland wünscht ebenfalls mit den Vereinigten Staaten über einen Reziprozitätsvertrag zu unterhandeln.

Invalidenversicherungs-Kommission.

14. Sitzung vom 15. März 1899. Die Subkommission hat am Dienstag Abend die Beratung der Anträge Trimborn beendet. In der Kommissionsitzung wurden die §§ 40a, 40b, 40c, 40d ohne Debatte angenommen. Zu § 40b haben Wollenbuhr u. Gen. beantragt:

„Die Weisiger sind zur Hälfte durch die großjährigen Arbeitgeber aus ihrer Mitte, zur anderen Hälfte durch die großjährigen Versicherten aus deren Mitte aus Grund des gleichen, unmittelbaren und gleichen Stimmrechts, unter Gleichberechtigung der Geschlechter, mit einfacher Mehrheit zu wählen. Jede Klasse wählt ihre Vertreter für sich.“

Wurm vertheidigt den Antrag, gegen den geltend gemacht werde, daß diese allgemeine Wahl zu großen Aufregungen hervorrufe. Das Vertrauen der Arbeiter zur Verwaltung könne nur durch ein auf breiterer demokratischer Grundlage beruhendes Wahlrecht geschaffen werden. Geh. Rath Dr. Wödlke erklärt diesen Antrag für die Regierung als unannehmbar. Wollenbuhr weist noch auf die Benachteiligung der freien Hilfslosen durch das bestehende Wahlverfahren hin. Er erklärt sich gegen den Antrag Wollenbuhr, weil dadurch die Annahme des Gesetzes gefährdet sei. Koeffizie beantragt eine kleine Verbesserung des Wahlrechts der Hilfslosen. Raab (Antisemit) will für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, weil er davon, daß den Arbeitern Gelegenheit geboten werde, sich praktisch zu betheiligen, eine Schwächung der hochpolitischen spezifisch sozialdemokratischen Thätigkeit erschöpf. Stadthagen: Durch das bisherige Wahlverfahren werden die ländlichen Arbeiter benachteiligt, die keine Krankenkassen haben und infolge dessen von jedem Wahlrecht ausgeschlossen sind. Jetzt seien gerade diese Kreise gegenüber der Versicherung sehr mißtrauisch, weil sie keine gewählten Vertreter haben; zur Bureaucratie fehlt eben das Vertrauen. Die Ablehnung unseres Antrages wird auf unsere Mühle sehr viel Wasser gießen. Der Antrag Wollenbuhr wird gegen 5, der Antrag Koeffizie gegen 10 Stimmen abgelehnt, der § 40f gegen die 4 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso die §§ 40g und 40h. Bei den §§ 51 bis 51g (Rentenanstalten) sind durch die Anträge Trimborn die Posadowsky'schen Vorschläge der obligatorischen Einführung von Rentenstellen zu Fall gebracht und nur in ganz enger Begrenzung die fakultative Errichtung in das Bestehen der Landes-Zentralbehörde gelegt, so daß für Süddeutschland die Rentenstellen so gut wie gestrichen sind. Nur in Absatz 2 ist bestimmt, daß die Errichtung erfolgen u. s. w., wenn sie mit Zustimmung des Vorstandes der Versicherungsanstalt von der Vertretung eines Kommunalverbandes für dessen Bezirk beantragt wird, sofern die Landes-Zentralbehörde den Bezirk ausdrücklich als räumlich ausreichend erachtet. Ferner ist im Absatz 4 des § 51 noch die Befugnis zur Errichtung der Rentenstellen auch dem Vorstand der Versicherungsanstalt unter Zustimmung des Aufsichtsrates gewährt.

Dagegen polemisiert Ministerialdirektor Jagemann (Waden) und Abg. Behner (P.), welche auch den letzten Rest der Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten auf diesem Gebiete beseitigen und alles den Landes-Zentralbehörden übertragen wollen. Trimborn erklärt, daß er bereit sei, den Absatz 2 fallen zu lassen, aber weitere Zugeständnisse wolle er nicht machen! (Große Heiterkeit!) Er beantragt: „Sind die beamteten Mitglieder des Vorstandes von der Landes-Zentralbehörde ernannt worden, so ist auch die Zustimmung der letzteren erforderlich.“ Hofmann (natl.) beantragt, daß nur für „geringere kleinere Bezirke“ Rentenstellen errichtet werden können, nicht für den Bezirk einer Versicherungsanstalt oder Theile desselben.“ Er wolle dadurch verhindern, daß nicht für ein ganzes Land auf einmal überall Rentenstellen errichtet werden können, sondern nur, wo es als notwendig sich erweise. Nischhofen (L.) erkennt die reaktionäre Natur dieses Antrages dadurch an, daß er seinen Antrag zurückzieht, die Landesgesetzgebung, nicht die Landes-Zentralbehörde, soll das Recht zur Errichtung von Rentenstellen bekommen. Der Antrag der Subkommission wird bei Antrag 1 mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen, Absatz 2 gegen 5 Stimmen gestrichen zu Absatz 4 der Trimborn'sche Zusatz angenommen, schließlich der ganze § 51, ebenso § 51a. Wollenbuhr und Genossen beantragen zu § 51b, daß die Ernennung des Vorsitzenden und die Befestigung seiner Bezüge nicht von der Landes-Zentralbehörde, sondern vom Ausschuss, eventuell vom Vorstand der Versicherungsanstalt zu erfolgen habe. Dieser Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt; § 51b, o, d gegen 4 Stimmen angenommen. § 51f überweist alle Kosten der Rentenstellen den Versicherungsanstalten. Wollenbuhr u. Gen. beantragen: Die Kosten der Rentenstellen einschließlich der Bezüge des Vorsitzenden, der Weisiger und der Hilfsbeamten trägt der Bundesstaat, die Kosten des Verfahrens der Versicherungsanstalt. Ferner beantragen sie, den § 51f Absatz 2 zu streichen (die Rentenstelle ist besetzt, den Vertheilten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Mißwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Verhinderung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind.) Beide Anträge werden abgelehnt, § 51f angenommen mit der Abänderung von Hofmann (natl.): Der Vorstand der Versicherungsanstalt ist auf Antrag der Rentenstelle befugt u. s. w. § 51g wird angenommen. Nächste Sitzung: Freitag.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages hat am Mittwoch für die höheren Unterbeamtenstellen in der Postverwaltung die beantragte Gehaltsaufbesserung beschlossen und bezüglich der Postassistenten eine Resolution angenommen, nach welcher dieselben im nächsten Jahre einstimmig angestellt werden sollen. Dagegen hat die Kommission abgelehnt, die Zahl der Assistenten zu vermehren, weil sie der Postverwaltung nicht mehr gewähren will, als diese selbst für nöthig hält.

Justiznovelle. Die sechste Kommission des Reichstages hat heute Nachmittag die zweite Lesung der vom Abg. Kintzen beantragten Justiznovelle beendet. Größtentheils wurden die Beschlässe erster Lesung aufrechterhalten. Als Einführungstermin wurde der 1. Januar 1903 beschlossen.

Kommunales.

Der Staatsanschaff der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner am Dienstag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans und in Anwesenheit des Rammersers, Maack und der Stadträte Voigt, Friedel, Randsau, Wargraff, Haack und Straube abgehaltenen Sitzung die Etats für Kapital- und Schuldenverwaltung, sowie für die Dienstpensionen, Wittwenpensionen und Waisengelder durchberathen und nach den Vorschlägen des Magistrats unverändert festgesetzt. Beim Etat für die verschiedenen Einnahmen und Ausgaben wurden nach dem Antrage des Magistrats folgende Beschlüsse neu bewilligt: Dem Komitee für das Ankenhold'sche Fernrohr im Treptower Park 3000 M., dem Verein Hauspflege 3000 M., dem Schwanenbäumchen 5000 M., dem Bezirksverein „Berlin und Umgebung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ 500 M., dem Komitee für Zentralisirung der Wohlfahrtsvereine in Berlin 600 M., der Heimstätte für deutsche Invaliden in Reußelberg gegen die Verpflegung zur Unterbringung von 4 erwerbsunfähigen und pflegebedürftigen Invaliden aus dem Felzuge 1870/71: 2000 M. Die beantragten Erhöhungen der Zuschüsse für den deutschen

Thierschverein um 2000 M., an den Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend um 1500 M., für die Volkshilfsgärten um 1000 M., zur Verfertigung der Strafgefangenen um 1300 M., für den Zentralverein für Arbeitsnachweis um 3000 M., sind genehmigt worden. Abgesetzt wurden dagegen die Beihilfe für den Berliner Hausfrauenverein von 1000 M. und für das Magdalenenstift 1200 M. Insgesamt betragen die Beihilfen an Vereine und Institute 218 422 M. In den Etat sind neu eingelegt die Kosten für die Feier des hundertjährigen Bestehens des Friedrich-Wilhelm-Hospitals im Betrage von 2500 M. Bei den Einnahmen ermäßigt sich die Rente der Englischen Gasgesellschaft um 7502 M., also auf 463 939 M. Zugleich ist beschlossen worden, der Versammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen: Die Versammlung erlucht den Magistrat um eine Vorlage zum Zwecke der Einstellung eines Betrages von 5000 M. in den Etat zur Verfügung des Stadtverordneten-Vorsitzenden. Die Etats des Märktischen Provinzial-Museums, des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, des Gewerbegerichts, der Volksbibliothek und Befehallen gelangten unverändert zur Annahme.

Lokales.

Achtung! 6. Wahlkreis! Zur Feier des 18. März finden am Sonntag, den 18. März 1899, Abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen Vorkonferenzen statt: Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49; Köstner Hof, Köstnerstraße 8; Weimann's Volksgarten, Badstraße 56; Räumann, Drummenstraße 158; Mecke, Schönhauser Allee 101. In den Versammlungen sprechen die Parteigenossen Jubelil, Wammsch, Kumerl, Wagner und Gierl über: Die Bedeutung des 18. März für das deutsche Proletariat. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Vertrauensleute.

Freie Volksbühne. Die Mitglieder der dritten Abtheilung werden gebeten, darauf zu achten, daß ihre Vorstellung im Vesting-Theater am 10. März stattfindet.

In Behandlung gelangt für die sechste Abtheilung am Sonntag mit Frau Auguste Krach-Grevenberg im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater zur Aufführung.

Marken zum Märzfest des Vereins 4 50 Pf. sind nur für Mitglieder in den Zahlstellen ausgesetzt. Da dieselben nur in beschränkter Zahl auszugeben werden können, empfiehlt es sich, dieselben baldigt zu lösen. (Programm siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand. J. K.: G. Wintler.

Zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung hat sich ein Verein gebildet, dessen Berliner Abtheilung am Montag mit einer ersten größeren Versammlung vor die Oeffentlichkeit trat. Der erste Vorsitzende, Generalleutnant v. D. v. Velle-Kardonne, sprach über die Ausbeutung der Kinder, die viel zu gering bestraft würden, über die Erwerbsarbeit der Kinder, die nur zulässig sei, wenn sie der Gesundheit nicht schade. Aber die Unterdrückung der Waisen, für die ein geringes Pflorgegeld gezahlt werde, und gelangte zu dem Schluß, daß „etwas geschehen müsse, um diese Schäden aus der Welt zu schaffen.“ Landgerichtsrath Dr. Simonsohn entwickelte die rechtlichen Grundlagen des Vorgehens und wies auf das Beispiel Englands hin, wo man in dieser Richtung bereits schöne Erfolge erzielt hat. Der zweite Vorsitzende, der Prediger Prof. D. Frhr. v. Soden, betonte die Nothwendigkeit, sich und den Eltern das Gewissen zu schärfen, und forderte Polizeiverordnungen und gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Kinder. Er empfiehlt Einrichtung einer Meldestelle, die alle ihr zugehenden Mittheilungen über Ausbeutung, Kindermißhandlung u. s. w. weiter zu verfolgen habe, und Verschaffung von Geldmitteln, mit denen man helfend eingreifen könne, wo es sich um einen Nothstand der Eltern handle. Die Ausführungen des ersten und des dritten Redners machten auf die Versammlung, die sich zumeist aus den „besseren“ und „besseren“ Gesellschaftskreisen zusammensetzte, einen starken Eindruck. Das ist am Ende begreiflich; denn wer sollte nicht Mitleid empfinden, umgestoßenes Mitleid mit diesen unglücklichen Kindern, die durch die Ausbeutung oder rohe Behandlung, der sie ausgesetzt sind, körperlich und geistig verkrüppelt. Selbstsam ist freilich, daß dieselben Kreise, die sich so rasch zu Thronen erheben können, wenn man ihnen die hundertfachen Leiden der bescheidenen Arbeiterkinder andrückt, die von Stauern und Entsehn ergriffen werden, wenn sie ähären, daß noch glaubhaften Ermittelungen Kinder bis hinauf zu fünf und vier Jahren durch Mißtrauen von Heiligkeit und Heiligkeit ihr Brot verdienen müssen, Kinder bis hinauf zu drei und zwei Jahren in der Pappenindustrie mithätig sein müssen, — daß dieselben Kreise keine Bewegung des Mitleides verspüren und kein Wort der Entrüstung haben, wenn ihnen geschildert wird, wie schamlos in unserer „gottgewollten“ Gesellschaftsordnung die Erwaachsenen, die Eltern dieser Kinder, durch den Kapitalismus ausgebeutet und gemißhandelt werden. Und doch ist gerade das eine Hauptquelle der Leiden der Kinder! Ausbeutung und Mißhandlung der Kinder durch die eigenen Eltern ist erfahrungsgemäß in der großen Mehrzahl der Fälle eine Begleiterscheinung ungeordneter Verhältnisse, wie sie sich in erster Linie da finden, wo ein wirtschaftlicher Nothstand vorliegt. Man beseitige das Elend der Eltern, und man wird damit in der Hauptsache auch das Elend der Kinder beseitigt haben! Was dann noch von Ausbeutung, von Rohheit und Gewaltthätigkeit gegen Kinder übrig bleibt, das möge man verdienentlicher dem Strafrichter überlassen, — so weit es nicht besser vor den Thron der Gerechtigkeit, was bei den bekannt gewordenen traurigsten Fällen von Habgier und Grausamkeit angenommen werden muß. Aber gerade die Kreise, die sich jetzt der proletarischen Jugend als Beschützer aufdrängen, wollen nichts von so weit gehenden Wahrheiten wissen. Herr v. Velle-Kardonne bedauerte es schon, daß die Verhandlungen auf der 1898er Weimarer Lehrerversammlung, wo man ein besseres Verständnis für die sozialen Ursachen der Kinderausbeutung zeigte, eine „stark politische Spitze“ gehabt hätten. Nur nicht rühren an den Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die Ausbeutung einer besitzlosen Mehrheit durch eine besitzende Minderheit gestattet, die aber auch als Folge dieser Ausbeutung Auswüchse wie die geschilderten zeitigt. Wenn diese Herrschaften, die ihre Hände besser nützen und reicher betten, als in Arbeiterkreisen mancher rastlos arbeitende Vater seine Kinder nähren, manche sich mitbedrückende Mutter ihre Kleinen betten darf, — wenn sie durchaus etwas für die Besitztlosen thun wollen, dann mögen sie dafür sorgen helfen, daß die herrschende Klasse nicht die Arbeiter durch Zuchtthaus, Paragrafen und ähnliche Mittel in ihren Bemühungen hindert, durch Besserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse sich und ihrer Familie eine bessere Lebenshaltung zu schaffen. Wollen sie das nicht, dann haben sie auch kein Recht, sich über das Kinderelend aufzuregen.

Der Kriminalkommissar Wöfel, dessen Afsort die Ueberwachung der anarchistischen Bewegung bildet, wird am 1. April aus diesem Amte ausgeschieden und voraussichtlich Berlin gänzlich verlassen, um in einer größeren Provinzialstadt die Leitung des Polizeidienstes zu übernehmen. Kriminalkommissar Wöfel scheint, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meint, ebenso wie sein Vorgänger, der frühere Kommissar, jetzt Polizeirath Möber, eine glänzende Karriere zu machen. Die Thaten, die der Herr Wöfel gegen die Anarchisten zu Wege brachte, zeugen meistens nicht gerade von hervorragender Gemüthsart. Es sei nur erinnert an die Angelegen-

heit Mächter. Dieser Anarchist gab anfangs Oktober 1898 im „Sozialist“ seine Afsort mit dem Kriminalkommissar Wöfel zum Besten, von dem er sich unter Zustimmung seiner Genossen zum Schein als Spion hatte anwerben lassen und den er dann „hineinlegte“. Es kam nur einem Blatt von der unzeitigen Komit der „Deutschen Tageszeitung“ passiren, daß es davon redet, Herr Wöfel habe es verstanden, mit einem verhältnismäßig kleinen Beamtenapparat die etwa 10 000 deutschen Anarchisten in Schach zu halten. Daß die Anarchisten kaum eine Bedeutung haben, liegt wahrlich nicht an dem Eifer der von Herrn Wöfel kommandirten Polizeibehörden, sondern hat seine Ursache in dem verständigen Sinne des Proletariats, das sich immer stummtiger der Sozialdemokratie zuwendet. Und diese wird von den Behörden noch viel grimmiger gehaßt, als unbedeutende Anarchistenherrscher.

Die freikirchliche evangelische Kirche. Eine kirchliche Zeitschrift, die „Kirch. Revue“, bringt die interessante Mittheilung, daß Max Bruch's Reformationslied in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche nicht hat aufgeführt werden dürfen, weil Richtervorgänge an dieser Aufführung hätten Anstoß nehmen können. Das ist eine sehr zarte Rücksicht auf die Gemüther der Katholiken und Juden, die zum Vor der freikirchlichen Kirche der weggenießelten Kameels-Zuschuß beigetragen haben, und zugleich ein Merkzeichen der „Kraft“ der evangelischen Kirche preussischer Obervang. Wie mag dem theuren Doktor Martini's jetzt sein Herz vorkommen?

Die Zahl der Brauereien in Berlin hat sich im letzten halben Jahrhundert verdoppelt. Die Jahresproduktion der einzelnen Brauereien vergrößert sich; sie stieg von 4864 Tonnen im Jahre 1848 auf nicht weniger als 53 647 Tonnen im Jahre 1898. Der Umwidlung der Großbrauereien war besonders das Aufkommen des flaschenbieres seit Einführung der Patent-Flaschenverschlüsse günstig. Dies hatte zur Folge, daß der Brauwasserverbrauch bei der Arbeiterklasse mehr und mehr durch den Bierkonsum zurückgedrängt wurde. Im Jahre 1885 entfielen auf den Kopf der Berliner Bevölkerung 171,78 Liter Bier und 18,83 Liter Brauwasserverbrauch, Spiritus und Essig; dagegen stellte sich 10 Jahre später das Verhältnis auf 220,82 Liter Bier gegen nur 8,59 Liter Brauwasserverbrauch, Spiritus und Essig. Wenn nicht noch vieles andere gegen die bei den Ordnungsmännern so sehr beliebte Verhöhnung der Massen spräche, so würden allein diese Zahlen zum Beweise dafür genügen, daß die Arbeiterklasse ungeachtet aller vom Kapitalismus ausgehenden Hindernisse mit Bienenkraft an ihrer sittlichen und materiellen Hebung arbeitet.

Der erste Berliner Müll-Schmelzofen im Betrieb. Nachdem die Anheizung des Ofens ergeben hat, daß er tadellos funktioniert, haben gestern die Zuleitungen des Mülls begonnen. Es werden vorläufig 100 Zentner Berliner Hausmüll geschmolzen, welche nach den angestellten Berechnungen nicht mehr als 15 Zentner Schlacke ergeben dürften. Der Müll wird von oben in den Ofen geschüttet und man kann durch ein am unteren Theil des Ofens angebrachtes Schloß das Schmelzprodukt beobachten. Man sieht durch das Schloß, wie der geschmolzene Müll, blass gleich Wasser in den Abkühlungsraum läuft und durch das Abkühlungsverfahren dann wieder zu einer festen Masse wird, wie ganz keine schwarze Kohlenstücke anscheinend, der Ofen verläßt.

Mit 16 Waggon ist gestern Morgen auf der Straßenbahnlinie Schönhofener Allee-Hakenhalde der elektrische Betrieb aufgenommen worden. Zur Verwendung gelangen, da die ganze Strecke oberirdische Stromzuführung hat, zweiwägelige Motowaggons. Anhängewaggons werden zunächst nur an Sonn- und Feiertagen zugelassen.

Die Enthüllung der sechs Denkmäler der Dichter der „Vereinsgeschichte“ im Viktoriapark ist für den 1. April in Aussicht genommen. Mit der Wahl dieses Tages soll gewiß angeordnet werden, wie sehr das deutsche Volk nach 1815 von den Potentaten, die es aus Napoleon's Gewalt befreite, genarrt und betrogen wurde.

Die Berliner Jahrmärkte finden in Zukunft in folgenden Straßen bezogen auf folgenden Plätzen statt: a) der Jahrmarkt im Platz in der Gneisenaustraße und Umgebung; b) der Jahrmarkt im Platz (für 1899 vom 14. bis 17. Juni) auf dem Kronaplatz und Umgebung; c) der Jahrmarkt im August in der Gneisenaustraße und Umgebung; d) der Jahrmarkt im Oktober auf dem Kronaplatz und Umgebung.

Der Berliner Frühjahrsmarkt ist gestern in der Gneisenaustraße und den angrenzenden Straßentheilen eröffnet worden.

Der Segen der Sozialreform leuchtet bezeichnend aus einer Zuschrift hervor, die wir von Herrn Rechtsanwalt Victor Franck, Nöthenstraße 1 erhalten: „Der schmerzliche Streifenarbeiter Wilhelm Viebeck in Friedrichsfelde, Berlinerstr. 104, befindet sich in großer Noth. Er verschuldet für zwei Monate den Viechhagens von zusammen 21 M.; dazu hat sich sein Urpächter Zustand verschlimmert, so daß er, während seine Familienmitglieder für sich selbst nur geringes verdienen, zum Viechhagen greifen muß. Es wird daher von Neuem gebeten, für den Unglücklichen, welcher sich in Dienste seine Ertränkung zugezogen, durch einen unglücklichen Sturz die Erwerbsfähigkeit verloren hat (Mehrmals, schwere Verletzung des Rückens) und eine monatliche Invalidenrente von nur 10,85 M. erhält, freundliche Gaben an den Unterzeichneten zu senden. Hochachtungsvoll Victor Franck, Rechtsanwalt.“

Die Gartenstraße von der Berg- bis zur Felsstraße wird betriebs Geleisverlegung und Asphaltierung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Zu dem Mordversuch in der Ritterstraße wird berichtet, daß es gestern nicht gelungen ist, des schuldigen Täters, des Arbeiters Wittig, habhaft zu werden. Die letzte Spur führt nach dem Westen der Stadt, nach dem Grunewald zu. In jener Gegend ist in einer Gastwirtschaft mit weiblicher Bedienung ein Mann gesehen worden, auf den die Beschreibung Wittig's, auch seiner Kleidung, genau paßt.

Wie bisher festgestellt ist, hat Wittig vor der That in der Schanzwirthschaft von Gruener, Rauchstraße 86, mit einem Frauenzimmer geschlafen und ist dann nach der Wohnung der Grunewald gegangen. Nach der Behauptung der Frau hat er mit ihr gesprochen, sie durch eine stark riechende Flüssigkeit betäubt, und wie der kleine Knabe ausfragt, zuerst ihn und dann ihm mehrere Weishebe beigebracht, durch die die Schändelbecken gerinnert wurden. Wittig ist dann zu seiner Schwester gegangen, hat darauf zweimal die verschlossene Wohnung seiner Eltern aufgeschloßen und Abends auf dem Postamt 10 (Königin-Augustastr.) eine Postkarte an seinen Schwager aufgegeben, in der er Abfahrl von den Selten nahm. Der Thäter ist bereits wegen strafpolizeilicher Uebertretung mit einer Woche Haft, wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit mit sechs Monaten Gefängnis und wegen Verleumdung mit drei Monaten Gefängnis bestraft.

Die Untersuchung leitet Kriminalinspektor Braun und Kriminalkommissar Ohmann. Für das Leben der beiden Verwundeten besteht nach wie vor große Gefahr. Auch der kleine Knabe ist schwerer getroffen, als man anfänglich annahm.

Eine große Noth hat Dienstag Abend der Steinträger Pauls befallen. In der Reichsferne der Reindendorferstraße 46, die im Volksmunde der Oeffentlichkeit heißt, wohnt seit drei Jahren die 80 Jahre alte Witwe Minna Berlin bei ihrem Sohne. Seit drei Monaten ist ihr Nachbar an dem langen Fluß der Steinträger Pauls. Die Grefin verdroß es, daß Pauls über seine Frau mißhandelt und, wie alle Frauen sind, mißachte sie sich in den Familienzwist, um dem Manne Vorwürfe zu machen. Als es Dienstag Abend bei Pauls wieder häuslichen Streit gab, stellte Frau Berlin sich an die Thür und lauschte. Pauls merkte das. In seiner Wuth rief er plötzlich die Thür auf, schlug die Grefin mit einem Spatenstiel über

den Kopf und streckte sie durch den wichtigen Hieb zu Boden. Die Frau erlitt einen Schädelbruch und mußte sofort in ein Krankenhaus gebracht werden. Bei ihrem hohen Alter ist nur wenig Hoffnung vorhanden, die Schwerverletzte am Leben zu erhalten.

Graf Friedrich Hohenthal. Auf der Insel Rügen wurde vor einiger Zeit, wie erst jetzt bekannt wird, der früher in Charlottenburg anässige Graf Friedrich Hohenthal, welcher im Jahre 1897 von dem Charlottenburger Schöffengericht wegen Ausschreitungen am Bahnhof Grunewald zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt worden ist, verhaftet. Graf Hohenthal hatte sich der Verbüßung seiner Strafe durch Flucht zu entziehen versucht und wurde schließlich verhaftet. Nunmehr büßt er, wie die „Charl. Bürger-Ztg.“ meldet, nach seiner auf der Insel Rügen erfolgten Verhaftung seine Strafe im Stralsunder Gefängnis ab.

Zwei schwere Straßenunfälle werden vom Dienstag Nachmittag gemeldet. Der nahezu 5 Jahre alte Sohn Kurt des Uhrmachers Kapp aus der Tiedstr. 1 wurde, als er gegen 5 Uhr vor dem eiterlichen Hause den Fahrweg überschreiten wollte, von einer Droschke überfahren. Die Räder gingen dem Kleinen über die Brust und brachten ihn neben äußerlichen Quetschungen auch schwere innere Verletzungen bei. Die trostlose Mutter kam auf das Hilfesgeschrei herbei und trug ihren Liebling in die Wohnung hinauf. Hier starb er nach wenigen Stunden in ihren Armen. — Die Frau Marie Gradusch aus der Stettinerstr. 29, wollte bei der Heimkehr vom Einkaufen vor dem Hause Brunnensstraße 24 quer über den Fahrweg gehen, wurde von einem scharf fahrenden Hochzeitswagen zu Boden gerissen und mußte mit schweren Quetschungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Führer des Wagens wurde festgestellt, während der Droschkenhitzer, der in der Tiedstr. das Unheil anrichtete, davonfuhr, ohne sich um sein Opfer zu kümmern und entkam. Auch die Nummer der Taxameterdroschke ist nicht bekannt.

Das Liebesdrama, über das wir vor acht Tagen aus der Oberbergerstr. 29 berichteten, hat ein zweites Opfer gefordert. Die 19jährige Elisabeth Weidner aus der Reuen Königstraße, die von ihrem verschmähten Geliebten, dem 23 Jahre alten Kurbelstepper Max Veuser auf der Haustreppe aus dem Hinterhalt in den Kopf geschossen wurde, ist gestern ihren Verletzungen erlegen. Veuser hatte sich durch einen zweiten Schuß in den Mund so schwer verwundet, daß er bereits auf dem Wege zum Krankenhaus im Rettungswagen starb.

Ein schwerer Straßenbahn-Unfall trug sich Mittwoch Vormittag um 9 Uhr vor dem Hause Blücherstraße 30 zu. Die 26 Jahre alte Bäckerin Helene Hohmann aus der Steinmetzstraße 34 zu Rixdorf stand mit vollem Wochford auf der vorderen Plattform eines Pferdebahnwagens der Linie Rixdorf (Camerstraße)-Danzigerstraße. Da sie die Bänke in dem Hause Blücherstraße 30 abliefern wollte, die Haltestelle aber zwei Häuser weiter liegt, so versuchte sie, um sich das kleine Stückchen Weges zu sparen, während der Fahrt abzuspringen und den Kopf nachzuziehen. Sie stürzte aber gleich hin, zog sich im Fallen einen schweren Unterschenkelbruch zu und wurde durch ein Rad des Wagens auch am Knöchelgelenk des rechten Beines noch schwer verletzt. Die Verunglückte wurde durch einen Schutzmann mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Bäckerin geriet mit dem nachfolgenden Korbe ebenfalls unter den Wagen und wurde zum größten Teile zerstückt.

Fahrradunfall. Gestern Vormittag wurde im Keller des Hauses Kronenstr. 50/52 der Fahrstuhlwärter Oskar Gerner von dem herabkommenden Fahrstuhl erdrückt und auf der Stelle getötet. Gerner war damit beschäftigt, den Fahrstuhl zu reinigen, und hatte dabei das Leitseil angezogen, ehe er den Schacht verlassen hatte.

Unter den Arbeitern der Firma Veermann am Schlesienschen Busch, so wird uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben, erregt eine Sammlung, die von oben herab ins Werk gesetzt worden ist, lebhaftes Erbitterung. Die Firma will zur Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens ein Denkmal errichten. Ob sie nun selber nicht die hierzu erforderlichen Gelder erübrigt hat, oder was sonst für Gründe vorliegen, genug, die Arbeiter sind in der bekannten Manier veranlaßt worden, ebenfalls für das Denkmal Gelder zu zeichnen. Die geringste Gabe betrug eine Mark, doch kamen auch Zeichnungen von drei, vier und fünf Mark vor. Es ist selbstverständlich, daß sich bei solchen Anforderungen so leicht keiner auszuküpfeln wagt; die Furcht, am nächsten Lohnungstage auf die Straße gesetzt zu werden, spielt bei denartigen Vorgängen bekanntlich immer eine wesentliche Rolle. Schließlich sollen sich aber doch die Unternehmer sagen, daß an dem von ihnen aufgestellten Zeichen der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit mehr als ein stiller Fluch klebt.

Marktpreise von Berlin. 14. März 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 15,85—14,70 M., Roggen 14,00 bis 13,40 M., Futter-Gerste 13,10—12,70 M., ermittelt pro Tonne von der Zentralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelzentner. Hafer, gute Sorte 15,20—14,70 M., Mittel-Sorte 14,80 bis 14,00 M., geringe Sorte 13,90—13,80 M., Rüböl 3,82—3,82 M., Heu 7,00—4,50 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße, 50,00—25,00 M., Linen 70,00—30,00 M. — Kleinhandelspreise. Kartoffeln 6,00—4,00 M. Alles p. 100 Kilogr. — Rindfleisch von der Keule 1,80—1,20 M., Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch 1,60—1,20 M., Kalbfleisch 1,60—1,00 M., Hammelfleisch 1,60 bis 1,00 M., Butter 2,60 bis 2,00 M., Alles per 1 Kilogr. Eier 4,00 bis 2,40 M., pr. 60 Stück. Karpfen 2,20 bis 1,20 M., Aale 3,00 bis 1,00 M., Zander 2,60 bis 1,00 M., Hechte 1,80 bis 1,00 M., Barsche 1,80 bis 0,90 M., Schleie 2,80 bis 1,20 M., Aale 1,40 bis 0,80 M. Alles per 1 Kilogr. Krebse 12,00 bis 4,00 M., pr. 60 Stück.

Am Spiritusmarkt betrug die Vorkaufszahl am Mittwoch 245 000 Liter, die zum Preise von 40 M. (—0,50) gehandelt wurden. Das Termingeschäft lag Anfangs sehr still; späterhin gaben die Preise infolge der starken Vorkaufszahl 0,60 M. nach. — Bei überwiegender Realisationslust war Vorkaufszahl 1/2—3/4 M. billiger zu haben. Bezahlt wurde für Weizen 154 M., für Roggen 141 1/2 M. Hafer lag gleichfalls fest infolge reichlichen Angebots bei geringem Bedarf. Rüböl blieb unverändert bei minimalem Handel. — Milchige Rotierungen. Kartoffelfabrikate. Kartoffelmehl per 100 Kilogr. Brutto incl. Sad 20,50. Exogene Kartoffelfärke per 100 Kilogr. Brutto incl. Sad 20,50. Feuchte Kartoffelfärke per 100 Kilogr. Brutto incl. Sad 10,70. — Verlauf und Tendenz des getriggen Schlagschisch-Martes: Für Kinder zeigte sich nur schwache Kauflust; es bleiben etwa 250 Stück unverkauft. Der Aalhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen wurden ungefähr 500 Stück verkauft. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird ziemlich geräumt.

Seltene Blüten treibt die Ansichtslarten-Industrie. Daß sie statt der früheren Lithographien mindertwertiger Art wahrhaft künstlerische Wiedergaben von Landschaften herstellt, ist ein Fortschritt, bei dem es sogar hingehen mag, daß solche Postkarten von eigens zu diesem Zwecke gegründeten Gesellschaften an jeden, der zahlen will und mag, aus aller Herren Länder verandt werden. Auch mag man es noch gutheißen, daß eine Gesellschaft (Friedrichstraße 239) aus Rom, Paris, London u. Ansichtslarten versendet, die auf ihre Veranlassung von Künstlern wie Rengel, Starbina und Liebermann gezeichnet sind, Ansichtslarten, deren genrebildlicher Inhalt mit dem Ort der Abwendung nicht den geringsten Zusammenhang hat. Aber was soll man dazu sagen, daß der hiesige Kunstverlag von Hildebrandt jetzt eine Reihe Abbildungen von — Kunsthandarbeiten auf Ansichtslarten herausgibt? Es sind gewiß technisch sauber ausgeführte Leistungen, aber was in aller Welt haben diese Reproduktionen auf Postkarten zu thun?

Die amtliche Bekanntmachung über die im Bereich des Bezirkskommandos III Berlin stattfindenden Frühjahrs-Kontrollversammlungen wird am 1., 9. und 16. April an den öffentlichen Anschlagtafeln erfolgen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch erfolgte ein Ausbruch der Feuerwehre nach Waldemarstraße 61. Hier war in dem Vorderhause in einem Lagerkeller ein großes Schichtenfeuer zum Ausbruch gekommen, das Stangenrohr und Scheuerrohr vernichtete. Da das Feuer in kurzer Zeit größere Ausdehnung angenommen hatte und das Erdgeschloß bedrohte, griff die schnell herbeigerufene Feuerwehre mit 2 Schlauchleitungen an. Die Lösungsarbeiten hielten die Wehre jedoch fast 1 Stunde lang auf. Die Entstehung des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden. — Blinder Alarm lag der Alarmierung Mittwoch früh kurz nach 8 Uhr nach der Andreaskirche am Stralauer Platz zu Grunde, hervorgerufen durch niedergedrückten Rauch in der Kirche.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Rixdorf. Gestern traten die Wähler der dritten Abtheilung an die Urne. Es war ein arbeitsreicher Tag für die Genossen unseres kürzlich zur Stadt erhobenen Nachbarortes, aber die Arbeit wurde geleistet mit der Freudigkeit und Opferwilligkeit, die wir an den für ihre Klasseninteressen kämpfenden Proletariern genohnt sind. In mehr als ausreichender Zahl hatten sich die thätigen Genossen dem Wahlkomitee zur Verfügung gestellt. Von einer Aufregung, wie sie sonst die Wahlkämpfe zu begleiten pflegt, war nichts zu bemerken. Die lebhafteste und intensivste Agitation, die unersetzlich seit Wochen betrieben wurde, hatte den Erfolg, daß die Arbeiterschaft, ohne daß am Wahltag selber eine besondere Anstrengung nötig war, in großer Zahl ihrer Wahlpflicht genigte. Zwar ist Rixdorf ein Ort, in dem die Arbeiterbevölkerung den weitaus größten Theil der Einwohnerchaft ausmacht, aber wie bekannt, sind hier mehr als anderswo jene Schichten der Arbeiterschaft vertreten, deren Lage so elend ist, daß sie unter dem geltenden Kommunalwahlrecht vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Trotz dieses Umstandes, der entschieden zu Ungunsten unserer Partei in die Waagschale fällt, und obgleich uns in manchen Bezirken zwei bürgerliche Kandidaten gegenüberstanden, war der Erfolg auf unserer Seite so groß, daß selbst die größten Hoffnungen unserer Parteigenossen noch weit übertroffen wurden. In allen 16 Bezirken erhielten unsere Kandidaten eine geradezu erdrückende Mehrheit der abgegebenen Stimmen. So kann der geistige Wahlsieg mit Recht bezeichnet werden als ein Tag des Sieges für die sozialdemokratische Arbeiterschaft Rixdorfs. — Heute finden die Wahlen der zweiten Abtheilung statt, wo sich unsere Genossen gleichfalls in beiden Bezirken mit den Vertretern der bevorrechteten Klasse messen. Glück auf zu weiterem Siege!

Wir lassen nachstehend das genaue Wahlergebnis der einzelnen Bezirke folgen. Es wurden gewählt (die in Klammern genannten Ziffern bezeichnen die auf die Gegner gefallene Stimmenzahl): 1. Ostermann 250 (Lucas 68, Daber 62). 2. Mitschke 384 (Lucas 114, Daber 3). 3. Mäurer 288 (Silge 48, Stange 7, Jerspl. 3). 4. Meyer 302 (Schneider 48, Schulz 5). 5. Sch 385 (Ostermann 29). 6. Dr. Silberstein 631 (Womat 43). 7. Wach 436 (Welling 38). 8. Köpke 327 (König 25). 9. Conrad 385 (Klemke 28). 10. Keller 465 (Engelhard 15). 11. Dohrmann 415 (Windstädt 17). 12. Prehler 427 (Schramm 20). 13. Janiszewski 478 (Jensch 40). 14. Jäger 380 (Gorge 26). 15. Wuyll 378 (Donner 38). 16. Herrmann 288 (Gäner 28).

Rixdorf. Die Stadtverordneten-Wahlen für die 2. Wählerklasse finden am heutigen Donnerstag in den Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 6 Abends in zwei Bezirken ab. Der Nordbezirk umfaßt folgende Straßen: Bergstr. 1—12 und 150—163, Berlinerstraße, Elbestraße, Eisenstraße, Erkstraße, Falkstraße, Friedelstraße, Hafenstraße, Harzerstraße, Herrfurthstraße, Hermannstr. 1—55 und 201—258, Hermannplatz, Hoberstraße, Jägerstraße, Jägerstraße, Kaiser Friedrichstraße, Karlsgartenstraße, Kiehlstraße, Koppstraße, Kottbuser Damm, Leisingstraße, Lohmühlenweg, Nollnerstraße, Rahbäcker-Ufer, Rainerstraße, Ränigenerstraße, Ransenstraße, Panierstraße, Ring Handwerkerstraße, Reuterstraße, Schinkelstraße, Seehofstraße, Steinmetzstraße, Wanzelstraße, Wahnmannsdorferstraße, Weisstraße, Wildenbruchstraße, Wilmannstraße, Zietenstraße. Wahllokal: Berndt, Brauerei-Ausschank, Hermannstr. 214—219.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Dr. Silberstein, praktischer Arzt, Berlinerstr. 94; Karl Keller, Dachbedeckmeister, Herrfurthstr. 33; Wilhelm Jäger, Klempner, Weisstr. 75; Fritz Hoppe, Tischler, Erkstr. 10; Otto Klein, Schankwirth, Kaiser Friedrichstr. 236; Otto Gupfer, Bauarbeiter, Jägerstr. 52; Karl Jonas, Drechslermeister, Kirchhoffstr. 2; Fritz Schulz, Fuher, Mühlenstr. 8.

Der Südbezirk umfaßt folgende Straßen: Vendostraße, Bergstraße, Hoberstraße, Bruno Bauerstraße, Cammer Chauffee und Cammerstraße, Delbrückstraße, Emserstraße, Gärtnerstraße, Glasofenstraße, Goethestraße, Hermannstraße 56—200, Hertigstraße, Hergbergstraße, Jonasstraße, Juliusstraße, Kirchgasse, Kirchhoffstraße, Knebelstraße, Mariendorfer Weg, Mittelbuschweg, Mühlenstraße, Richardplatz, Richardstraße, Ringbahnstraße, Rosenstraße, Schönweiderstraße, Thomastraße, Thüringerstraße, Treptowerstraße, Walterstraße.

Wahllokal: Gröppler'sches Lokal, Bergstr. 147. Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Gustav Ostermann, Speibitzer, Erkstr. 6; Paul Mitschke, Steinarbeiter, Steinmetzstr. 14; Constantin Janiszewski, Buchdruckerbesitzer, Hermann-Platz 4; Albert Wurbs, Gärtler, Leisingstr. 9; Wilhelm Kraft, Fuher, Schönweiderstr. 9; Paul Schulz, Fuher, Mühlenstr. 8; August Rierich, Möbelpolier, Steinmetzstraße 85; August Ringe, Zigarettenfabrikant, Koppstr. 39.

Pflicht eines jeden Wählers ist es, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Das Wahlkomitee.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm gestern (Mittwoch) Abend Kenntnis von der Petition, welche Mahregeln zur Linderung der Wohnungsnoth vom Magistrat zu verlangen empfiehlt. Bei der Fortsetzung der Beratung des Stadthaushalts veranlaßte die sozialdemokratische Stadtverordnete Genosse Deher eine keine sozialpolitische Debatte mit einer Beschwerde über die Führung des Vorstzes im Gewerbegericht. Der Vorstzer Dr. Jaffé sowie der Erste Bürgermeister Schultze wiesen den Redner auf den Beschwerdeweg. Für die Ausnahme amtlicher stenographischer Berichte beantragt der Staatsauschuss die Bewilligung von 8000 M. Die Versammlung lehnte die Einführung der stenographischen Berichte ab. Die Forderung von Unterstützungen für verschiedene Vereine führte zu einem lebhaften Kampf der Meinungen: Die Rettungsgesellschaft — die Sanitätsverein. Der Staatsauschuss hatte beantragt, dem Charlottenburger Sanitätsverein nur 1000 statt 2000 M. zu bewilligen und dafür 1000 M. der Berliner Rettungsgesellschaft zu gewähren. Die Versammlung bewilligte beide Forderungen und setzte außerdem den Unfallstationen 500 M. mehr aus zur Errichtung einer Station am Zoologischen Garten mit der Aufgabe, diese Einrichtung sobald als möglich ins Leben treten zu lassen. Für die Rettungswache in Schöneberg am Rollendorfsplatz 8 wurden 300 M. bewilligt. Für die Beaufsichtigung des gesammten technischen Unterrichts an den Mädchenschulen beschloß die Versammlung die Anstellung einer geeigneten vorgebildeten Dame. Die Versammlung beschloß ferner nach dem Antrage des Staatsauschusses, den Volksschul-Baufonds in Höhe von 900 000 M. aufzulösen und ihn für die laufenden Schulbauten zu verwenden.

In Charlottenburg hat der Stadtverordnete Schwarzlose sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Seine neue Stellung als Direktor der Kunstgewerbe- und Handwerkerhohle lieh es in gewissen Kreisen zweifelhaft erscheinen, ob er Stadtverordneter bleiben könne.

In Rix wird in der am 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Bildner, Rudowstr. 16, stattfindenden Volksversammlung Genosse Strempe über die Bedeutung des Tages einen Vortrag halten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

Die Schöneberger Schuldeputation beschloß in ihrer letzten Sitzung, dem Wunsche der Regierung gemäß, von der katholischen Gemeindegemeinschaft zu Ostern die drei unteren Doppelklassen und vom Herbst ab noch zwei weitere Klassen mit drei Lehrkräften und endlich zu Ostern über's Jahr die oberste Klasse einzurichten. Dieses Entgegenkommen des Schöneberger Magistrats ist, wie zu seiner Entschuldigung bemerkt werden muß, auf eine Androhung der königlichen Regierung zu Potsdam erfolgt, welche im Falle der Weigerung eine zwangweise Einrichtung der katholischen Schule bis zum Herbst d. J. beabsichtigte.

Schöneberger Stadtverordnetenversammlung vom 13. März. Eine von dem Handwerkerverein an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtete Petition, betreffend Abänderung des bisherigen Submissionswesens, rief eine recht lebhaft Debatt hervor. Namens der Petitionskommission empfiehlt der Referent Annahme der Petition unter Streichung des ersten Punktes, der dahin geht, daß „alle Lieferungen in den Schöneberger Blättern zur freien Submission ausgeschrieben seien.“ Von einer Anzahl Stadtverordneter ist dagegen die Zurückweisung der Petition an eine aus drei Magistratsmitgliedern und sieben Stadtverordneten bestehende Kommission beantragt. Nach recht lebhaften Auseinandersetzungen gelangt die erste Fassung zur Annahme. Eine von mehreren Stadtverordneten an den Magistrat gerichtete Anfrage, betreffend die Einführung der Bezirksvorsther in ihr Amt, wird dahin beantwortet, daß die Einführung vorgenommen werden soll, sobald das neue Stadtwappen die königliche Genehmigung erhalten hat. Dieselbe jetzt vorzunehmen erscheint bedenklich, weil damit Kosten entstehen würden für Anschaffung von provisorischen Amtsstempeln und Schildern. Hierauf gelangt die zweite Lesung des Haushalts-Etats 1899 zur Verhandlung. Recht eingehend wurde der Schul-Etat verhandelt und war es besonders das Reform-Gymnasium, welches seiner bedeutenden Forderungen wegen kritisiert wurde. Diese nach den neuesten Erfahrungen gebaute und geleitete Anstalt erfordert eine Ausgabe von 83 828 Mark, der eine Einnahme von 63 210 Mark gegenübersteht. Sehr interessant gestalten sich hier die einzelnen Ausgabenposten. So werden für Gehälter und sonstige persönliche Ausgaben 67 135 Mark gefordert, für Verwaltungskosten 4055 Mark, für Unterrichtsmittel 2580 M., für Heizung und Beleuchtung 5700 M. und einmalige Ausgaben 3400 M., was bei einer Schülerzahl von 550 einer Einnahme von 118,10 M. und einer Ausgabe von 152,40 M. pro Schüler gleichkommt. Der Etatsauschuss hat denn auch den Voranschlag bei einzelnen Positionen erheblich gekürzt, so bei Unterhaltung der Bibliothek, Lehrerbibliothek, Umzugskosten, physikalische Instrumente, Jahresprogramm u. Auch die von mehreren Rednern gewünschte Herabsetzung des Schulgeldes auf 100 M. fand keine Mehrheit. Der für uns wichtigste Punkt „Volksschulen“ mußte der folgenden nichtöffentlichen Sitzung wegen vertagt werden; es wäre sonst interessant gewesen, diese beiden Schulen einander gegenüberzustellen.

Der Haushalts-Etat der Gemeinde Friedenau für das Jahr 1899 stellt sich folgendermaßen: Einnahmen 298 800 M., darunter aus Gemeindesteuern 223 595 M., Gebühren 44 194 M.; dem gegenüber steht eine Ausgabe von 67 412,95 M. für Besoldungen und Dienstbezüge, von 23 640,56 M. für Schuldzinsen, von 13 777,90 M. für Schuldentilgung, von 10 000 M. für Armenpflege, von 22 097 M. für Bebauung, von 33 874 M. für Kanalisation, von 17 238,57 M. für Beleuchtung, von 42 938,52 M. für Schulen und 52 368 M. für Steuern; insgesamt 293 800 M.

Bei der Arbeit verunglückt. Dem Arbeiter Koppschle fiel gestern in der Schöningischen Eisengießerei in der Kopshagenstraße zu Reinickendorf beim Kastenabnehmen ein schweres Stück Eisen auf den rechten Arm und zerstückerte ihm diesen. Der Verunglückte wurde mit einem Kopp'schen Rettungswagen in das Paul Gerhardt'stift gebracht.

Friedrichshagen. In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Gemeindevertretung gab der Gemeindevorsteher einen kurzen Ueberblick über die Stadtveränderungen während seiner Amtsperiode. Er bezeichnete die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde gegenüber denen anderer Vororte als zufriedenstellend. Hierauf wurde in die Beratung des Gemeindehaushalts-Etats eingetreten. Genosse Barth referirte Namens der Kommission über den vom Gemeindevorstand vorgelegten Entwurf. In der Generaldebatte wandte sich Genosse Sonnendurg entschieden gegen die Erhebung der Bier-, Luftbarkeits- und Betriebssteuer. Bei dem Titel Ausgaben beantragte derselbe, das Gehalt der Rachtwächter von 900 auf 1200 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt. Beim Ausgabenposten für außerordentliche Reinigung der Schulräume machten die Genossen Barth und Sonnendurg darauf aufmerksam, daß die Schulklassen nicht täglich gereinigt würden. Diesem Uebelstande müsse im Gesundheitsinteresse der Lehrer sowohl wie auch der Kinder abgeholfen werden, selbst wenn der Gemeinde größere Ausgaben erwachsen. Nach längerer Debatte beschloß die Vertretung, etwa notwendig werdende Mehrausgaben für diesen Zweck zu bewilligen. Ein Antrag unserer Genossen, Mittel für die Vorpostenbeleuchtung während der Herbst- und Winterzeit einzustellen, wurde abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte ein Antrag unserer Parteigenossen, die im Entwurf vorgezeichnete Summe von 9600 M. für die Unterstufung der Ortsarmen einschließlich der Kosten der Waisenverwaltung zu erhöhen. Bei der Ausgabe für die Straßenbahn wurde ein Antrag des Vertreters Harde, das Gehalt des Straßenbahnleiters von 2400 auf 1800 M. herabzusetzen, sowie ein Antrag von Barth und Sonnendurg, das Anfangsgehalt der Straßenbahn-Angestellten auf 75 M. und nach einjähriger Dienstleistung auf mindestens 90 M. festzusetzen, abgelehnt. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde der Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 201 500 M. balanzirt, angenommen.

Durch den Wegfall des Pferdemarktes in Charlottenburg-Besend war der Pferdemarkt in Spandau diesmal dreifach so stark besucht als seit vielen Jahren. Es ist auch ein sehr bedeutender Umsatz erzielt worden.

Die Nachforschungen der Spandauer Kriminalbehörde haben ergeben, daß die Selbstbegehung des Buchbindergehilfen Eitner, nach welcher er der Wörder des Handlungsmannes Kühle sei, kaum zutreffen kann. Die von E. gemachten Aussagen über die Art und Weise, wie er das Verbrechen verübt haben will, über den Thatort sowie über die Ergebnisse des Raubes entsprechen nicht den Thatfachen. Während Eitner erklärt, daß der Mord zwischen Westend und Spandau begangen ist, ist das Verbrechen thatsächlich zwischen Spandau und Rauen, zwei Kilometer hinter Spandau, verübt worden. Während der Buchbinder zur Ausführung der That eines auf dem Wagen des Kühle aufgefundenen Spatens sich bedient haben will, ist der Mord in Wirklichkeit mit einem Holzstich ausgeführt, welches der Verbrecher von einem Baum abgehoben haben muß. Auch haben sich in dem geraubten Portemonnaie nicht 4,50 M., wie E. angiebt, sondern ca. 22 M. befunden. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob Eitner an dem Mordtage wirklich in Spandau getweilt hat. Der Buchbindergehilfe, der schon mehrfach Spuren von Geistesstörung gezeigt und sich schon wiederholtlich verschiedener Verbrechen bezichtigt hat, will angeblich beim Spazierengehen nach Spandau gerathen und dann auf dem Rückwege nach Berlin dem auf dem Wagen schlafenden Handlungsmann Kühle begegnet sein.

In Reinickendorf wird am 18. März Genosse Kiesel-Berlin über die Bedeutung des Tages reden.

Röpenitz. Zu der Angelegenheit, die wir vorgestern aus Röpenitz berichteten, sei zur Nichtigstellung mitgetheilt, daß nicht das Amtsgefängnis, sondern das Polizeigefängnis in Betracht kommt.

In einem Erweiterungsbau für die technische Hochschule in Charlottenburg hat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses

In ihrer heutigen Sitzung die Forderung der Regierung in Höhe von 1 300 000 Mark bewilligt. Davon sind als erste Rate 400 000 Mark eingestellt. Die heutigen Einrichtungen der Anstalt genügen bekanntlich nicht mehr, es fehlt an größeren Auditorien, an Zeichenfäulen und Sammlungsräumen.

Gerichts-Beilage.

Zu dem Schmuggler- und Hehlerprozess in Neu-Muppin. über dessen Beginn wir gestern berichteten, spielten sich Dinge ab, durch die eine Anzahl Beamte bedenklich kompromittiert erscheinen. Der Ober-Steuerkontrollleur Hertz befandete als Zeuge: Schon 1890 habe die Firma die Lenzener Wische als ein einziges großes Hehlerneft bezeichnet. Als Haupthehler wurde der verstorbenen Schwiegervater des Angeklagten Geister, der Gastwirt und Kaufmann Neubauer, genannt. — Präsi.: Wurde nicht von Geister behauptet, daß er das Geschäft seines Schwiegervaters mit ungeschwächten Kräften fortsetze? — Zeuge: Ja. Mit welcher Treue die Hehler theilweise arbeiteten, erhellt übrigens daraus, daß einer in Wittenberge sich einen kleinen Dampfer angeschafft hatte, mit dem er die Waaren von den Schiffen holte.

Präsi.: Ist Ihnen bekannt, daß die Unterjünglinge der Behörden sehr erziehbar wurde durch allerlei Verhältnisse?

Zeuge: Ja, es lagen namentlich örtliche Schwierigkeiten vor.

Präsi.: Ich meine auch dadurch, daß ungetreue Beamte im Spiele waren?

Zeuge: Ganz recht. Die mit der Untersuchung betrauten Beamten sollen vielfach mit den Hehlern unter einer Dede gesteckt haben.

Präsi.: Das ist richtig. Es ist uns bekannt, daß Stadtbeamte und Gendarmen in Lenz den Schweigegelder von den Schmugglern und Hehlern bezogen haben und daß die Frauen der Gendarmen zu Neujahr Geschenke erhielten, während die Gendarmen selbst Geldsummen erhielten, die in der Wische für sie abhändig gemacht wurden. In einem Falle hat der Gemeindevorsteher eines Dorfes in der Wische dieses Geld zusammen mit den Steuern eingezogen und sogar den Eingang amtlich gebucht. Daß diese Summen für die Begünstigung der Hehler gezahlt wurden, ist nicht gerade erwiesen.

Zeuge Bürgermeister Krüger hat den Angeklagten Schulz wegen Diebstahls von einem Fah Petroleum angezeigt, indem er den Stadtschreiber Wehm die Meldung schreiben und diese durch den Gendarm Horn weiterbefördern ließ. Erst als die Staatsanwaltschaft der Anzeige keine Folge gab, untersuchte der Zeuge die Angelegenheit genauer und stellte dabei fest, daß Wehm und Horn mit den Hehlern unter einer Dede gesteckt und die Anzeige unterschlagen hatten. Wehm ist inzwischen wegen Fälschung einer Urkunde, Horn wegen Annahme von Geschenken seitens der Hehler zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Zeuge hat dann selbst auf der Lauer gelegen, um die Hehler abzufassen, aber nichts festzustellen vermochte, da ihm seine Beamten fortwährend Hindernisse in den Weg legten.

Als er, der Zeuge, vor 5 Jahren Amtsvorsteher des Lenzener Kreises wurde, habe er sofort die Schmuggelsache energisch verfolgt, aber auch dann noch nichts ermitteln können, da er keine intakten Beamten an der Hand hatte. Erst als diese verfehlt worden waren, wurde es besser. Der Zeuge bestätigt, daß der Gemeindevorsteher Eggert von Haarz, derselbe, der später den Angeklagten Geister nach dessen Verhaftung durch den Untersuchungsrichter widerrechtlich frei ließ und dafür jetzt im Gefängnis sitzt, von den Steuerzahlern noch je eine Mark extra als Gratifikation für den Gendarmen einzuziehen pflegte.

Das ist ja eine recht reizende Illustration der Integrität des ob seiner Unbestechlichkeit vielgerühmten Beamtenthums.

Wegen Wechselfälschungen in ganz bedeutendem Umfange. Betruges und Konturvergehens stand gestern der Kaufmann Carl August Friedrich Kremling vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte war Inhaber des Buttergeschäfts Koch u. Wolk, welches er 1891 übernommen hatte. Obgleich er einen jährlichen Umsatz von 250 000—300 000 M. erzielte, gerieth er doch in finanzielle Detrouve und griff, um sich über Wasser zu halten, zu dem Mittel der Wechselfälschung, das er in zahlreichen Fällen in Anwendung brachte. Nach seinem eigenen Eingeständnis hat er seit dem Jahre 1897 monatlich für etwa 3—4000 M. Wechsel gefälscht, indem er theils unbefugte Namen von Kunden als Akzeptanten auf Wechsel setzte, theils echte Wechsel durch Erhöhung der Wechselsumme fälschte. Durch die ersten strafbaren Handlungen des Angeklagten ist niemand zu Schaden gekommen, da er die Wechsel am Verfalltage pünktlich einlöste. Das war ihm schließlich nicht mehr möglich und so sind eine ganze Reihe gefälschter Wechsel in Höhe von 15 580 M. übrig geblieben, die nicht eingelöst werden konnten. Die Personen, bei denen er diese Wechsel diskontirt hatte, sind um die hohen Beträge geschädigt worden. Nach der Behauptung des gerichtlichen Wucherreviseurs Reuter hat der Angeklagte vom 8. Juli v. J. seine Zahlungen eingestellt und am 29. Juli den Konkurs angemeldet. Am 15. Juli verschwand er aus Berlin und ging mit seiner Geliebten auf Reisen: zunächst nach Hamburg, dann nach Hannover, Frankfurt a. M., Basel, Interlaken und nach Zürich. Das Pärchen reiste unter falschem Namen und beabsichtigte, nach Ästen zu gehen. Der Plan wurde aber durchkreuzt, da in Zürich der Geliebten etwas Menschliches passierte: sie kam nieder und wandte sich nun an die hiesige Polizei um Ausstellung eines Heimathpassbuchs, dessen sie in der Schweiz bedurfte. Dadurch gelang es der Behörde, Kenntnis von dem Aufenthaltsorte des Angeklagten zu erlangen, er wurde ausgeliefert und hier in Haft genommen. Bei seiner Flucht hat er 5700 Mark mitgenommen, die seinen Gläubigern gehörten. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den Umfang der Wechselfälschungen und die Thatsache, daß der Angeklagte offenbar ein lächerliches Leben geführt und dritten erheblichen Schaden zugefügt hat, zwei Jahre sieben Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Auch der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte auf mildernde Umstände keinen Anspruch habe und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Die polonisierten Namen und das Kammergericht. Der Tischlermeister Gutisch in Zwettz hatte sich geschmackloserweise wiederholt Gutz geschrieben, auch war seine Tochter nach dieser Schreibweise in das Kirchenbuch der katholischen Kirche eingetragen worden. Der Regierungspräsident in Bromberg verfügte nun im Jahre 1896, daß der Name im Kirchenbuch in Gutisch umgewandelt werde und verbote es, sich in Zukunft anders zu schreiben. Dieser erklärte darauf, es doch zu thun, und unterschrieb auch sogleich das polizeiliche Protokoll mit Gutz. Er wurde nunmehr wegen Vergehens gegen die Kabinettsordr vom 15. April 1892 angeklagt. Die Kabinettsordr schreibt vor, daß Familiennamen nur mit landesherzoglicher Genehmigung (seit mit Genehmigung des Regierungspräsidenten) geändert werden können. G. wurde in erster und zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 150 M. verurtheilt, auf seine Revision hat ihn jedoch jetzt das Kammergericht mit der Begründung freigesprochen, daß hier eine Aenderung des Familiennamens überhaupt nicht vorliege, weil Gutisch und Gutz in der Aussprache völlig gleichlauteten. In einem zweiten Falle handelte es sich um die Schreibweise Szuda statt Schuda. Der Mann war gleichfalls in den ersten Instanzen verurtheilt worden. In der Verhandlung vor dem Kammergericht gab der Oberstaatsanwalt seinem Unwillen über die obige Entscheidung des Kammergerichts ziemlich deutlichen Ausdruck. Er meinte, es könne nicht darauf ankommen, daß der Name in beiden Schreibweisen gleichlautend sei. Der vom Kammergericht aufgestellte Grundsatze wäre geeignet, eine große Konfusion herbeizuführen. Indessen sei Schuda freizusprechen, weil er seinen Namen nicht dauernd in Szuda umgewandelt, sondern letztere Schreibweise nur ausnahmsweise gebraucht habe. Das Kammergericht erkannte an, daß Schuda schon aus dem vom Ober-

staatsanwalt geltend gemachten Grunde freizusprechen sei; im Uebrigen trat der Senat jedoch dem Oberstaatsanwalt entgegen, indem er den Satz vorher in der Sache Gutzisch ausgesprochenen Grundsatze vollständig aufrecht erhielt. Der Präsident wies noch darauf hin, daß, wenn der Staatsanwalt recht hätte, auch ein Pole bestraft werden müßte, der seinen in das Kirchenbuch polnisch eingetragenen Namen deutsch schriebe.

Neue Mißstände in der Gemeindeverwaltung von Weiskensee. Wegen Verleumdung des Bureauvorstehers Hauker zu Neu-Weiskensee war der Mollereibesitzer Emil Mertens dafelbst angeklagt worden. Er hatte sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts II zu verantworten. Er hatte eine Beschwerde an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gerichtet, in welcher über Mißstände, die in der Gemeindeverwaltung herrschen sollten, Klage geführt und u. A. behauptet wurde, der Bureauvorsteher H. stehe auf einer sehr niedrigen sittlichen Stufe. Der Angeklagte, dem als Verteidiger der Rechtsanwalt Ulrich zur Seite stand, erbot sich, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Festgestellt wurde, daß H. dem Angeklagten bei Erlangung einer Pausenbescheinigung, die ihm vorher versagt worden war, gegen Zahlung von 20 M. durch Abfassung von Eingaben und auch sonst durch die That behilflich gewesen war. H. stellte dies natürlich in Abrede und hatte bereits die Hand zum Schweiß erhoben, als der Verteidiger den Antrag stellte, H. zunächst nicht zu verurtheilen. Ein zweiter Zeuge, der Maurer Jaderi, der den Bau für den Angeklagten später ausgeführt hat, befandete, daß er (J.) zugegen gewesen sei und gesehen habe, als H. die 20 M. für seine Dienste in dieser Sache von dem Angeklagten erhalten habe. — Weiter wurde aus vorhandenen und zur Stelle geschafften Akten festgestellt, daß H. dem Angeklagten die Richterfüllung und Hintertreibung behördlicher Verfügungen zwei Jahre hindurch möglich gemacht, ja, letzterem sogar privatim die Nichtbefolgung dieser Anordnungen gerathen hat. Der Zeuge H. konnte einen Grund für sein Verhalten in dieser Sache nicht angeben. — Ein dritter Fall handelte sich um die Verleumdung, daß H. zugab, von dem Konditor Mader für schlechte Ertheilung einer Scheckbescheinigung 10 M. erhalten zu haben, einen Theil des erhaltenen Geldes habe er (H.) jedoch dem Fonds des Kaiser Wilhelm-Denkmal überwiefen. Dem Angeklagten wurde der Schuß des § 193 zugebilligt; er wurde kostenlos freigesprochen. Die Kosten hat das Gericht dem als Nebenkläger zugelassenen H. auferlegt.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß Hauker durch seine vorgelegte Dienstbehörde zur Stellung des Strafantrages veranlaßt worden war. Gegen das Urtheil soll H. Berufung eingelegt haben.

Aus Halle a. S. wird uns vom 14. März berichtet: Ein sogenannter Aufruhrprozess wurde heute Nachmittag nach zweitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Ende geführt. Es waren 11 der Arbeiterklasse angehörige Personen angeklagt, die in der Nacht vom 24. bis 25. September v. J. an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher Gewaltthatigkeiten gegen Polizeibeamte und gegen eine Militärpatrouille begangen waren, theilgenommen haben sollten. Ein gewöhnlicher Wirthshausstreit im Restaurant zur Bauernschenke hatte die Veranlassung dazu gegeben. Die Polizei war eingeschritten, desgleichen war Militär requirirt worden, wobei die Polizei „blaugezogen“ und einige Personen verletzt hatte. Ein Verteidiger erklärte, das Publikum sei durch das schroffe Vorgehen der Polizei erst zu Thätigkeiten angereizt worden. Der Staatsanwalt bemühte sich vergeblich, den schweren Aufruhr und die gefährdete öffentliche Ordnung nachzuweisen; die Geschworenen gingen aber darauf nicht ein und verneinten alle auf Aufruhr Bezug habenden Thesen. Fünf Angeklagte wurden schließlich wegen Widerstandes und Verleumdung mit Strafen von 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis bis herab auf 60 M. Geldstrafe belegt und sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Gegen die Mafieir der Arbeiterschaft. Die Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Goslar waren angeklagt worden, weil sie die Mafieir im vorigen Jahre in der Stadtfest veranlaßt hätten, ohne die polizeiliche Genehmigung nachzufragen. Es wurde ihnen Uebertretung der §§ 9 und 17 des Vereinsgesetzes vorgeworfen, und zwar sahen Polizei und Staatsanwaltschaft die Mafieir als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel an, für die der § 9 die polizeiliche Erlaubnis vorschreibt. Das Vergehen der Angeklagten wurde darin gefunden, daß sie zur Theilnahme an der „Versammlung“ aufgefordert hätten. Die Angeklagten dagegen machten geltend, daß es sich überhaupt nicht um eine öffentliche Versammlung im Sinne des § 9 des Vereinsgesetzes handelte. Sie wurden jedoch in den beiden ersten Instanzen zu Geldstrafen verurtheilt. Das Landgericht sahte aus, daß der Zweck einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel die Anwendung der §§ 9 und 17 des Vereinsgesetzes in seiner Weise berühre. Die Mafieir in der Stadtfest sei aber eine solche Versammlung gewesen, insbesondere sei das Merkmal der Oeffentlichkeit darin zu finden, daß bei der allgemeinen Zugänglichkeit der Stadtfest jedermann habe wahrnehmen können, was sich auf dem Festplatze abspiele. Die Angeklagten legten Revision ein und rügten, daß der Vorderrichter den Begriff der Oeffentlichkeit verkannt habe. Auch wäre mit Unrecht der Zweck der Feier für unerheblich erklärt worden. Die Feier habe in diesem Falle einen rein familiären Charakter gehabt. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Präsident führte aus, daß es allerdings auf den Zweck einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel bei der Anwendung der §§ 9 und 17 nicht ankomme; indessen müsse hier nachgeprüft werden, ob die Angeklagten eine unbestimmte Menschenmenge zu der Feier eingeladen hätten. Von dieser Feststellung sei es abhängig, ob die Versammlung als eine öffentliche angesehen werden könne.

Die Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft in Tilsit hatte die Polizeiverwaltung ersucht, den Agenten Walter in einer Sache zu vernehmen, wegen der gegen ihn Strafantrag gestellt worden war. Als die Polizeiverwaltung dann den W. aufforderte, vor ihr zu erscheinen, antwortete er, daß er nur schriftlich Auskunft geben würde. Eine spätere Strafanzeige beachtete W. nicht, so daß er schließlich vorgeführt wurde. Seine nunmehr beim Regierungspräsidenten und dann beim Ober-Präsidenten erhobenen Beschwerden wurden zurückgewiesen. Das Ober-Verwaltungsgericht hat nunmehr ebenfalls zu seinen Ungunsten erkannt, und zwar wegen Unzulässigkeit des Verwaltungs-Streitverfahrens. Es handelte sich hier nicht um eine polizeiliche Verfügung im Sinne des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, sondern um eine Verfügung, die die Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft erlassen habe, und dagegen sei nur die Beschwerde im Justiz-Aufsichtswege gegeben, d. h. die Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft, Ober-Staatsanwaltschaft und beim Justizminister.

Pferdehandel und Wandergewerbeschein. Wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Besteuerung des Gewerbes im Umherziehen war der Pferdehändler A. angeklagt worden, weil er nicht gegen Entrichtung der für das Gewerbe im Umherziehen vorgeschriebenen Steuer einen Wandergewerbeschein gelöst hatte. A. bestritt, daß er das Wandergewerbe ausgeübt habe. Er habe allerdings überall Pferde aufzukaufen, jedoch sei er nicht mit ihnen von Ort zu Ort gezogen, um sie bei jeder beliebigen Gelegenheit wieder zu verkaufen. Er habe sie vielmehr in seinen Ställen untergebracht und sie nur von Zeit zu Zeit auf ganz bestimmten Märkten feilgehalten. Der Angeklagte wurde indessen in allen drei Instanzen verurtheilt. Das Kammergericht führte aus, daß die Vorderrichter mit Recht einen Gewerbebetrieb im Umherziehen deshalb

angenommen hätten, weil A. die Pferde auf Märkten, also außerhalb seines Wohnortes, verkauft habe. Seine gegentheilige Auffassung sei rechtsirrhümlich.

Vermischtes.

„Wo zwei und drei zusammenstehn, da soll man auch einandergehn.“ So sang der Dichter des deutschen Volkes in der Zeit von Krähwinkels Schredenstagen. Daß das „Zusammenstehn“ ein halbes Jahrhundert nach dieser Zeit auf weltabgekehrtem Dorfe noch für gefährlich gehalten wird, lehrt eine Meldung, die der „Bromberger Unparteiische“ in seiner Nr. 73 bringt: „Nach einem Erlaß des Gemeindevorstandes in Karpitz dürfen auf der Dorfstraße von jetzt ab nicht mehr als drei Personen auf einem Fleck zusammenstehn. Der Unmuth der Dorfbewohner über diese Verfügung ist natürlich groß.“

Wenn zwei dasselbe thun. Uns wird aus Graudenz geschrieben: Kürzlich berichtete der „Vorwärts“ über eine Entscheidung des Kammergerichts, durch welche das freisprechende Urtheil gegen vier Rixdorfer Parteigenossen, die an einem Sonntag sozialdemokratische Flugblätter verbreitet hatten, aufgehoben wurde. Es war ebenfalls ein Sonntag, als ich diesen Bericht las. Nachmittags ging ich spazieren und wurde auf der Straße von zwei Damen angehalten. Die mir nicht nur ein vom „Christlichen Männer- und Jünglingsverein in Hannover“ herausgegebenes Flugblatt aufzuhalten, sondern mich auch zum Beitritt in einen Mähdereiverein animirten und mir ferner, als ich über solche Zumuthung lächelte, weisagten, daß ich dereinst über meine sündige Verstorbenheit vor dem lieben Herrgott Rechenschaft ablegen müßte. Ich blühte während dieser Predigt in der Runde umher, aber nirgendwo war ein Gendarm, der wie in dem sozialdemokratischen Falle, erklärte, daß er vom Landrath den Auftrag erhalten habe, sämtliche Flugblattverbreiter, die er an Sonntagen treffe, zur Anzeige zu bringen.

Ein Hungerdrama in Dresden. Wie die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden, brachte in der Nacht zum Mittwoch die 43jährige Ehefrau des früheren Pferdebahn-Konduktors Röder in Abwesenheit ihres Mannes ihre vier Kinder im Alter von 11, 5, 4 Jahren bezw. 4 Wochen durch Gift ums Leben. Nach der That stürzte sich die Mörderin in die Elbe. Der Beweggrund der That soll in sehr längerer Zeit bestehender Beschäftigungslosigkeit des Mannes zu suchen sein.

Ueber einen Schiffbrand wird aus New-York berichtet: Der der „Hamburg-America-Linie“ gehörige Dampfer „Arcadia“, welcher mit Labung vom Dampfer „Victoria“ hier eingelaufen ist, gerieth in Flammen. Das Feuer konnte auf eine Abtheilung des Schiffes beschränkt werden.

Aus London wird gemeldet, daß der Rebel, der in den beiden letzten Tagen wieder sehr stark war, gestern zahlreiche Opfer gefordert hat.

Schneesturm in Nordamerika. Aus New-York wird berichtet: Infolge anhaltenden heftigen Schneesturms im Staate Missouri sind zahlreiche Flüge eingespart. Ein Zug ist seit zwei Tagen in meterhohem Schnee begraben und fest eingefroren. Es sind zahlreiche Arbeiter nach der Unglücksstätte gefandt worden.

Die Attentate auf der französischen Stadtbahn nehmen in der bedenklicher Weise zu. Gestern wurden wieder die Signale in der Nähe des Bahnhofes Somain abgechnitten und eine Katastrophe nur durch ein Wunder vermieden. Die Panik unter der Bevölkerung über die fast täglich wiederkehrenden verbrecherischen Anschläge ist sehr groß. Die Zahl der Fahrgäste hat bedeutend abgenommen.

Vor zwei Jahren wurde in Wien die damals 45jährige Anna Dregelesberger wegen Falschmeldung verurtheilt. Sie hatte dreißig Jahre Männerleidung getragen und sich polizeilich als Anton Horner, Hauswirth, gemeldet. Als es durch die Verhandlungsberichte bekannt geworden war, daß Anna Dregelesberger nur deshalb Männerleidung getragen habe, weil sie nur als Mann die Stellung eines Hausherrn habe erhalten können, wandte sie die Aufmerksamkeit dieser resoluten Frau zu. Von allen Seiten wurde ihr Arbeit und Beschäftigung angetragen, damit sie nicht mehr gezwungen sei, ihr Geschlecht zu verleugern. Sie entschloß sich endlich, als Gesellschaftlerin zu einer alten Dame zu gehen. Am Ende des vorigen Jahres starb Anna Dregelesberger in London, nachdem sie kurz vorher von ihrer Dienstgeberin 50 000 fl. geerbt hatte. Von diesem Gelde vermachte sie 30 000 fl. einem Mädchen in Wien, von welchem sie als Mann verehrt worden war, und zwar (wie es in dem Testament hieß) als Genugthuung dafür, daß sie das arme Mädchen in ihrem Jertum belassen und genarrt hatte. Die Erbschaft wurde von den prozeßführenden Verwandten als geistig nicht normal bezeichnet. Das zuständige Gericht in Wien entschied, daß das Testament als gültig anerkannt werde. Es hätte sich keine Veranlassung gegeben, die Zurechnungsfähigkeit der Erblasserin zur Zeit der Testamentsablegung zu bezweifeln, die Verlassenschaftsbehörde hatte vielmehr die angefochtene Verfügung als „ganz plausibel“ befunden.

Ein englisches Torpedoboot ist, wie aus Gibraltar berichtet wird, bei den nädlichen Schießversuchen auf Grund gerathen; man hofft jedoch, dasselbe wieder flott zu machen.

Ein Statistiker hat sich der Frage zugewandt, wie alt die Ballettänzerinnen werden, und er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wenigstens bei den berühmten Tänzerinnen ein ungewöhnlich hohes Alter die Regel ist. Carlotta Grisi ist jetzt 77 Jahre alt. Amalia Ferraris unterrichtet noch jetzt, im Alter von 78 Jahren, in ihrem Fach in Paris. Fanny Elser war 74 Jahre alt, als sie starb, und die Taglioni hat ihr 80. Lebensjahr überschritten. Rosita Mauri, die populäre Primadonna an der Pariser Oper, ist über 60 Jahre, und sie hat erst jetzt davon zu sprechen angefangen, daß sie sich zurückziehen wolle.

Ein bedeutender Alterthumsfund wurde dieser Tage auf einem Bauerngrundstück zu Hagendorf in Mecklenburg gemacht. Bei Aushebung der Fundamente stießen die Maurer auf ein einen halben Meter hohes Gefäß aus Bronze mit Griff und Deckel. Der Alterthumsforscher Dr. Veltz aus Schwerin war zur Untersuchung anwesend und entnahm den Inhalt, der in folgenden Sachen bestand: Neben den üblichen Knochenstücken fanden sich viele Spangen aus Silber und Bronze, eine eiserne Scheere, Radeln aus Knochen, Gürtelschnäffeln aus Gold, Silber und Bronze, ein Schleißein mit Bronzeziffern, die silbernen Bügeltheile einer Tasche, eine Menge noch nicht genau zu bestimmender Gegenstände aus verschiedenen Metallen, sowie eine Hofelung vor. Das Gefäß ist mit Ringen und anderen Linien verziert. Nach Bestimmung des Dr. Veltz stammt das Grab etwa aus dem Jahre 50 n. Chr. Es ist ein weibliches Fürstengrab. In der sehr reichhaltigen Sammlung des großherzoglichen Museums in Schwerin, wohin der Fund gebracht wird, ist ein solches Grab noch nicht erhalten. Bei günstiger Witterung werden die Ausgrabungen unter der Leitung des Dr. Veltz fortgesetzt; auch will letzterer dann ein Feld von ungefähr fünfzig Grabern bei Bellevue in der Nähe von Hagendorf aufdecken, wo seit einiger Zeit schon mehrere ebenfalls seltene Formen aufweisende Urnen aus Thon beim Sandfahren aufgefunden sind.

In Arab (Ungarn) ist gestern die Mittelman'sche Spiritfabrik niedergebrennt. Es herrschte große Besorgnis, daß ein 8000 Hektoliter enthaltender Kessel explodire.

Die Pest in Bombay. Die Sterblichkeit in der abgelaufenen Woche betrug 2312, d. h. eine Abnahme von 119 gegen die vorhergegangene Woche. Der Fortzug der Bevölkerung läßt nach. Man hofft zuversichtlich auf eine baldige Abnahme der Epidemie.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
L. A. 80. Gutes offenes und feinstämmiges Tannenholz.
C. Berg und Genossen. Teilen Sie die Angelegenheit dem Vertrauensmann Ihres Wahlkreises mit.

H. G. Ein Referat ist so lebhaft und so mitteilend, daß der als „großer Gottlieb“ bekannte Gostwitz Barbad in der Wollergasse 11 im Herbst des Jahres 1876 geboren ist.
W. W. 91. Verzögerung liegt nicht vor. Erklären Sie kurzer Hand, daß Sie nicht in der Lage sind, Zahlung zu leisten, auch bestreiten, zur Zahlung verpflichtet zu sein.

Briefkasten der Expedition.

Miesengebirge. Am 26. Juni 1898.

Witterungsübersicht vom 15. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Berlin, Potsdam, Magdeburg, etc.

Weiter Prognose für Donnerstag, den 16. März 1899. Etwas kühler, zeitweise neblig, vielfach heiter bei schwachen nordwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsge nossen (G. S. 86, Hamburg, Bezirk O.)

Wilhelm Lehmann am Montag, den 13. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses...

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsge nossen (G. S. 86, Hamburg, Bezirk O.)

Alois Scholz am Sonntag, den 12. d. M., verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses...

Danksagung. Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters Otto Schäfer...

Zwölfte Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse der Rürchener u. veris. Gewerbe zu Berlin.

Die gegen Herrn Otto Maschowski ausgesprochene Verdächtigung und Beleidigung nehme ich hiermit zurück.

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Größerer Möbelverkauf Frauenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2).

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung! Am Donnerstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Richter, Schwerinstraße 13:

Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Neuwahl. Referent: Dr. Leo Arons. 2. Diskussion.

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10-11:

Partei-Versammlung. Tages-Ordnung: Die Bedeutung des 18. März. istuffio Dn. Zu zahlreichem Besuch laden ein Die Vertrauenspersonen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.) Heute, Donnerstag, Abends 6 1/4 Uhr, im Lokal des Herrn Nümann, Brunnenstraße Nr. 188:

Versammlung. Tages-Ordnung: Der Streit der Formen und Schmiedeger der Firma Gaebert. 111/1

Achtung! Britz. Achtung! Am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Guldner's Lokal, Rudowstraße Nr. 166:

Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 18. März. Referent Genosse Grempe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 19. März 1899, Abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 30:

Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernstein über: Anarchismus und Sozialismus. Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensitzen u. Tanz.

Sonntag, 9. April 1899, Abends 7 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29: Vortrag des Herrn F. S. Archenhold

Achtung! Verein der Former. Am Sonnabend, den 25. März, in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29:

Zur Feier des 36-jährigen Stiftungsfestes Grosser Wiener Maskenball. Anfang 8 1/2 Uhr. Verschiedene Ueberraschungen.

Stränge und Blumen empfiehlt F. Jacobitz, Koppenstr. 46. Gypsfiguren allen Freunden u. Bekannten...

Dr. med. Schaper homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Frauen-Krankheiten. Schönaberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.

Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 M. Zahnarzt Dr. Schürer, Berlin, E. Fuhrmann, Dantzig, Schwerinstr. 245 a. Ede Zahnärztin: Alice. 828*

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung! Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr: 5 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen: 1. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49. 2. Köstner Hof, Köstnerstraße 8.

Die Bedeutung des 18. März für das deutsche Proletariat. Referenten die Parteigenossen: Zubeil, Pfannkuch, Kunert, Wagner und Hirsch.

Freie Volksbühne. VI. Abtheilung. Sonntag, den 19. März, im Friedrich-Wilhelms-Theater: In Behandlung.

„Jägerhaus“ Schönhauser Allee 103. Täglich: Großes Volksfest. Entree frei! Andreas-Festsäle, Andreasstrasse 21

Achtung! Naturgarten mit Laubengang. Vereine! Flora-Säle, 17. Weberstr. 17. Sonntage

Achtung! Zu 6 Monaten Elektromonteur! Ohne Störung der Berufstätigkeit. „Elektra“ (G. m. b. H.) Prinzenstraße 55 I.

Yellow-Kid-Zigaretten. Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich Grüner Weg 66 ein Cigarren-Geschäft eröffnet habe.

Großer Möbelverkauf Schützenstr. 2. Alte Preisdrückstrafe. Wegen Aufgabe meines Möbelgeschäftes...

Große Betten 12 M. (Oberer, mittlerer, zwei Arten mit gereinigtem neuen Federkern bei Gulland, Berlin, E. Fuhrmann, Dantzig, Schwerinstr. 245 a.)

Verkauf einer neu eingerichteten 19648 Schuhfabrik in einem Vororte Berlins umständehalberbill. Off. und D.B. postl. Köpenick.

Fahrrad-Händler kaufen sämtliche Fahrrad- und Rohrwerke, sowie bester, gebrauchte Räder...

Wäsche, Gardinen, Teppiche, Gardinen, ältere Muster, ausfallend billig. Adolf Pichmann, Beuthstr. 10. 1933b

Möbel J. Kellermann, jetzt Prinzenstr. 97. Fahrräder-Teilzahlung mögliche Anzahlung, Teilzahlung...

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Dabing in Berlin.

Allerlei Anzeigen. GENERAL-Fundbureau, Charlottenstr. 93. Alle Aktien, Rechnungen, Abfall...

Schlafstellen. Suche 1. April möbl. Schlafstelle (a. besten Vorort) F. Becher, Brandenburgstr. 70, v. 2 Tr. z. 1906b

Arbeitsmarkt. Stelleangebote. Geübte Stadtschleifer auf Facetten verlangt Oeder, Prinzenstr. 32.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Vertreter gesucht. Schuhmacher, w. sich eignet, einen Eisenhammer zu verl. Off. und 1458 a. d. Annoncen-Exp. von G. L. Daube & Co., Wiesbaden.

Bernstein's Streitschrift. *)

I. Die Zusammenbruchs-Theorie.

Schreiber dieses ist in gewissem Grade Mitschuldiger an vorliegender Schrift, zu der er mit Victor Adler den Anstoß gab. Bernstein hatte allen Kritikern seiner Artikel in der „Neuen Zeit“ über „Probleme des Sozialismus“ und seiner Stuttgarter Erklärung entgegengehalten, daß sie ihn mißverständen.

Dies der Grund, warum wir Bernstein riefen, seine Ansichten von Ziel und den Aufgaben der Sozialdemokratie in einer systematischen Darstellung zusammenzufassen, statt sie in Einzelpolemiken zu verzerren.

Ob diese Darstellung Bernstein in einer Weise gelungen ist, die alle Mißverständnisse anschießt, darf bezweifelt werden. Statt sich auf einige wenige grundlegende Fragen zu beschränken und diese gründlich zu erörtern, hat er eine Unzahl Detailfragen in das Reich seiner Unternehmung gezogen, die er, da es ihn drängte, rasch fertig zu werden, doch nur oberflächlich streifen konnte, die aber Zeit und Raum für die Hauptfragen beschränken. Dazu kommt, daß in manchen Partien an Stelle positiver Entwicklung bloße kritische Bemängelung ohne greifbare Resultate gegeben wird, und endlich, daß Bernstein gerade bei der Erörterung der theoretischen Grundlagen aus Pietät gegen Marx und Engels sich scheute, frei von der Leber weg zu reden, wie er im Vorwort selbst bezeugt.

Ich begreife dies Empfinden, halte es aber für sehr übel angebracht. Daß man es so lange als möglich vermeidet, einem Freund und Kampfgenossen öffentlich entgegenzutreten, daß man die von ihm abweichende Meinung am liebsten für sich behält, wird wohl niemand tadeln. Ist es aber einmal unvermeidlich geworden, zu sprechen, dann muß es ohne Umschweife, ohne Umschweife geschehen. Das sind wir unserer Sache schuldig, und zwar um so mehr, je höher wir die Bedeutung des Mannes einschätzen, den wir kritisieren. Immerhin, wenn die Darstellung Bernstein's Mißverständnisse nicht ausschließt, so hoffe ich doch, daß es mir gelingt, in meiner Auffassung seines Gedankenganges von solchen frei zu bleiben.

Drei Momente sind die leitenden Gesichtspunkte der Bernstein'schen Streitschrift. Zwei davon laufen mit einander parallel. Bernstein sieht bei Marx und Engels eine theoretische Entwicklung, die in gleicher Richtung geht, wie seine eigene. Aber es war bei diesen nicht eine Entwicklung zur Einheitslichkeit, sondern zur Verkehrtheit. Sie vermochten nicht jene Anschauungsweisen völlig zu überwinden, von denen sie ausgegangen. Die Reste davon haften ihnen immer an und daraus ergaben sich mannigfache tiefgehende Widersprüche, die „Apologeten und Rabulisten“ leugnen mögen, die aufzudecken die Aufgabe der ehrlichen und klaren Elemente unter den Marxisten ist.

In gleicher Weise hat auch die Sozialdemokratie eine Entwicklung durchgemacht, eine „Mauferung“ von der Revolutions- zur Reformpartei. Aber sie will immer noch den Schein der ersten aufrecht erhalten, hält noch an den alten Maximen fest, obwohl diese in vollem Widerspruch zu ihrer Praxis stehen. Sie habe den Muth, Schein zu wollen, was sie ist.

Mit diesem Gedankengang kreuzt sich ein anderer: Die theoretische Grundlage, auf der Marx und Engels den Sozialismus aufgebaut, ist nach Bernstein völlig verfehlt; sie stimmt nicht mit den Thatsachen, die in gleicher Richtung gehen, wie seine eigene. Diese Kapitalisten können kurz nicht abgehandelt werden und sie haben ein vorwiegend akademisches Interesse. Ich behalte mir vor, in einer selbständigen Arbeit meine Ueberzeugung von der Haltlosigkeit des Standpunktes, den Bernstein in diesen Fragen einnimmt, zu begründen.

Die Marx'sche Lehre beweist die Notwendigkeit des Sozialismus aus den ökonomischen Entwicklungsgesetzen des Kapitals. Die kapitalistische Produktionsweise verwandelt mehr und mehr die Bevölkerung in Proletariat, die im schroffen Interessengegensatz zur Kapitalistenklasse stehen, kein Interesse haben an der Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums, dagegen das höchste Interesse an seiner Abschaffung. Derselbe Entwicklungsweg wandelt die Produktionsmittel immer mehr aus individuell angewandten in gesellschaftlich angewandte, und bringt das ganze ökonomische Getriebe in immer stärkerer Abhängigkeit von den großen Kapitalisten. Endlich steigert sie immer mehr den Widerspruch zwischen der Möglichkeit sowie dem Bedürfnis, die Produktion aufs rascheste auszuweiden, und der Unmöglichkeit, den Markt entsprechend zu erweitern, einen Widerspruch, der in zeitweilig vorkommenden Krisen zu Tage tritt und der seine Aufhebung durch Aufhebung der kapitalistischen Waarenproduktion immer mehr zu einer dringenden Notwendigkeit macht.

Zunahme des Proletariats, der Kapitalkonzentration, der Ueberproduktion, das sind die Elemente, die zum Sozialismus hindrängen.

Bernstein leugnet sie zum Theil ganz, zum Theil mißt er ihnen geringe Bedeutung bei.

Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden, behauptete er in seiner Stuttgarter Erklärung. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet.

Ich war äußerst gespannt darauf, wie Bernstein den Beweis für diesen Satz erbringen werde. Denn wenn etwas, stand für mich die Thatsache der Zunahme des Proletariats, also die (relative) Abnahme der Zahl der Besitzenden fest. Ich war um so mehr gespannt auf diesen Beweis, weil er, wenn erbracht, nicht nur einen der wichtigsten Grundsätze unserer bisherigen Theorie über den Hausen wirft, sondern auch die bisher sicherste Grundlage unserer Siegeszuversicht erschütterte.

Was bringt aber Bernstein? Bringt er auch nur aus einem einzigen Lande Daten, die bezeugen, daß dort die Zahl der Kapitalisten rascher zugenommen habe, als die Bevölkerung? Nein, und er kann sie nicht bringen. Mir wenigstens ist aus keinem Lande eine statistische Aufnahme der Kapitalisten bekannt geworden. Was uns Bernstein giebt, sind ein paar Zahlen der englischen und preussischen Einkommensteuer-Statistik. Aber abgesehen von allen den Bedenken, die gegen diese Zahlen vorzubringen wären, so sagt die Statistik der Einkommen doch nichts über die Statistik des Besitzes. Bernstein weist auf die Zunahme der Einkommen über 8000 M. in England und Preußen seit 1850 hin. Aber sind denn alle Einkommen dieser Höhe Kapitaleinkommen? Ihre Zunahme kann den verschiedensten Ursachen entspringen, dem Wachstum der Geldlöhne und Gehälter, der Zunahme der Zahl der Beamten aller Art, dem Steigen der durchschnittlichen Lebenshaltung — Faktoren, die eine Zunahme des sozialen Gegenfasses zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse, und eine nicht bloß absolute, sondern auch relative Vermehrung der Zahl der Lohnarbeiter durchaus nicht ausschließen.

*) Ed. Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart, J. G. W. Dietz's Verlag.

Man gestatte mir hier eine persönliche Bemerkung. Genosse David hat vor einigen Tagen an dieser Stelle eine Bemängelung einiger Ausführungen meiner „Agrarfrage“ veröffentlicht. Vorliegender Artikel entschuldigt wohl genügend das Ausbleiben meiner Antwort. Gleichzeitig ein Wochenblatt zu redigieren und eine Mißdebatte mit Schippel, eine Programm- und Taktikdebatte mit Bernstein und eine Agrardebatte mit David zu führen, geht über meine schwachen Kräfte. Genosse David muß schon entschuldigen, wenn ich mich erst in ruhigeren Zeiten seiner erinnern werde.

R. Kautsky.

Wenn also Bernstein meint, die Zunahme der Zahl der Besitzenden sei so offenkundig, daß es die größte Thorheit wäre, sich das vermeintliche zu wollen, sei eine Thatsache, an der sich gar nicht rütteln läßt, so ist das aus den Zahlen, die er vorbringt, absolut nicht zu ersehen.

Warum hält er sich aber an die Einkommensteuer-Statistik, die uns direkt über die Zahl der Kapitalisten doch gar nichts sagt und sehr eingehender kritischer Untersuchung bedarf, sollen nur einigermaßen verwertbare Schlüsse aus ihr gezogen werden? Haben wir nicht die Berufsstatistik, die uns viel deutlicher, wenn auch nicht über die Zahl der Kapitalisten, so doch, und das ist das Entscheidende, über die der Proletariat Aufschluß giebt?

In Deutschland hat sich nach der Berufszählung die Zahl der Selbständigen in den drei Hauptberufen Landwirtschaft, Industrie und Handel von 1882—1895 von 32 auf 29 Prozent der Erwerbsthätigen vermindert, die der Lohnarbeiter und Angestellten ist dagegen von 68 auf 71 Prozent gestiegen. Heißt das nicht Zunahme des Proletariats?

Aber es nimmt nicht nur das Proletariat zu, sondern innerhalb des Proletariats auch jene Schicht, die dem Sozialismus am günstigsten, das städtische, das industrielle Proletariat. Wenn die Zahl der Proletarier relativ bloß um 3 Prozent wächst, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß in der Landwirtschaft die Zahl der Lohnarbeiter abnimmt. Sie sank 1882—95 von 72 auf 69 pCt. der in dem betreffenden Beruf Erwerbsthätigen. Dagegen stieg sie in der Industrie um fast 10 pCt., von 65,6 auf 75,1 pCt.

Nieht Bernstein der Vergleichung der Erwerbsthätigen in den verschiedenen Klassen die Vergleichung der jeder derselben angehörigen Bevölkerungsschichten (also Erwerbsthätige, Angehörige und Gesunde) vor, dann finden wir, daß in den drei genannten Haupt-Erwerbsgruppen von 1882—95 die Zahl der Selbständigen sammt ihren Familiengliedern sich von 18 619 966 auf 18 839 578, also bloß um 219 612 vermehrte, etwa 1 pCt., dagegen die proletarische Bevölkerung von 21 194 649 auf 25 881 816, also um 4 687 167, über 22 pCt. Die Gesamtbevölkerung vermehrte sich in diesem Zeitraum um 13 pCt. In der Industrie nahm die selbständige Bevölkerung nicht bloß relativ, sondern absolut ab von 7 041 089 auf 6 562 964, also um 478 125, die von Lohnarbeitern lebende industrielle Bevölkerung dagegen wuchs von 9 016 991 auf 13 700 277, um 4 683 286; ihr Zuwachs allein beträgt ebensoviel als der der gesamten proletarischen Bevölkerung.

Angesichts dieser Zahlen ist es mir unbegreiflich, wie Bernstein von einer Zunahme der Besitzenden als einer so offenkundigen Thatsache sprechen kann, daß es die größte Thorheit wäre, sie sich zu verheißeln. Im Gegentheil, die Zahlen der Statistik stimmen mit den Deduktionen unserer bisherigen Theorie vollkommen überein und bestätigen sie aufs Glänzendste.

Oder wollte Bernstein, wenn er von der Zunahme der Besitzenden sprach, damit sagen, daß die Lohnarbeiter anfangen, Besitzende zu werden? Er sagt das nicht ausdrücklich, jedoch scheint sein Hinweis auf das Aktienwesen in diesem Sinne gemeint zu sein. Aber wir haben keine Statistik der Besitzer von Aktien, und die Ansicht, daß die Zerstückelung des Vermögens an einem Aktienunternehmen unter viele Aktionäre die Wirkungen der Kapitalkonzentration aufhebe, ist eine bloße Mathematik, für die wir keine triftigen Gründe sehen. Der Arbeiter wird durch den Besitz einer Aktie ebensovienig zum Kapitalisten, wie durch den Besitz eines Sparkastensbuchs. Bernstein selbst wird nicht annehmen, daß die Ersparnisse eines Arbeiters genügen, ihn zum Kapitalisten zu machen. Woher soll aber dann die Vermehrung der Besitzenden kommen, wenn es die Proletarier sind, die am raschesten zunehmen?

Bisher war das Aktienwesen mehr ein Mittel, die Ersparnisse der Kleinen Leute in die Taschen der großen Kapitalisten zu bringen — nicht selten aus Rimmerwiedersehen — als ein Mittel, kleine Leute zu „Besitzenden“ zu machen.

Die angeführten Zahlen der Berufsstatistik deuten bereits auf den Konzentrationsprozeß des Kapitals hin. Bernstein leugnet ihn natürlich nicht, aber er behauptet, neben dem Großbetrieb erhalte sich der Kleinbetrieb. Wie präzis diese Erhaltung ist, zeigen folgende Zahlen der Gewerbestatistik. Es waren beschäftigt in:

Table with 4 columns: Year, Workers, Increase (+), Decrease (-). Rows include Einzelbetriebe, Hilfsbetriebe mit 1-5 Personen, 6-50, über 50, (davon > 1000), and Zusammen.

Wir finden also neben der absoluten Abnahme der Zweigbetriebe auch eine relative der Kleinbetriebe. Die industrielle Arbeiterzahl vermehrte sich um 40 pCt., die der Kleinbetriebe (Kleinbetriebe und solche mit 1—5 Gehilfen) nur um 10 pCt. Sie hatten nur deshalb eine absolute Zunahme aufzuweisen, weil die procentuale Zunahme der Industriebesetzung dreimal so groß war als die der Gesamtbevölkerung, eine Zunahme, die ihre Grenzen finden muß. Je größer die Betriebe, desto rascher nehmen sie zu, desto mehr beherrschen sie das ökonomische Leben, desto mehr schwindet für den Lohnarbeiter die Aussicht, selbständig zu werden, sich der Produktionsmittel anders als auf dem Wege des Sozialismus zu bemächtigen.

In Wirklichkeit dürfte aber die Konzentration der Betriebe noch viel mehr vorgeschritten sein, als die Gewerbestatistik zeigt, da diese dort, wo verschiedene Gewerbe in einem Betriebe vereinigt sind, den einen großen Betrieb in so viele kleinere zerlegt, als er Gewerbe enthält. Ein Großbetrieb mit 100 Arbeitern kann in der Statistik als fünf kleinere Betriebe mit je 2, 8, 10, 30 und 50 Arbeitern erscheinen. So erklärt es sich, wenigstens zum Theil, daß die Zahl der Hauptbetriebe von 3 006 457 auf 3 144 977 stieg, indeß die Zahl ihrer Besitzer und Leiter viel geringer war, nur zwei Drittel der Betriebszahl, und sank, von 2 201 148 auf 2 061 764. Das deutet darauf hin, daß die Konzentration der Unternehmer noch rascher vor sich geht, als statistisch ersichtbar.

Die Konzentration der großen Unternehmungen zu Monopolen durch Kartelle ist aus der Statistik natürlich absolut nicht zu ersehen, ebensowenig die Umwandlung des Handwerks in kapitalistische ausgebeutete Hausindustrie und Schweigmästerei.

In der Landwirtschaft findet eine Betriebskonzentration wie in der Industrie und im Handel allerdings nicht statt, so weit man darauf aus der Flächenausdehnung der Betriebe schließen kann. Wie alle Leigner der Marx'schen Entwicklungstendenzen verweilt daher Bernstein bei der Landwirtschaft mit besonderer Vorliebe. Er übersieht, daß in der Landwirtschaft ebenfalls die Tendenz herrscht, einerseits nach Konzentration der Betriebe zu Großbetrieben und andererseits nach Zerstückelung in Zweigbetriebe, die bloße Anhängel proletarischer Haushaltungen sind. Stellenweise, wie in Frankreich und Belgien, herrscht sie noch. In Deutschland wurde sie bis zum Eintritt der Agrarreform beobachtet. Es bleibt abzuwarten, wie lange die neue, dem Mittelbetrieb günstigere Tendenz dauern wird. Sicher aber ist es, daß heute schon die landwirtschaftliche Bevölkerung immer mehr abnimmt und daß sie in immer größerer Abhängigkeit von der Industrie gerät. Die Entwicklungstendenzen der letzteren werden daher immer maßgebender für die ganze Gesellschaft; daß aber diese Tendenzen im Sinne der marxistischen Theorie wirken, ist unzulässig.

Es ist leider aus der Schrift Bernstein's nicht ganz klar zu entnehmen, ob er annimmt, die Entwicklung gehe in der von Marx-Engels angenommenen Richtung, aber äußerst langsam, oder ob er sie eine andere Richtung gehen sieht.

In dem Abschnitt über die politischen und ökonomischen Bedingungen des Sozialismus weist er darauf hin, daß die zentrali-

sierte Betriebsform selbst in den vorgeschrittenen Ländern Europa's erst ein partielles Stadium bildet, daß die handwerksmäßigen Kleinbetriebe „zwar auch ihrerseits langsam dem Verdrängungsprozeß ihren Tribut abstoßen, aber darum doch ganz und gar keine Riene machen, von der Bildfläche zu verschwinden“.

Gegen Marx und Engels würde das sehr wenig beweisen, da diese nie ein bestimmtes Tempo der ökonomischen Entwicklung behauptet hatten, es beweist aber auch sehr wenig für die Ferne des Sozialismus. Bernstein schließt aus der großen Zahl der bestehenden Kleinbetriebe, wir würden für die sozialistische Produktion nicht so bald reif. Richtiges ist wohl möglich, aber das Bestehen von Kleinbetrieben neben vorherrschendem Großbetrieb ist kein Kriterium der Reife. Sind wir erst dann reif zur Herrschaft des Proletariats, wenn alle Kleinbetriebe aufgekauft sind? Ich bezweifle es, daß wir im Stande sind, statistisch berechnen zu können, wann die Gesellschaft für die sozialistische Produktion reif geworden ist. Diese wird ein Produkt nicht bloß der ökonomischen Entwicklung sein, sondern auch der aus ihr hervorgehenden Klassenkämpfe. Sie erfordert eine gewisse Höhe der kapitalistischen Produktion, wie eine gewisse Kraft und Reife des Proletariats. Wir können vielleicht annähernd schätzen, bis zu welcher Höhe diese gedeihen sind — wobei Optimismus und Pessimismus frei schalten können. Wir sind aber absolut nicht im Stande, auch nur annähernd zu schätzen, welcher Höhegrad der Entwicklung erforderlich ist, um unsern Sieg möglich und fruchtbar zu machen. Jede dahingehende Berechnung bleibt müßige Zahlenpielerlei. Darüber kann uns nur die Erfahrung belehren, nur die Thatsache unseres Sieges und die Art seiner Annäherung. Und ich glaube, wir haben heute weit dringendere Sorgen als die, uns vor der zu großen Nähe unseres Sieges zu fürchten.

Nur beiläufig sei bemerkt, daß Bernstein bei seiner Berechnung der politischen Reife des deutschen Proletariats ein arger Rechenfehler unterläßt.

Er weist darauf hin, wir hätten in Deutschland gegen 4,5 Millionen erwachsener Arbeiter in der Industrie und bloß 2,1 Millionen sozialistische Wähler.

Die Rechnung stimmt nicht, wenn wir erwachsene männliche Arbeiter in Betracht ziehen. Um zu den 4,5 Millionen (genauer 4 476 620) erwachsenen Industrie-Arbeitern zu kommen, mußte Bernstein auch die weiblichen dazu nehmen, die aber leider vorläufig das Stimmrecht noch nicht haben.

Männliche Arbeiter über 20 Jahren giebt es in der Industrie nur 3 853 517. Davon standen im Alter von 20—30 Jahren 1 608 583; wir dürfen annehmen, daß ungefähr die Hälfte davon unter 25 Jahre war. Also statt vier ein halb Millionen industrieller Arbeiterwähler finden wir bloß drei Millionen. Es geht aber doch nicht an, die Stimmen der Wähler, die zu Hause geblieben sind, einfach den Gegnern zuzugählen. Nehmen wir an, daß die Zahl der Wahlenthaltungen unter der Arbeiterklasse ebenso groß war, wie in der übrigen Bevölkerung, dann finden wir, daß die Stimmzahl der deutschen Sozialdemokratie und die Zahl der wählenden Industrie-Arbeiter sich fast völlig deckt. Die Gegnerschaft, welche die Sozialdemokratie noch in manchen Schichten, namentlich der katholischen Industrie-Arbeiterklasse findet, wird so gut wie völlig ausgewogen durch den Zugang aus anderen Proletariatschichten.

Wenn Bernstein erklärt: „Mehr als die Hälfte der gewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands steht zur Zeit der Sozialdemokratie noch theils gleichgültig und verständnislos, theils aber sogar gegnerisch gegenüber,“ so beruht dieser Pessimismus zum Glück auf einem Rechenfehler.

Doch lehren wir zur Kapitalkonzentration zurück. Wenn Bernstein bloß meint, dieser Prozeß gehe sehr langsam vor sich, so beweist das gar nichts gegen die Marx-Engels'sche Theorie vom notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Ueber so vage Begriffe, wie „langsam“, „sänell“, läßt sich überhaupt schwer diskutieren. Wir ersehen die Entwicklung, wie sie die Berufs- und Betriebsstatistik zeigt, als eine sehr rasche.

Sollte aber Bernstein meinen — und manche seiner Sätze weisen darauf hin — daß die in der Richtung der Kapitalkonzentration wirkenden Tendenzen durch mindest ebenso starke, durchkreuzt würden, die in entgegengesetzter Richtung thätig sind, dann sprechen die Thatsachen der Statistik für das gerade Gegenteil.

Der dritte Faktor, der nach der Marx-Engels'schen Doktrin mit Notwendigkeit zum Sozialismus hindrängt, ist die Ueberproduktion, der wachsende Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, der in zeitweiligen Krisen zum gewaltigen Ausdruck kommt. Das ist ein sehr schwieriges Thema, das eine eingehende Untersuchung wohl lohnte, aber gerade hier können wir uns kurz fassen.

Bernstein kritisierte in seinen Artikeln über die Probleme des Sozialismus die Auffassung, als gingen wir einer großen, allgemeinen Geschäftskrise entgegen, von einer Stärke und Ausdehnung, daß sie alle Welt von der Unmöglichkeit des kapitalistischen Systems überzeuge und dieses rettungslos zusammenbrechen läßt. Er suchte demgegenüber zu beweisen und that es auch in seiner Schrift, daß, wenn nicht unvorhergesehene äußere Ereignisse eine allgemeine Krise herbeiführen, kein zwingender Grund vorhanden ist, auf ein baldiges Eintreten einer solchen aus rein wirtschaftlichen Gründen zu folgern.

Ich sehe keinen Grund, das zu bestreiten. Der alte, zehnjährige Krisenzyklus, wie ihn Marx bei der Abfassung seines „Kapital“ und Engels im „Anti-Dühring“ vor Augen hatten, ist ein Ding der Vergangenheit. Auf die Krisis von 1873 folgte eine Periode allgemeiner Stagnation, von nur kurzen Zeiten eines schwachen Wiederauflebens der Geschäfte unterbrochen. Schon hielt man es nicht für unmöglich, daß dies das letzte Stadium der kapitalistischen Produktionsweise einleite, da erob sie sich Ende der achtziger Jahre zu einer neuen Blüthe, zu einer Ära der Prosperität, die nun schon ein Jahrzehnt währt, nur von nationalen und partiellen, von keiner Weltmarktkrise unterbrochen. Ob diese Zeit des Aufschwungs ebenso lange dauern wird, wie die ihr vorhergehende der Depression, ob sie ihr Ende in einer Serie einzelner kleinerer Krisen oder einer Weltkrise finden, ob diese dann die letzte der kapitalistischen Produktion sein wird, ob und wie weit die darauf etwa folgende Stagnation, das heißt Einschünkung der Produktion und Arbeitslosigkeit großer Massen eine anarchische oder eine durch Kartelle planmäßig herbeigeführte sein wird, also inwiefern die Arbeiter und inwiefern die Kapitalisten die Uebel der Ueberproduktion zu tragen haben werden, wer könnte heute darüber Auskunft geben? Aber damit ist doch nur die Notwendigkeit des Zusammenbruchs im Sinne der Theorie eines mir unbekanntem X, nicht aber im Sinne der Marx-Engels'schen Theorie widerlegt. In seiner Vorrede zur deutschen Ausgabe des Marx'schen „Grund der Philosophie“ erklärte Engels 1884: Marx hat seine kommunistischen Forderungen „auf den notwendigen, vor unsern Augen täglich mehr und mehr sich vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft begründet“. Einige Seiten später bemerkt er, daß die Zeit der regelmäßigen Krisen vielleicht vorbei sei. „Seitdem Englands Weltmarktmonopol mehr und mehr gebrochen wird durch die Vetheiligung Frankreichs, Deutschlands, Amerikas am Weltmarkt, scheint eine neue Ausgleichsform sich geltend zu machen. Die der Krise vorhergehende Periode allgemeiner Prosperität will noch immer nicht kommen. Bleibt sie ganz aus, so müßte ironische Stagnation der Normalzustand der modernen Industrie werden, mit nur geringen Schwankungen.“

Zum Zusammenbruch im Engels'schen Sinne bedarf es also durchaus keiner allgemeinen Weltkrise. Die Engels'sche Theorie wird durch die Bernstein'schen Ausführungen gar nicht berührt, geschweige denn widerlegt.

Was kommt aber dann bei seinem Ansturm gegen die Zusammenbruchs-Theorie heraus? Ich finde nichts, gar nichts, was uns veranlassen könnte, unser Programm zu ändern.

Warum aber handelt es sich bei der Kritik der Marx-Engels'schen Zusammenbruchstheorie und nicht etwa um die Formen, unter denen die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft vor sich gehen wird. Denn sie sprach zwar in seiner Stuttgarter Erklärung von einer „auf Katastrophen zugeschnittenen“ und verneinte es, daß heute der Arbeiterklasse in Deutschland „an einer plötzlichen Katastrophe gelegen sein“ könnte. Aber von einer ersonnenen Katastrophe, die den Erfolg unserer Bewegung von einer Weltkrise oder einem Weltkrieg, oder einer anderen Weltkatastrophe abhängig macht, die demnächst hereinbrechen soll, ist weder in Deutschland noch sonstwo bei einer sozialistischen Partei etwas zu merken. Der Kampf gegen die Zusammenbruchstheorie in diesem Sinne ist ein Kampf gegen Windmühlen. Aber er ist insofern nicht ohne praktische Bedeutung, weil er Stimmung macht für den Kampf gegen die Zusammenbruchstheorie im Marx-Engels'schen Sinne, welche die Notwendigkeit des

kommenden Zusammenbruchs des Kapitalismus ableitet aus der Annahme der Proletariat und dem Wachsthum ihrer Reife und Macht, aus der fortschreitenden Verdrängung und Unterjochung der Kleinbetriebe durch kapitalistische Großbetriebe, die immer mehr zu monopolistischen werden, und aus der steigenden Tendenz zur Ueberproduktion, die entweder zu stets wachsenden Krisen oder zu allgemeiner Stagnation, oder aber, wie theoretisch nicht ausgeschlossen, zu einer allgemeinen Kartellwirtschaft führt, welche noch weit unerträglicher und anfeindender als geschäftliche Depressionen wirken müßte, nicht bloß auf das Proletariat, sondern auf die Masse der Bevölkerung, und die zur Expropriation der Kartelle — in diesem Falle der kapitalistischen Industrie — mit Naturnotwendigkeit führen würde.

Wäre Vernstein's Kritik der Zusammenbruchstheorie begründet, dann erwies sich die grundlegende Sache unseres Parteiprogramms

als ein einziger großer Irrthum. Aber nicht sie allein. Wenn die Zahl der Proletarier abnimmt, das Kapital nicht zur Verbesserung der Produktion gelangt, der Markt unabsehbarer Ausdehnung fähig ist — was wird dann aus dem Sozialismus selbst? Und der Sozialismus selbst, was ist dann er?

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 25. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Rehn Jahre preussischer Volkshulfschritte in Zahlen, 1886 bis 1896. Von Heinrich Schulz-Gräff. — Siehe da: das stehende Militär. Ein Schlüsselwort von Max Schippel. — Siegfried der Harmlose. Von R. Kautsky. — Die Raskin Co-operative Association und deren Beziehungen zum Sozialismus. Von Franz Pecton. — Literarische Rundschau. — Gentleton: Wenn die Widrigkeiten ziehen. Eine Skizze Erzählung von Genrik Popowitsch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 16. März.
Opernhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Radu. 4 1/2 Uhr: Die Polakina. Fahrt des deutschen Kaiserpaars.
Deutsches. Die Fäden von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Die Fäden von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Solo's Vater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Der Schlafwagen. Kontinent. Vorher: Hum Einsebler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Der wilde Meier. Hier auf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Wuppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lilien. Das bemooste Haupt, oder: Der lange Israel. Anfang 8 Uhr.
Salle. Alliance. Beim gleichen Stamme. Anfang 8 Uhr.
Chend. Der deutsche Michel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Fuhrmann Genschel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Pesten. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volkstheater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Notwendige Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntheater.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. P. Spios: „Flüssige Luft“ (Experimentalphysik 9.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 6-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Die Kreuzfahrer.
Großes Ballet von 500 tanzenden Menschen.
Mittw., Sonnab., Sonntag 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Ital. Sänger u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Donnerstag: Zum 2. Male:
Der wilde Meier.
Berliner Baudeville in 3 Akten von Leon Leipziger.
Musik von Franz Wagner.
Klara Wenk und Reinhold Wellhof als Gäste.
Hierauf: Zum 78. Male:
Die Engeldjäger.
Ballet in 14 Bildern von G. Regel und J. Pader.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Berichte Aufführung:
Schildebold's Engel.
Poffe mit Gesang in 4 Akten von H. Mannfeldt. Musik von demselben.
Komplex von Alfred Bender.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend: Benefiz für Emil Thomas: Der Registrator auf Reisen. Poffe mit Gesang in 7 Bildern von A. Kitzinger und G. v. Roier.

Mähr's Theater
Cranien-Strasse 24.
Täglich:
Die Jagd nach dem Glücke.
Vollspiel in 4 Akten v. F. A. Sauer.
Spezialitäten.
Bonds haben Gültigkeit.
Sonntags Anfang 8 Uhr.

CIRCUS BUSCH
Nur noch kurze Zeit.
Donnerstag, den 16. März 1899.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 121. Male:
PERSIEN.
In der Langhunde, Quadritze, Barkhardt-Footit, Schultzeier. Zum 1. Male: debut der Ueberle-Troupe, Elite-Akrobaten. Direktor Busch mit seinen Freizeitschülern. Die Klowns mit ihren neuesten Späßen.
Morgen, Freitag, den 17. März, Abends 7 1/2 Uhr: Persien.
Auf allgemeinen Wunsch Sonntag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr: Persien.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag 8 Uhr:
Othello.
Freitag 8 Uhr:
Verbotene Früchte.
Vorher: Die Neuenmähten.
Sonabend 8 Uhr:
Der Dornenweg.

Central-Theater
Direktion: José Foranery.
Die Wuppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Sturges und Ordemann.
Musik von G. Aubran.
Morgen und folgende Tage: Die Wuppe (La Poupée).
Sonntag Nachm. zu halben Preisen: Nanon, die Wirtin vom goldenen Lamm.

Luisen-Theater
34. Reichensbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Das bemooste Haupt
oder: Der lange Israel.
Schauspiel in 4 Akten von Robert Benedix.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend Nachmittags 3 Uhr:
19. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen: Wilhelm Tell.

Höfend-Carl Weiz-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Zum letzten Male:
Der deutsche Michel.
Vollspiel mit Gesang in 4 Akten v. R. Knefel. Musik v. Paul Linde.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert.
Freitag und folgende Tage: Der Brandkister.
Sonntag Nachmittags: Die Waife aus Wood.
In Vorbereitung: Die Vulgarität.
Gr. Anhaltungsstrasse von ...

Apollo-Theater.
Das beste Programm der Saison
Walno & Mertens
Curtis & Gordon
Scheherazade
The 5 Julians
3 Yoscarys
Segommer
Freedgy
Sidley
Barma
Sato
etc.
Vorverkauf täglich im Theater u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Wiener Volks-Theater
Dresdenerstr. 52 (Marktplatz).
Heute 2 Vorstellungen.
Abends 8 1/2 Uhr: „Anschuldigung“
Vollspiel in 4 Bildern von Leopold Friedl. Weiss. Von 7 Uhr an: Humoristische und ernste Gesangs-vorträge.
Nachmittags 3 Uhr: „Anschuldigung“ zu halben Preisen.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich mit großem Erfolg!
Tobias' Brautfahrt!
Poffe mit Gesang von Oskar Viktor Noeder.
Neu! Neu! Neu!
Das jeden Abend stürmisch bejubelte Gesangsduett
Ada und Otfried Relay.
Neu! Neu! Neu!
Hahnemann & Kahnemann.
Ultraroller Schwant v. G. Braune.
Dazu der ausgezeichnete Spezialitäten-Theater mit täglich wechselnd. Programm.
Anfang: Wehent. 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entrée an Sonn- und Wochentagen nur 30 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett u. Humoristen
Theaterskandal
dazu:
Der Jubilar.
In Vorbereitung:
Italiano Berolina.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Holt.
Täglich:
Großes Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Gerner und Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des Humoristen Gustav Kluck.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Gebrüder Richter-Theater
37 Lothringer-Strasse 37.
An Wochentagen bleibt das Theater geschlossen.
Sonntag, den 19. März:
Robit! Robit!
Vater und Sohn.
Vollspiel mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Heinrich Wuffig . . . W. Richter.
Vorher:
Wie denken Sie darüber?
Poffe in 1 Akt von Carl Sed. Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr.

Gute abgelagerte Cigarren!
Kein Risiko.
Marko R. . . 1,80 M. pr. 100 Stück
Alpenlust . . . 1,80 M. „ 100 Stück
No. 6 . . . 2,20 M. „ 100 Stück
Absoluto . . . 2,50 M. „ 100 Stück
Flock . . . 2,70 M. „ 100 Stück
Triumph . . . 2,80 M. „ 100 Stück
Ferner Marken im Preise von 4,50, 4,80, 5,10, 5,60, 6,00, 6,40 M. etc. etc.
Die Zusendung für Berlin und Vororte erfolgt franko. Umtausch jederzeit gestattet. Nur gediegene reelle Fabrikate. Die Preise sind Kasse mit 3% Skonto.
Albert Kenschewski & Co.,
Berlin, Leipzigerstrasse 63a, I (direkt am Spittelmarkt). [1158L*]
Umtausch gestattet.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der liebe Onkel.
Schwank in 4 Akten von Rudolf Knefel.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wechsel, Weiss, Britton, Seidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Zum letzten Male:
Frauen-Emanzipation
Tagesstunde von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22, Burgstr. 22.
Koloßaler Lachersfolg über die Gesangsposse
Berliner Baschermädel.
Freibolin Poffe: Dir. Winkler.
Großer Jubel. Sittm. Weisau.
Vorgismeinicht, Quartett.
— Pötzlarolla. — Nanon. — Alfredo Truppe. Helma Mihé. Ernst Sprecher. Gust. Schmidt. Ada und Victor. Helene Voss.
Lebende Photographien.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Billet-Vorb. Sonn. v. 11-1 Uhr.
Donnerstag, den 23. März:
Benefiz für die beliebte Schauspieler Helene Voss.

Knaben-Anzüge
in einfacher u. eleganter Ausführung.
Knaben-Hjacks, Einzelne Hosen, Einzelne Westen
für das Alter von 3 bis 18 Jahren. nur eigener Fabrik. Größte Auswahl. Billigste Preise. Bilden gratis. [11612*]
Karl Hustädt,
Berlin O., 85 pt. Kopenstrasse am Schloßchen Bahnhöf.

Möbel
Kleiderständer, einfach, v. 20 M. an, feinschnitt v. 36, Maßschneiderei v. 36, Salaffophas v. 30, Wohnzimmertische v. 25, Paneeleobas v. 30, Tischgarnituren i. all. Farb. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Ruhebetten mit Decke v. 30, Warmrollbetten v. 25, Kommoden, Ausziehtische von 18, Couchtische, Rückenstühle von 15, Rohrühle v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbillig. Vollständige Einrichtungen, besonders preiswerth, transportfrei.
Möbel auf Theilzahlung.
unter Garantie, unter besten Bedingungen. Schier, Möbel-Fabrik, Neanderstrasse 13.

D. Wurzel & Co., Brangelstrasse 17, Ecke Mantelstrasse.
Wäsche ausschließlich eigener Fabrik. Spezialität: Arbeiter-Berufs-Heidung: Blau Cooper-Jacken N. 1,65, feigend je Größe um 10 Pf. Blau Cooper-Hosen, in allen Größen, N. 1,65. Arbeiterhemden, Blausen, Kaler-Hittel u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co., Brangelstr. 17.
Einsegnungs-Anzüge
8, 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24 Mark, prima.
Frühjahrs-Paletots bei uns nur 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24 Mark, die hochfeinsten, auch mit Seide gefüttert, 25, 26, 27 Mark.
Jaquet- u. Rock-Anzüge jetzt nur 12, 15, 18, 20, 24, 27 Mark, die hochfeinsten Pracht-exemplare 30, 33, 36 Mark.
Fahrgeld wird beim Einkauf vergütet.
Goldene 110.
110 Leipziger Strasse 110.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen! M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprachst. 9-7.
Milchkübel, Kannen, Satten, Gemässe, Wiegeschalen, Buttermaschinen, Butterkneiter sowie sämtliche milch-wirtschaftliche Bedarfsartikel.
Herm. Jordan
Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28.
Filiale: Haldestr. 73, Lehrter Ellguts-Bahnh. Telephone VII. 3163. [1117*]

Telephon Amt III. 3315.
Berliner Flick-Schusterei
„Hans Sachs“
Beschl- und Reparatur-Verfasser
Brunnenstr. 196
am Rosenthaler Thor.
Saubere Arbeit! Unbedingte Reellität!
Mk. Mk.
Herren-Sohlen 1,65, Absätze 0,60
Damen- „ 1,30, do. 0,50
Knaben- „ 1,30, do. 0,50
Mädchen- „ 1,00, do. 0,40
Kinder- „ 0,60, do. 0,30
Handarbeit! Pa. Kernleder! Schnell! Reell!
Alle anderen Reparaturen, auch an Gummihülsen, billig!
Eventuell kann auf Reparaturen in der Werkstatt gewartet werden!
Auf Wunsch Anfertigung nach Maass!
Abholen und Wiederbringen gratis!
1230L*
Rom 1. April ab:
Filiale in Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 156.

Schlaf-Sophas
mit Auszug 32 Mark, Divan mit Entzickelungen u. Wäldereinschlafung 68 Mk. (Kombiarmen amantirt solche m. 85 Mk.)
Ruhebett 28 Mk. Garnitur ge-webtes Wälder u. Seidenstich-Ein-schlafung 120 Mk. Gebrauchttes Sopha, neu bezogen 18 Mk. 5jähr. Garantie.
Polstermöbel-Fabrik
Müllerstr. 3a (am Weddingplatz), Hof-Fabrikgebäude part. [11824*]

Album- u. Lederwarenfabrik
Oskar Gundau
Oranien-Strasse 30
Ecke Waldenstrasse.
Großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmuckgegenstände zu billigsten Preisen.
Gesangbücher
von Mk. 1,25 an 10250!
in größter Auswahl.

Möbel und Polsterwaren auf Credit
unter coulantesten Zahlungs-Bedingungen bei
B. Feder
Brunnen-Strasse 1 u. 3
Eingang Weinbergsweg. [1172L*]